



Politische Berichte

Nummer 10 / 13. Jahrgang

8. Mai 1992

G 7756 D Preis 1,50 DM

Unternehmen fordern Infrastruktur für Expansions-sprung. Tarifbewegung als Standortnachteil.

Das Wirtschaftsmagazin „Capital“ läßt in seiner jüngsten Ausgabe die führenden Industrieberatungsunternehmen zu Wort kommen. Diese sich in enger Tuchfühlung mit Konzernspitzen befindenden Leute prognostizieren für die nächsten Monate und Jahre eine „gigantische Rationalisierungswelle“ quer durch alle Industriebranchen. „In den deutschen Unternehmen stehen demnächst insgesamt zwei bis drei Millionen Arbeitsplätze auf dem Spiel, wenn es darum geht, im Wettbewerb mit den Japanern die Abläufe in den Firmen schneller und effizienter zu gestalten“, schreibt der Geschäftsführer des zweitgrößten deutschen Beratungsunternehmens. Dieser Arbeitsplatzabbau sei konjunkturabhängig und Folge sich neu herausbildender Produktionsstrukturen.

Mehrere grundlegende Änderungen bilden den Anlaß der zur Zeit heftig geführten Standort- und Strukturwandel-debatte. Die Öffnung Osteuropas mit Niedrigstlöhnen und Unterlaufen sozialer Standards bei gleichzeitig politisch sicherem Zugriff hat den deutschen Konzernen einen halbkolonialen Operationsbereich verschafft, eine Art Mexiko oder Korea vor der Haustür. Die hiesigen Stahlkonzerne etwa sollen den Umbau vom Grundstoff- zum Komponentenlieferanten packen, meint der Berater von Knight Wendling. Dazu sei strategische Konzentration, also Einverleibung weiterer Hersteller, unvermeidlich. Und wo? „Die Tschechen“, weiß Berater Berger, „haben pro Kopf hundert Prozent mehr Rohstahl-Kapazitäten als der EG-Schnitt. Und sie produzieren mit einem Zehntel der deutschen Löhne. Sollen die ihre Kapazitäten auch da halbieren, wo Qualität und Standorte stimmen?“ VW und Siemens dachten ebenso und haben bereits große Werke in der CSFR aufgekauft.

Die Entwicklung der Mikroelektronik hat Produkte und Produktion so verändert, daß höherer Ausstoß bei wenig mehr Einsatz oder gar Verringerung von Arbeitskraft möglich ist. So wie die langwierige Montage eines mechanischen Uhrwerks ersetzt wurde durch die Chip-Wegwerfuhr, kommt dieser Vorgang zunehmend bei komplexen Produkten zum Tragen. Gerade die Automobilkonzerne stellen Vorfertigungs-bereiche ein und kaufen „intelligente Systeme“ zu. Die Sättigung des Markts von wenigen Produktionsstandorten aus ist möglich. Das Verhältnis von Zulieferern und abnehmenden Konzernen ist

Konzerne: Deutschland als „Systemkopf“

gespannt. Absatzschwankungen sind ohne Durchgriff auf die Kernbereiche der Konzerne am günstigsten durch ein Heer von unsteten Beschäftigten aller Schattierungen auszugleichen.

Neu hinzu kommen die Möglichkeiten, Verwaltungs- und Steuerungsvorgänge, also das ganze Feld der Tätigkeiten von Sachbearbeitern und mittlerem Management, in elektronischen Informationsmedien abzubilden. Der Informationsfluß wird automatisiert, selbst über äußerst dezentrale Geschäftseinheiten und Vorgänge kann ein Konzernvorblick und Kontrolle behalten.

Diese Änderungen werden in so gut wie allen Betrieben unter dem Stichwort „Schlanke Produktion“ („lean production“) diskutiert. Durch Einführung von „flachen Hierarchien“ wird geschätzt, daß zwei Drittel der vom Arbeitsplatzabbau betroffenen Arbeitnehmer Angestellte sein werden. BMW will zum Beispiel seine fünf Hierarchiestufen unterhalb des Vorstands auf drei reduzieren. Die IG Metall rechnet damit, daß in jedem westdeutschen Metallbetrieb 15 bis 20 % der Angestellten-Jobs bedroht sind.

Die Ausrichtung der Operationsbasis der Großkonzerne geschieht im Hinblick auf den weltweiten Aktionsradius. Zum „global player“ — zum weltweiten Spieler — möchte der Daimler-Benz-Konzern werden. Berger: „Der Welt-

markt wächst zu einer Einheit, und daher müssen wir die Arbeitsteilung unter den Ländern neu organisieren, nach dem Motto: Intelligenz in Deutschland, mehr Komponenten von draußen und mehr Montage vor Ort, im In- und Ausland.“

„Wir sind stark in allen wissensintensiven und kreativen Arbeiten, im Erfinden, Entwickeln, Konstruieren, in der Fertigung von technologischen Herzstücken und Spitzenprodukten. Dazu zählt das Projekt-Management, das Financial engineering und das Planen, Steuern und die Logistik. Unsere Zukunft als Industrieland ist die eines Systemkopfes, aber nicht die eines Herstellers von Profilstahl und eines Hemden-nähers.“

Diese Idee, den „Standort Deutschland“ zum Führungsbunker eines der Konkurrenz in der „Triade“ (EG, USA, Japan) besiegenden Imperiums auszubauen, läßt die Konzerne vielseitige Anforderungen an Regierungspolitik stellen. Siemens, IBM und andere wollen eine 64-Megabit-Chip-Fabrik aus Steuermitteln finanziert haben, um technologisch nicht abgehängt zu werden. Die Sozial- und Tarifpolitik ist zu „wenden“. Jüngst hat Ford-Chef Hardiman die „Standortnachteile“ aufgezählt: zu hohe steuerliche Belastung, zu hohe Arbeitskosten, vor allem Lohnnebenkosten, hohe Fehlzeiten und geringe Jahresarbeitszeit. Hinzu kämen noch ge-

plante Leistungsgesetze wie die Pflegeversicherung. Zu ergänzen wären Forderungen nach Anpassung des Ausbildungsbereichs und nach Beseitigung von Beteiligungsrechten der Bevölkerung in Gemeinderäten und Verwaltungsorganen.

Die Tarifbewegungen bei den Banken und gegenwärtig im Öffentlichen Dienst und der Metallindustrie verdeutlichen, daß trotz DDR-Annexion die Gewerkschaften handlungsfähig sind und Solidarität über weite Teile der Lohnabhängigen herstellen können. Den Konzernstrukturwandel, für den Kernbelegschaften motiviert und Randbelegschaften gedrückt werden müssen, stört solche Art Verständigung erheblich. An der Regierungskritik aus dem Kapital-lager wird die Befürchtung mitschwingen, daß die bevorstehende Strukturkrise nicht nach dem bewährten Regulierungsmuster, die Betroffenen und die Branchen zeitlich und örtlich auseinanderzuhalten, funktionieren wird. Nicht umsonst setzen die Berater auf einen „Initial-Schock“ für den Umbau, so wie bei General Motors mit Schließung von 20 Werken mit 80000 Beschäftigten. Wenn die Streiks sich länger und zäher hinziehen sollten, wird aus den Konzernzentralen der Ruf nach verschärfter Reaktion nicht lange warten lassen.

Quellen: Capital 5/92; Spiegel 18/92; HB 28.4.92 — (gka)

Ohne Gesetz ist nichts zu machen!

Das Bundesarbeitsgericht hat jetzt in zwei Fällen über durchlaufende Produktion an Wochenenden und Feiertagen gegen die Gewerkschaften entschieden: Diese können nicht gerichtlich gegen innerbetriebliche Abmachungen zwischen Unternehmensleitung und Betriebsrat vorgehen. Der erste Fall: Die IG Metall wollte gerichtlich erzwingen, daß der Verband der Metallindustrie als Tarifpartner gegen die Firma IBM vorgeht, damit die zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung vereinbarte Wochenendarbeit unterbleibt. Der zweite Fall: Die IG Medien wollte erreichen, daß der Bundesverband Druck für die Einschränkung der Wochenendarbeit in der Druckindustrie sorgt. Damit ist festgeschrieben, daß ohne gesetzliche Einschränkungen bei der Arbeitszeit gewerkschaftliche Einflußmöglichkeiten, selbst tarifliche Regelungen, nur begrenzt wirken. BAG 4 AZR 432/92 und 469/91, Handelsblatt, 30.4. — (alk)

„Bündnis 90“: Mehrheit für Bündnis mit den Grünen

Mit 86 zu 26 Stimmen bei 10 Enthaltungen hat die 1. Bundesdelegiertenkonferenz des Bündnis 90 sich Anfang Mai für ein Bündnis mit den westdeutschen Grünen im Hinblick auf die Europa- und Bundestagswahlen 1994 ausgesprochen: „Bei allen unterschiedlichen Erfahrungen sind sie unser authentischer Partner“. In diesem Monat soll eine „Verhandlungsversammlung“ einen Vertragsskizzenentwurf für die Verhandlungen mit den Grünen erarbeiten. Teile des Bündnis 90 streben in eine andere Richtung: Sie wollen Zusammenarbeit mit der westdeutschen ÖDP, die einen menschenverachtenden, frauenfeindlichen und strikt gegen Arbeiterinteressen gerichteten Ökologismus propagiert. — (rül)

Junker wollen Land billig von der Treuhand

Mindestens eine Million, eher zwei Millionen Hektar Land wollen die in einer „Arbeitsgemeinschaft für Agrarfragen“ zusammengeschlossenen ehemaligen Junker (2000 Mitglieder will die AG haben) von der Treuhand billig zurückbekommen. Die Beschlagnahme von Junker- und Kriegsverbrecherland 1945 bis 1949 in der damaligen sowjetischen Besatzungszone sei eine „kommunistische Unrechtsmaßnahme“ gewesen, polemisierte die AG auf einer Tagung Ende April bei Bonn. Die Landgebiete, die die 2000 Ex-Junker zurückhaben wollen, summieren sich auf mehr als ein Drittel der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche der früheren DDR. Der frühere OLG-Präsident von Braunschweig, Wassermann, verlangte für die Junker Rückkaufrechte zu „privilegierten Bedingungen“. Quelle: Die Welt, Handelsblatt, 29.4. — (rül)

„Frühchen“-Hetze von Gericht untersagt

Das Kreisgericht Erfurt hat der Hebamme Frau Hersmann bei Androhung einer Geldstrafe bis zu 500000 DM bzw. einer Ordnungshaft bis zu sechs Monaten untersagt, ihre ungeheuren Anschuldigungen zu wiederholen, daß seit den sechziger bis in die achtziger Jahre Frühgeborene an der Medizinischen Akademie Erfurt falsch bzw. nicht versorgt bzw. in einem Eimer ertränkt worden seien. Durch Zeugenaussagen und eidesstattliche Versicherungen konnte die Medizinische Akademie Erfurt glaubhaft machen, daß Frühchen immer wiederbelebt und auch mit nur einem Lebenszeichen versorgt worden sind. Frau Hersmann hingegen konnte ihre Anschuldigungen nicht glaubhaft machen. Der Spiegel hatte auf der Grundlage der unbewiesenen Behauptungen der Hebamme die Verleumdungen auf alle Frühgeborenenstationen der DDR ausgedehnt mit der Vermutung, das sei durchgeführt worden, um die Statistik über die geringe Säuglingssterblichkeit in der DDR zu schönen. Er mußte vor Gericht zur Rechenschaft gezogen werden. — (sul, AGG)

1. Mai: Kein Lohndiktat!

Auf den Maikundgebungen in diesem Jahr stand der Protest gegen das Lohndiktat der öffentlichen Dienstherren und der Kapitalisten im Vordergrund. Insbesondere die Mitglieder der IG Metall und der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst nutzten die Demonstrationen für die Unterstreichungen ihrer Lohnforderungen. Bild: 1. Mai in Köln. — (rül, Bild: af/mz)



Nachtarbeitsschutzgesetz

Eine Gesetzesinitiative der SPD-Bundestagsfraktion

Unter Leitung von Heide Pfarr, der hessischen Ministerin für Frauen, Arbeit und Sozialordnung, erstellt eine Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion „Eckpunkte zum Entwurf eines Gesetzes zum Schutz vor den mit Nachtarbeit verbundenen Gefahren“.

Geplant ist ein „generelles Verbot mit Erlaubnisvorbehalt“: 10-jährige Erlaubnis für z.B. Krankenhäuser, Polizei, Theater und 5-jährige Erlaubnis für „technologisch notwendige oder wirtschaftlich motivierte Nachtarbeit“.

Als Nachtarbeit definiert wird die Arbeit zwischen 0 und 5 Uhr.

Folgende Eckpunkte sollen gesetzlich verankert und durch Tarifvertrag ausgestaltet werden. Wobei ausdrücklich ein tarifliches Unterbieten des gesetzlichen Mindestschutzes untersagt sein soll.

* Nachtarbeit darf höchstens 15 Jahre abgeleistet werden. Über eine Altershöchstgrenze bei 50 Jahren und die Absicherung genereller Freiwilligkeit wird nachgedacht.

* Verkürzung bei Nacht- und Schicht-

arbeit auf 6 Std. täglich und 30 Std. wöchentlich „ohne finanzielle Nachteile“. Geprüft wird ein zusätzlicher Freizeitanspruch von 30 Minuten pro Nachtarbeitsstunde, der höchstens für 3 Monate angesammelt werden darf.

Die Geldzuschläge sollen nach und nach in Freizeit umgewandelt werden. Die Überlegung ist: Die Ausdehnung der Nachtarbeit sei nur zu bremsen und ein Verbot für bestimmte Beschäftigten-gruppen nur durchzuhalten, wenn der finanzielle Anreiz entfällt.

* Verbot von Dauernachtschicht
* zusätzliche Pausen für Nachtarbeit und Verbot von Mehrarbeit nach mehr als 4 Stunden Nachtarbeit
* Verbot von Nachtarbeit für Eltern von Kindern unter 4 Jahren. Der hessische Vorschlag, auch für Eltern mit Kindern zwischen 4 und 14 Jahren die Erlaubnis für Nachtarbeit davon abhängig zu machen, ob der Betrieb angemessene Betreuungseinrichtungen nachweisen kann, wurde fallengelassen.

Das Gesetz soll möglichst bald im

Bundestag und gleichzeitig von den SPD-regierten Ländern im Bundesrat eingebracht werden. Eile sei geboten, „damit sich im Gefolge der Karlsruher Entscheidung zwischenzeitlich ungeschützte Nachtarbeit nicht in größerem Umfang in den Betrieben ausbreitet.“

Zeit wird es, daß die Gewerkschaften sich melden. Bisher gibt es keine tariflichen Regelungen zum Schutz vor Nachtarbeit. Das höchste der Gefühle sind 4 bis 5 Tage Sonderurlaub (ÖTV).

Der Gesetzesentwurf beschränkt nicht die Ausdehnung der Betriebsnutzungszeit, sondern nur den für Nachtarbeit zur Verfügung stehenden Personenkreis.

Aber ohne öffentlichen Druck, ohne Gegenwehr der IG Metall gegen die Ausdehnung der Betriebsnutzung der Großbetriebe in die Nacht wird ein Gesetz mit individuellem Mindestschutz nicht durchkommen, wenn nicht bereits der Großteil bei der Abstimmung innerhalb der SPD auf der Strecke bleibt.

Quelle: Hess. Min. f. Frauen, Arbeit, Sozialordnung, Dostojewskistr. 4, 62 Wiesbaden — (anh)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Aktuell in Bonn

Große Koalition gegen Flüchtlinge

SPD- und CDU-Sprecher sehen eine „Annäherung“ beim Asylrecht. Der CDU-Innenpolitiker Gerster kündigte einen „Acht-Punkte-Plan an. Inhalt: eine nicht näher beschriebene „maßvolle Grundgesetzänderung“, Kurzverfahren bei Flüchtlingen aus sogenannten „Nichtverfolgerstaaten“, Bürgerkriegsflüchtlinge behalten ihr Aufenthaltsrecht, die Bundesländer richten 20000 weitere Sammelunterkünfte ein, „um Verfahren bei unbegründeten Anträgen in drei Monaten abschließen zu können“. Alle Flüchtlinge werden erkenntnisdienlich behandelt, abgelehnte Asylbewerber werden „konsequent abgeschoben“. Die Zuwanderung von „Auslandsdeutschen“ soll durch „Hilfen zur Existenzsicherung außerhalb Deutschlands“ verringert werden. Mit diesem völkisch-reaktionären Kompromiß wollen beide Parteien die Zahl der Einreisenden um die Hälfte senken.

Seehofers Kostendämpfung

Die ausscheidende Gesundheitsministerin Hasselfeld hat noch vor ihrem Weggang ein neues „Sparkonzept“ für die Krankenversicherung vorgelegt. Interessant ist, daß dabei erstmals auch die Obergrenze der zum Krankenversicherungsbeitrag herangezogenen Bruttoeinkommen von derzeit 5 100 DM auf den Betrag der Rentenversicherung (6 800 DM) angehoben wird. Diese Maßnahmen werde die Einnahmen der Krankenversicherung erheblich steigern, heißt es auf einmal. Diese „soziale“ Komponente geht freilich einher mit rabiösen Kostendämpfungsvorschlägen gegen die Kranken, deren „Eigenbeteiligung“ erheblich ausgeweitet werden soll.

Haushalt '93: Grausamkeiten

Kurz vor Beginn der Beratungen um den Haushalt 1993 und neue Ausgabenkürzungen der Regierung hat der CSU-Landesgruppenchef Bötsch (der bei allen Vorbereitungsgesprächen der Koalition für den Bundeshaushalt 1993 beteiligt war) eigene „Sparvorschläge“ vorgelegt. Den Vorschlägen ist zu entnehmen, daß die Koalition den Haushalt 1993 zum „Haushalt der Grausamkeiten“ gestalten will. Bötsch's Vorschläge: Senkung der Sozialhilfe, weitere Verschlechterung des Wohnstandards in Sozialwohnungen, Streichungen bei den Sprachförderungskursen für Einreisende, weitere Verschlechterung der für Arbeitslose „zumutbaren“ Arbeit.

Waigels Zinsgesetz abgelehnt

Mit der Mehrheit der SPD-regierten Bundesländer hat der Finanzausschuß des Bundesrats am 30. April das von Finanzminister Waigel vorgelegte Gesetz zur Besteuerung von Zinseinkünften abgelehnt. Hauptargument: Durch die fehlende Kontrolle von Zinseinkommen bleibe der Steuerbetrag durch Bezahler hoher Zinseinkünfte auch mit dem neuen Gesetz erhalten. Damit ergebe sich

„eine Bevorzugung des steuerunehrlichen Bürgers gegenüber dem steuerrechtlichen“ (Handelsblatt, 4.5.92). Der Entwurf sei deshalb „verfehlt“. Zudem seien die darin enthaltenen neuen Steuerbegünstigungen (wir berichteten) nicht vertretbar.

BRD-Marine im Mittelmeer

Angesichts des vom UN-Sicherheitsrat beschlossenen Boykotts gegen Libyen sicherlich nicht als Friedensgeste gedacht ist die Entsendung eines Schnellbootgeschwaders der Bundesmarine ins Mittelmeer. Am 27. April verließ das 7. Schnellbootgeschwader seinen Heimathafen Kiel. Am 14. Mai soll das Geschwader in Toulon einlaufen und sich dann bis 5. Juni an Marineübungen im Mittelmeer unter französischem Kommando beteiligen. Gleichzeitig wurde bekannt, daß die Bundesmarine künftig ständig im Mittelmeer präsent sein wird: als Teil eines neuen NATO-Verbandes aus spanischen, griechischen, italienischen, britischen, niederländischen und US-Einheiten. Stationierungsort des neuen Verbandes soll Neapel sein.

„Freiwillige“ nach Kampuchea

Rund 300 Aktive und Reservisten der Bundeswehr sollen sich nach Angaben des Verteidigungsministeriums bisher „freiwillig“ für einen UN-Einsatz in Kampuchea gemeldet haben. Die Entsendung der Bundeswehreinheiten — von der UN als „Blauhelme“ eingestuft, also genau der Einsatz, der laut Verfassung derzeit noch verboten ist! — war von dem neuen Verteidigungsminister Rühle mit SPD-Fraktionschef Klose eingefädelt worden. Die Aktion läuft als „humanitäre Hilfe“, weshalb nur „Freiwillige“ geschickt werden. Neben 150 Sanitätssoldaten stellt die Bundeswehr auch den verantwortlichen Sanitätsoffizier für das gesamte, fast 20000 Soldaten umfassende UN-Kontingent.

Telefonbespitzelung nahm stark zu

Seit 1986 ist die Zahl der richterlich genehmigten Telefonüberwachungen um 80 Prozent gestiegen. Das hat das Bundesjustizministerium in einer Antwort auf eine Anfrage des FDP-Abgeordneten Jörg van Essen mitgeteilt. 1986 seien 1 532 telefonische Überwachungen richterlich angeordnet worden, 1991 dagegen 2 797 telefonische Überwachungen. Solche Telefonüberwachungen entwickelten sich von Ausnahmefällen immer mehr zum Regelfall, meinte der Abgeordnete.

Was kommt demnächst?

Vom 7. bis 9. Mai findet in Münster ein Ost-West-Wirtschaftsgipfel statt. Am 13. Mai will die Koalition die Eckwerte für den Bundeshaushalt 1993 und für neue „Einsparungen“ im Bundeshaushalt, bei Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung zulasten der Versicherten beschließen. Am 24. Mai sind in Berlin Wahlen zu den Bezirksvertretungen. Am 27. Mai soll ein „Vier-Parteien-Gipfel“ von Unionsparteien, FDP und SPD über Haushaltspolitik, Asyl, § 218, Pflegeversicherung und andere Fragen beraten.

USA vor einem heißen Sommer? Los Angeles brennt.

Los Angeles brennt. Der Freispruch von vier Polizisten von der Anklage der Anwendung ungerechtfertigter Gewalt setzte eine Lawine von aufgeregtem Haß gegen das rassistische „System“ in Bewegung. Millionen haben im Fernsehen das Video gesehen, das zeigt, wie die vier und ein weiteres Dutzend Polizisten um einen am Boden liegenden Schwarzen herumstehen und ihn mit über 50 Fußtritten gegen den Kopf und in den Leib übel zurichten. Die Jury befand, das, was man im Video sieht, ist nicht, was wirklich geschah. Das Opfer habe sich gewehrt und alle Gewalt sei notwendig gewesen. Rassismus habe keine Rolle gespielt, behauptet die nur aus Weißen bestehende Jury. Vielleicht nicht bewußt, denn sie haben die Abscheu vor den unteren Klassen und den Schwarzen insbesondere tief verinnerlicht, sie brauchen nicht darüber nachzudenken.

Die ganze Angelegenheit stinkt: erst wird das Verfahren von Los Angeles in eine Mittelklassen-Vorstadt, ein bevorzugter Wohnort von Polizisten aus Los Angeles, verlegt, weil die Publizität in Los Angeles kein faires Verfahren zulasse. Die Staatsanwaltschaft stimmt zu. Dann eine Jury ohne einen einzigen Schwarzen. Die Staatsanwaltschaft läßt das zu. Dann ein unfähiger Staatsanwalt, der der Abwertung der Aussagekraft des Videos nichts entgegenzusetzen weiß (will?). Die Jury von Angehörigen der Mittelklasse, einer Schicht, die sich stets von den „kriminellen“ Unterklassen bedroht fühlt, liefert den erwünschten Freibrief für ungezügelte Polizeibrutalität.

Genauso wenig brauchten die Leute im südlichen Teil des Zentrum von Los Angeles, wo die Unruhen begannen, darüber nachzudenken, gegen wen das Urteil gerichtet ist. 8200 Dollar ist das mittlere Einkommen in diesem Stadtteil, verglichen mit 15500 Dollar im Kreis Ventura, wo das Verfahren stattfand. 69 % der Bewohner von Süd-Zentrum sind Schwarze, 31 % sind „Hispanics“ (Leute mit spanischer Muttersprache, eine Erfindung zur Abtrennung nicht-arischer Weißer), ebenfalls eine unterdrückte Minderheit, und 8 % sind, vorwiegend arme, Weiße. Im Kreis Ventura sind 79 % Weiße, 2 % Schwarze und 26 % „Hispanics“. Brandstiftungen und Plünderungen beginnen in Süd-Zentrum und breiten sich dann in andere Stadtteile, u.a. das überwiegend von Weißen bewohnte Hollywood und Beverly Hills, aus. Angriffe auf Weiße und auf koreanische Ladenbesitzer finden statt. Die Atmosphäre ist eine Mischung aus Rage und Einkaufsrummel, berichten einige Zeitungen. „Es ist nur ein freundlicher Aufruhr“ wird ein 17-jähriger mit einer Flasche gestohlenem Sherry in der Hand zitiert. „Warum? Weil es keine Gerechtigkeit in dieser Welt gibt.“ Ein Passant: „Diese Leute sehen nicht wie Plünderer aus, sondern wie Lotteriegewinner. Sie hätten sehen sollen, wie sie die Mikrowellenherde rausgezogen haben. Eine Frau rief: ‚Das sind Niedrigstpreise! Niedrigstpreise!‘“ Die Rage, das sind Banden von Jugendlichen, die durch die Straßen ziehen, Brände legen und Läden plündern. „Mach schon und bring uns um“, wird ein Jugendlicher, der gerade dabei ist, ein Schaufenster einzuwerfen,

zitiert, „wir sind sowieso schon tot und wir werden dich auch umbringen.“ „Die Jungs sagen, wir wollen Respekt“, sagte eine kalifornische Abgeordnete. „Die Emotionen gehen tief und die Leute lassen endlich ihren Gefühlen freien Lauf.“

Die Bilanz nach drei Tagen Unruhen in der zweitgrößten Stadt der USA: 48 Tote; 2 116 Verletzte, davon 226 Schwerverletzte; über 9400 Verhaftete; über 4000 Brände; bis zu 10000 Geschäfte niedergebrannt, geplündert oder zerstört. Der Schaden wird auf über 500 Mio. Dollar geschätzt.

Am ersten und zweiten Tag, 29. und 30. April, war die Polizei von Los Angeles völlig überrollt vom Ausmaß der Unruhen und der Geschwindigkeit, mit der sie sich ausbreiteten. Sie beschränkte sich im wesentlichen darauf, die Feuerwehrleute bei den Löscharbeiten zu beschützen. Die am zweiten Tag verfügte Ausgangssperre von Dämmerung bis Morgengrauen wird erst einmal weitgehend mißachtet. Im Verlauf des zweiten Tags werden 4000 Mann der kalifornischen „National Guard“ (Reservisten-einheiten) eingesetzt. Der Rauch über der Stadt ist so dicht, daß eine große Zahl von Flügen nach Los Angeles eingestellt oder umgeleitet werden müssen. Am dritten Tag meldet sich Präsident Bush zu Wort: „Ich garantiere, daß diese Gewalttätigkeiten aufhören werden.“ Er schickt 3000 Mann Armee, 1500 Marines und 1000 Mann Bundespolizei und stellt die National Guard unter Bundeskommando. Am 4. und 5. Tag, unter dem Schutz von bewaffneten Soldaten, wird mit dem Aufräumen begonnen. Normaler Flugverkehr beginnt wieder. Die Ausgangssperre wird aufgehoben, die Truppen sollen bleiben „solange wie notwendig“.

Unruhen brechen auch in mehreren anderen Städten aus: San Francisco (800 Verhaftete); Atlanta, Georgia (100 Verhaftete). Protestdemonstrationen gegen den Freispruch finden danach in vielen Städten der USA statt.

Was ist das Resultat, nachdem der führungslöse Aufruhr unterdrückt worden ist? In den letzten zehn Jahren hat sich die ökonomische Spaltung in den USA gewaltig verschärft: die reichsten 1 % haben unter Reagan und Bush ihr Einkommen verzehnfacht, die unteren 40 % haben ihr Einkommen gerade um 40 % gesteigert. Obwohl die Unruhen einen größeren Umfang hatten als die im benachbarten Stadtteil Watts im Jahre 1965, scheint die Bourgeoisie ihren Kurs beibehalten zu wollen. Kein führender Politiker forderte ein Gesetz zur Verhinderung von Polizeibrutalität oder Maßnahmen gegen den Verfall der Innenstädte. Wenn dieses Urteil bestehen bleibt — und das ist sehr wahrscheinlich — hat die US-Bourgeoisie erreicht, was sie in schlechten Zeiten braucht: mehr Polizeistaat. — (her, ger)



Bis in die Presseberichte und -bilder wird gegen die Schwarzen gehetzt: Die Mehrzahl der Toten und Verletzten bei den Unruhen waren Schwarze, erschossen von Polizei, Nationalgarde und anderen (weißen) „Ordnungskräften“.

1991: Aktienvermögen 630 Mrd. DM, Dividenden für Aktionäre fast 28 Mrd.

Noch während der laufenden Metalltarifauseinandersetzungen hat der Daimler-Benz-Konzern, einer der Haupthersteller gegen den von den Gewerkschaften erkämpften Lohnstandard, eine weitere Anhebung der Dividende angekündigt: Statt 12 Prozent sollen die Aktionäre des Konzerns 13 Prozent Dividende auf jede 50-DM-Aktie bekommen, zusammen über 600 Mio. DM. Auch ein weiterer Metallkonzern, die Siemens AG, deutet eine Dividendenanhebung an: Zur Mitte des Geschäftsjahres 1991/92 habe man den Gewinn nach Steuern erneut um ca. 8 Prozent auf 859 Millionen DM (im Halbjahr) steigern können.

Von einem allgemeinen Ertragsrückgang bei den westdeutschen Metallkonzernen, wie noch vor einiger Zeit angekündigt wurde, kann also — ausgenommen Teile des Maschinenbaus — derzeit noch keine Rede sein. Die Profite sind immer noch extrem hoch, selbst der allgemein erwartete Absatzeinbruch in der Automobilindustrie konnte durch Steigerung der Exporte vor allem in die anderen EG-Staaten bisher vermieden werden.

Mit ihren Renditen auf das eingesetzte

Kapital stehen die BRD-Konzerne damit international weiter im Spitzenfeld. Schon vor einigen Monaten hatte dies die Bundesbank mit ihrer gewohnten Zurückhaltung, wenn es um die Profite der Kapitalisten geht, so umschrieben: Die Bilanz der BRD-Unternehmen sei „sehr solide“, hieß es Ende 1991 in einer rückblickenden Übersicht über „Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse der westdeutschen Unternehmen im Jahre 1990“. Und weiter: „Gegen finanzielle und geschäftliche Wechselfälle haben sich die Unternehmen im Zuge des langanhaltenden Aufschwungs zunehmend abgesichert ... so sind die Rückstellungen seit 1982, dem letzten Tiefpunkt in der konjunkturellen Entwicklung Westdeutschlands, um 95 % bzw. 250 Mrd. DM gestiegen.“ Mit anderen Worten: Allein die Rückstellungen westdeutscher Konzerne, d.h. die einbehaltenen, nicht an die Aktionäre ausgeschütteten Gewinne, beliefen sich zu diesem Zeitpunkt auf über 500 Mrd. DM.

Auch das in der BRD bei den ganz Reichen, aber in zunehmendem Umfang auch in den Mittelklassen aufgeschätzte

Aktienvermögen ist extrem gestiegen. Von Ende 1980 bis Ende 1991 stieg das nominale Aktienkapital von 45,6 auf 72,4 Mrd. DM. Da gleichzeitig die Kurse jeder einzelnen der umlaufenden inländischen Aktien durchschnittlich noch einmal um etwa 150 Prozent gewannen, stieg der Kurswert aller (inländischen) Aktien in der BRD in diesem Zeitraum auf fast das Vierfache: von ca. 160 Mrd. DM auf ca. 630 Mrd. DM. Dementsprechend angehoben wurden auch die an die Aktionäre ausgeschütteten Dividenden: Während sich die einbehaltenen Gewinne der Unternehmen fast verdoppelten (s.o.), stiegen die Dividenden auf das 2,5fache: von über 11 Mrd. DM 1980 auf fast 28 Mrd. DM 1991. Das entspricht den (Brutto-) Jahreseinkommen von über 700 000 (Vollzeit-)Verkäufern. Wenn also Waigel Steuern braucht: Bei den Steuern für Aktiengesellschaften, auf einbehaltenen und ausgeschütteten Gewinne, und bei den Steuern auf Einkünften aus Vermögen kann er sie holen!

Quellen: Deutsche Bundesbank, Wertpapierstatistik April 1992, Seite 40f.; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht II / 1991 — (rül)



„Das gesamte Arbeitsschutzrecht muß dem Ziel gerecht werden, möglichst allen berufstätigen Menschen einen Ruhezustand ohne berufsbedingte gesundheitliche Beeinträchtigungen zu ermöglichen.“ Diese weitgesteckte Forderung erhebt die SPD-Bundestagsfraktion in einem Antrag auf „Schaffung eines Arbeitsgesetzbuches“ (Ds. 12/2412). Gefordert wird dann u.a. eine Ausweitung des betrieblichen Gesundheitsschutzes und der Mitbestimmung in solchen Fragen, eine Dokumentation und Auswertung auch der Daten der Gewerbeaufsicht, Einschränkung von Nacht- und Wochenendarbeit usw. In einer begleitenden Pressemitteilung kritisiert die SPD, daß ein Drittel aller Beschäftigten inzwischen vor Erreichen der Altersgrenze stirbt, ein weiteres Drittel erwerbsunfähig wird. Nur ein geringer Teil der Berufskrankheiten werde auch anerkannt, die Arbeitgeber würden damit von den Kosten entlastet, Kranken- und Rentenversicherung dagegen belastet.

„Wir lassen uns nicht wenden!“ Kampfbereitschaft unterschätzt

Unter dem Eindruck der ersten Streikwoche und der angekündigten Ausweitung haben die öffentlichen Arbeitgeber seit Sonntagabend verkünden lassen, daß sie ein neues Angebot vorlegen wollen. Für Mittwoch, 6. 5., wurde ein Verhandlungstermin anberaumt.

Ganz offensichtlich ist es der Regierung weder gelungen, die Stimmung gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu wenden, noch mit „Argumenten“ wie dem der „leeren Staatskassen“ oder der „Sicherung von Arbeitsplätzen im Osten“ die Streikfront zu spalten. Im Gegenteil. Die blamable Vorstellung, die Kohl und Schäuble mit der vorgeschlagenen und wieder zurückgezogenen Kürzung ihrer eigenen Gehälter boten, hat entsprechend gewirkt.

Selten wurde in einem Streik so politisch argumentiert. Tatsachen wie die, daß die Kapitalisten 800 Milliarden Mark bei der Bundesbank liegen haben und die Bundesregierung sowohl am Jäger 90 wie auch an der Steuerreform zugunsten der Kapitalisten festhält, werden ebenso als Argumente für den Streik verwandt wie die Entwicklung der Preissteigerungsrate, die neu angedrohten Erhöhungen im sozialen Bereich usw.

Und: Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Ostdeutschland und Ostberlin wollen in den Streik einbezogen werden. Am Montag gab es erste Warnstreiks in Ostberlin. Nachdem die Verhandlungsführer von Bund, Länder und Gemeinden (Seiters, Simonis und Klein) immer wieder betont haben, daß eine besondere Anhebung der unteren Einkommensgruppen notwendig sei, konnten sie nicht mehr umhin, einen solchen Vorschlag zu unterbreiten. Jahrelang wurde seitens der Arbeitgeber (nicht nur der öffentlichen) gegen eine stärkere Anhebung der unteren Einkommen, z.B. durch Festgelddbeträge, Position bezogen. Privatisierungen im Bereich der untersten Einkommensgruppen wurden damit begründet, daß diese zu teuer seien. „Leistungsfeindlich“ war das Attribut, das Festgeld- oder Mindestbetragsforderungen stets angehängt wurde. Es scheint so, als hätten die öffentlichen Arbeitgeber ein Eigentor geschossen.

Entscheidend für die Beurteilung des Abschlusses muß jedoch die Höhe sein. Das Arbeitgeberangebot soll jetzt das Volumen des Schlichterspruches haben:

6 % für die unteren Einkommensgruppen, 3 % für die höheren, der Schnitt soll bei BAT VI liegen, von einer Kappungsgrenze ist ebenso die Rede wie von höherem Urlaubsgeld oder höherer Einmalzahlung. Das durchschnittliche Einkommen im öffentlichen Dienst beträgt rund 4000 Mark. Wenn die öffentlichen Arbeitgeber jetzt den Schnitt bei BAT VI machen, dann fallen eine ganze Reihe von Beschäftigten nicht unter eine „soziale Komponente“.

„Wir wollen mehr“ als die 5,4 % des Schlichterspruches. Darauf hat sich die ÖTV-Vorsitzende festgelegt. Das Mehr, die soziale Komponente, darf sich jedoch nicht hauptseitig in einem etwas höheren Einmalbetrag niederschlagen. Dieser geht nicht in die Vergütungstabelle ein und bleibt somit in den kommenden Jahren unberücksichtigt. Dagegen wirken sich ein höheres Urlaubsgeld und verbesserte Bedingungen für dessen Erhalt regelmäßig und damit günstiger für die unteren Einkommensgruppen aus. „Arbeitgeber und Gewerkschaften könnten ... diese verfahren

rene Tarifsituation nutzen, um einmal einen neuen Weg zu probieren. Statt allen den gleichen Prozentsatz, sollten sie jedem Arbeitnehmer ... den gleichen D-Mark-Betrag pro Monat mehr zahlen, beispielsweise 230 DM.“ (*Hannoversche Allgemeine Zeitung* vom 30.4.) Auch wenn der Autor in der „Einmaligkeit“ des Vorschlags irrt, ein solches Angebot wäre einigensfähig.

Auch wenn noch nicht feststeht, ob es in dieser Woche zu einem Abschluß kommt, so stehen zwei Dinge schon fest: Bundeskanzler Kohl, der sich besonders hart in dieser Tarifrunde gegeben hat und gemeinsam mit den Kapitalisten die Tarifwende beschwor, hat einen weiteren Grund für seinen Abgang geliefert. Kohls abfällige Bemerkung, für 20 bis 30 DM im Monat mehr oder weniger lohne sich nicht zu streiken, hat ihm nicht viel Freunde geschaffen. Für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, von denen nur wenige schon 1974 dabei waren, hat sich der Einsatzer gelohnt, denn wenigstens der Schlichterspruch ist für viele gesichert. — (har)



Statt: „Leistung muß sich wieder lohnen!“: Streik! Bild: Streikposten in Köln. (Bild:af/mz)

Post: Aufruf der DPG zum Streik wird befolgt

Im Vorfeld der Urabstimmung hatte die Generaldirektion Postdienst verfügt, daß die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) die Urabstimmung nicht in Dienstgebäuden durchführen darf und auch versucht, dieses bei Telekom und Postbankdienst durchzusetzen. Nach Androhung der DPG, die Urabstimmung mit Warnstreiks, also Diensteschluß zur Mittagspause, durchzuführen, nahm die Generaldirektion die Verfügung zurück. Das Ergebnis der Urabstimmung war eindeutig: 95,4 % in Hamburg 97 % des Tarifpersonals stimmten für den Arbeitskampf.

Am Freitag, den 24. 4. um 14.00 Uhr, gleich nach Bekanntgabe des Urabstimmungsergebnisses, legten die ersten 400 von 1600 Arbeitern und Angestellten beim Postamt 3 in Hamburg für unbestimmte Zeit die Arbeit nieder. Das Postamt 3, das größte Verteilerpostamt in Hamburg, bearbeitet täglich rund 4 Mio. Briefsendungen, die nun in den Postsäcken und Abfertigungshallen liegen blieben. Die Stimmung unter den Streikenden war gut.

Am Dienstag, den 28. 4., wurde der Streik beim Postamt 3 abgebrochen und am darauffolgenden Tag das Postgiroamt in Hamburg — täglich 200000 Daueraufträge, Überweisungen, Buchungen — sowie das Paketpostamt, wo täglich 280000 Päckchen und Pakete (davon 85 % Großkunden) liegenbleiben, bestreikt. Auf die Ankündigung der Postarbeitsgeber, über die Mai-Feiertage beim Paketpostamt Beamte als Streikbrecher einzusetzen, wurde der Streik bei den Postämtern 2 und 3 wieder aufgenommen.

Im Bereich der Oberpostdirektion Hamburg traten im Laufe der Woche, soweit bekannt, noch das Fernmeldezeugamt Hamburg und Elmshorn in den Streik. In Elmshorn folgten über 400 Tarifräfte dem Streikaufruf der DPG, so daß im Amt nichts mehr lief. Die Erfahrung hier zeigte, daß es keine Schwierigkeiten bereitete, die Kolleginnen und Kollegen für den Streik zu gewinnen — die Streikfront stand. Etwa 20 Beschäftigte traten innerhalb der zwei Streiktage der DPG bei. — (sip)

Staatsgewalt gegen Streik

Bereits nach wenigen Streiktagen drohten einzelne Vertreter der Reaktionen bereits mit dem Einsatz des staatlichen Gewaltapparates und attackieren das Streikrecht: Der FDP-Verteidigungsexperte Jürgen Koppelin will die Bundeswehr zu Noteinsätzen gegen den Streik im öffentlichen Dienst einsetzen. Er denkt an Krankentransporte, Wasser- und Stromlieferungen, Versorgung von Altenheimen und Müllabfuhr. In etlichen Krankenhäusern hat es bereits Auseinandersetzungen um den verbotenen Einsatz von Zivildienstleistenden auf bestreikten Arbeitsplätzen gegeben. Zivildienstleistende sind rechtlich Soldaten gleichgestellt. Der Bundestagsabgeordnete und Staatsrechtler Rupert Scholz (CDU) fordert inzwischen den Erlass eines Arbeitskampfgesetzes. Er plädierte für Regeln über einen Streik im öffentlichen Dienst, da hier das Gemeinwohl der Bevölkerung mehr als bei jedem anderen Arbeitskampf berührt würde. Streiks im Krankenhaus solle das Gesetz künftig verhindern.

Der Streik entwickelt eine große Wirkung

Bereits am dritten Streiktag weitete sich der Streik im öffentlichen Dienst mit rund 215000 Streikenden zum größten und längsten Arbeitskampf seit 37 Jahren aus. Gleichzeitig rollte die erste Warnstreikwelle in der Metallindustrie an. 130000 Metaller legten die Arbeit nieder.

Die Arbeitgeber wurden von der Wucht des Arbeitskampfes überrascht. So warf Heide Simonis der ÖTV vor, in der letzten Verhandlungsphase gar nicht mehr ernsthaft verhandelt zu haben, die logistische Streikvorbereitung hätte bereits auf vollen Touren laufen müssen, anders sei das Ausmaß des Streikbeginns nicht erklärlich.

Nach wie vor sind der Öffentliche Personenverkehr und die Müllabfuhr zwei wichtige Standbeine der DGB-Gewerkschaften im öffentlichen Dienst. Die besondere Wucht dieses Streiks liegt aber darin, daß kleine und kleinste Dienststellen mit in den Streik wollen und auch einbezogen werden. Für viele ist es der erste Streik in ihrer Dienststellengeschichte.

Die Strukturveränderungen des öffentlichen Dienstes, die das Gewicht des Angestelltenbereichs vergrößert haben, haben der Streikfähigkeit nicht geschadet. Im Gegenteil, die Angestelltenbereiche sind zu einer wichtigen Stütze des Streiks geworden. Die Krankenhausbefugnisse und der Sozial- und Erziehungsdienst, Bereiche mit einem hohen Frauenanteil, die erst seit 1989 vorsichtig erste Warnstreikerfahrungen sammelten, sind fester Bestandteil der Streikfront.

Landes- und Bundesbehörden, die eher zu den gewerkschaftlich schwach organisierten Bereichen gehören, stehen

im Streik. Am Mittwoch streikten in 32 Dienststellen des Bundes rund 800 Beschäftigte, über 150 Streikposten versammelten sich vor dem Bundeskanzleramt.

Daß von einem Streik im öffentlichen Dienst nur „der Bürger“ betroffen sei, ist Zweckpropaganda. Auf dem Nord-Ostsee-Kanal wurde deutlich, daß die dort als Festmacher an den Schleusen in Kiel und Brunsbüttel eingesetzten Beamten nur einen Teil der Arbeit bewältigen konnten. Die Gewerkschaften beziffern den Einnahmeausfall auf der meistbefahren künstlichen Wasserstraße der Welt auf mehr als 700000 Mark am Tag mit steigender Tendenz. Weil die Schleuse Oslebshausen nur noch für die Boote der Wasserschutzpolizei geöffnet wird, findet im Bremer Hafen kein Umschlag mehr statt. Die betroffenen Firmen rechnen mit Verlusten in Millionenhöhe, sprechen gar von Existenzgefährdung. Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels in Köln hat erhoben, daß der Einzelhandel vom Streik im öffentlichen Dienst mit Umsatzeinbußen bis zu 50 Prozent getroffen wird. Die Einbeziehung der Sparkassen in die Streikfront wird bei längerer Dauer den Lebensnerv der kapitalistischen Wirtschaft erheblich beeinträchtigen können.

Für „den Bürger“ hingegen hatte der Streik auch ganz positive Seiten. Der Streik im Zoo von Hannover bringt zwar der Stadtkasse 130000 Einnahmeverlust, den Besuchern aber freien Eintritt. Eben solcher Sympathie erfreut sich auch der Streik der Politessen, die statt Knöllchen die Streik-Nachrichten der ÖTV hinter die Scheibenwischer klemmen. — (kar)

Differenzen im Arbeitgeberlager — Pressestimmen zum Tarifkampf

Im Tarifkonflikt des Öffentlichen Dienstes bröckelt die Front der Arbeitgeber. Der Vizepräsident des deutschen Städtetages, Herbert Schmalstieg, appellierte an die Arbeitgeber, ein neues Angebot vorzulegen und bedauerte, daß sie nicht bereit gewesen seien, auf den Schlichterspruch von 5,4 Prozent einzugehen. Auch der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder (SPD), der wie sein sozialdemokratischer Amtskollege Rudolf Scharping aus Rheinland-Pfalz neue Verhandlungen forderte, kritisierte, daß der Schlichterspruch nicht angenommen worden sei. Er griff dabei ausdrücklich die Verhandlungsführerin der Länder, Heide Simonis (SPD), an. Nach dem Münchener Oberbürgermeister Georg Kronawitter (SPD) forderte auch der Vorsitzende des bayrischen Städtetags, der Landshuter Oberbürgermeister Josef Delmer (CSU), eine Annahme des Schlichterspruchs.

Schützenhilfe erhielten die SPD-Arbeitgebervertreter und der CSU-Spitzenkader auch vom Vorsitzenden der SPD, Björn Engholm, und seinem Stellvertreter Oskar Lafontaine. Der frühere SPD-Chef Hans-Jochen Vogel schlug als Kompromiß für die Bezieher unterer Einkommen die Umsetzung des Schlichterspruchs vor. Für Besserverdienende sei das Arbeitgeberangebot von 4,8 Prozent „durchaus vertretbar“.

Dagegen rief die Verhandlungsführerin der Länder, Heide Simonis, dazu auf, ohne Vorbedingungen an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Auch sie sprach sich allerdings für eine Stärkung der sozialen Komponente aus. Bundeswirtschaftsminister Jürgen Möllemann (FDP) und der Chef der Wirtschaftswei-

sen, Herbert Hax, verlangten erneut einen Tarifabschluß von unter fünf Prozent. — (*Handelsblatt* vom 27. 4. 1992) Der Verhandlungsführer des Verbandes der Kommunalen Arbeitgeber (KAV), Duisburgs Oberstadtdirektor Richard Klein (SPD), betonte, die Arbeitgeber seien „jederzeit bereit, sofort an den Verhandlungstisch zurückzukehren“. Voraussetzung sei jedoch ein entsprechendes „Signal“ der Gewerkschaften. Er sei sich mit Bundesinnenminister Rudolf Seiters (CDU) und der Kieler Finanzministerin Heide Simonis (SPD) einig, daß sowohl über das Volumen als auch über die Struktur eines neuen Tarifabschlusses geredet werden könne.

Die Verhandlungsführerin der Länder, die Kieler Finanzministerin Heide Simonis, rechnet nicht mit einem längeren Arbeitskampf im Öffentlichen Dienst. Beide Seiten sollten möglichst schnell wieder an den Verhandlungstisch zurückkehren. Sie sehe Lösungsmöglichkeiten auf zwei Ebenen, „einmal bei der sozialen Komponente, man gibt den unteren Einkommensgruppen mehr als den oberen, und zum anderen bei der Laufzeit ...“ — (*Handelsblatt* vom 28. 4. 1992)

In einem Gespräch mit dem *Handelsblatt* erklärte sich Seiters als Verhandlungsführer der öffentlichen Arbeitgeber bereit, „über alles zu reden“. Entscheidend werde jedoch die Frage nach der Sozialkomponente des Tarifabschlusses sein ... Den Appell an die Gewerkschaften, an den Verhandlungstisch zurückzukehren, verbindet Seiters mit dem Angebot, „zu prüfen, wie weit man im Rahmen eines verantwortbaren Verbesserungsvolumens die soziale Komponente eines Tarifabschlusses ver-

stärken und mehr für die unteren Einkommensgruppen tun kann“. Der Verhandlungsführer des Bundes weist auf die vom Frühjahrsgutachten prognostizierte Preissteigerungsrate von 3,75 % und die zu erwartende Produktivitätssteigerung von 1 % hin und sagt, daß von den Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes gemachte Angebot gehe über die Summe dieser beiden Zahlen bereits hinaus. — (*Handelsblatt* vom 28. 4. 1992)

Bundeskanzler Helmut Kohl will sich durch die Streiks im öffentlichen Dienst nicht von seiner Linie in der Tarifaussensetzung abbringen lassen. Kohl sagte ... in der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, er wundere sich, daß bei vielen bereits nach 24 Stunden Streik „die Nerven flattern“. Der Staat werde nicht verhandlungsfähiger. „wenn wir bei der ersten Gelegenheit in die Knie gehen“. — (*Die Welt* vom 30. 4.)

Eins zu null für die streikenden Gewerkschaften: ... Das Arbeitgeberlager bröckelt, die oftmals gepriesene tarifpolitische Wende scheint zu scheitern. Die öffentlichen Arbeitgeber aus Bund, Ländern und Kommunen geraten ins Schlingern, ihre Verhandlungstaktik ist unklar und durchlöchert. Was nun Herr Seiters? Der Bundesinnenminister muß als Verhandlungsführer der öffentlichen Arbeitgeber schnell für Klarheit sorgen. Sonst droht der Arbeitskampf zu einer Farce zu werden (wenn er es nicht schon ist). Denn wenn jetzt schon klar ist, daß die öffentlichen Arbeitgeber die Wucht des Arbeitskampfes nicht ertragen können, dann sollten sie schnell die weiße Fahne hissen und den Bürgern den unangenehmen Streik ab sofort ersparen. Eine Entscheidung muß her. — (*Die Welt* vom 30. 4. 1992)

In folgenden dokumentieren wir ein Interview der dpa mit einem der drei neu gewählten Politbüromitglieder der KP Kubas, Carlos Aldana (50), zuständig für Parteipolitik, dem „dritten Mann“ nach Fidel und Raoul Castro. Das Interview hat uns der Vertreter der Kubanischen Botschaft in Bonn bei einer Veranstaltung von BWK, DKP, PDS, VSP, Volksfront, Anarchos, Verein Solidarische Arbeiterhilfe, Politik im Forum, Freidenker, Radikale Linke, Nicaragua-Verein in Mannheim am 1. April 1992 zur Verfügung gestellt. Die Unterlagen sind aktuell (25.3.92) und unseres Wissens von der bürgerlichen Presse nicht veröffentlicht worden. Aus Platzgründen können wir nur Auszüge abdrucken.

dpa: Inwiefern bringt die Politik der BSA Änderungen in Kuba hervor?

Aldana: Ich glaube, daß die Einfluß hat ... und nicht gerade unbedeutenden. Es wird sich was ändern, wenn die Blockade, die Feindseligkeit aufhört und uns die Marinebasis von Guantanamo nicht mehr aufgezwungen ist, wenn normale Beziehungen existieren. In dem Moment, da sich in unserer Gesellschaft nicht mehr, sagen wir, der Ausdruck von feindlichen Interessen konstituiert, kann sich dort etwas bilden, das die Dinge anders betrachtet als wir, aber auf Grundlage zivilisierter Beziehungen.

dpa: Wenn äußere Faktoren die innere Politik Kubas beeinflussen, wie bedingen sie die wirtschaftliche Krise? Die kubanischen Führer sagten, das Land müsse sich auf das Schlimmste vorbereiten, und das Schlimmste scheint eminent zu sein. Wie nah oder wie fern ist die „Option Null“?

Aldana: Die „Option Null“ ist mythologisch. In unserer heutigen Situation bringt die US-Blockade nichts Neues. Die haben uns die Daumenschrauben angelegt, weiter nichts. In der heutigen Situation ist das Entscheidende die zweite Blockade, die unfreiwillige.

Wir glauben nicht, daß die russische Regierung willentlich Kuba mit einer Blockade belegt. Es gibt (in Rußland, d.V.) eine Situation der Veränderungen, Wandlungen, es gibt eine bestimmte Unordnung, Desorganisation, Unfähigkeit, Inkompetenz und Tendenzen, die eine Zeitlang andauern, die allerdings bei uns eine Tragödie, eine wirkliche Katastrophe verursacht haben.

Alle unsere Lieferquellen für Rohstoffe, Nahrungsmittel, Maschinen, Ersatzteile, Aggregate, Ausrüstungen, all das ist plötzlich zusammengebrochen. Wir haben einen Bastard bestehend aus nord-amerikanischer Technologie, die wir im Laufe von 30 Jahren reparierten, und sowjetischer Technologie, die wir anpaßten. Das beanspruchte einen großen

Kuba: Die „zweite Blockade“ bringt eine wirkliche Katastrophe

Aufwand an Ideen und Kreativität, damit es funktionierte.

Man braucht in keinsten Weise die Konsequenzen, die das auf unser Land hat, herunterspielen, vor allem in Hinsicht auf die Grundfrage der Energieversorgung. Kuba war bei einem Verbrauch von mehr als 13 Millionen Tonnen Öl angelangt, ein Ausdruck der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Im letzten Jahr erhielten wir weniger als 10, für dieses Jahr können wir keine sichere Zahl angeben, aber ohne zu optimistisch oder zu pessimistisch zu sein, werden wir wohl mit der Hälfte auskommen müssen.

Aber das Land hat sich schnell an diese Realität angepaßt. Wir hatten eine intelligente, lebhaft und kreative Reaktion der Bevölkerung und der Führung. Es fanden sich viele Einsparlösungen und -alternativen sowie Rationalisierungsmethoden. Es wurde uns auch bewußt, daß es in gewissem Sinne Verschwendungen gegeben hat.

Das Fahrrad war eine revolutionäre Antwort. In einigen Jahren wird jeder Kubaner ein Fahrrad haben. Kuba wird das Land der Palmen und Fahrräder, neben dem sich China lächerlich ausnehmen wird. (...)

Unter dem Druck der außergewöhnlichen Situation lösen wir Probleme, die wir früher nicht bewältigten ... Die Leute sehen, daß es einen Ausweg gibt, daß wir nicht in einer derartigen bitteren Lage sind, wie wir anfangs glaubten. Im Ausland gibt es falsche Vorstellungen über unseren Widerstandswillen. Man

betrachtet uns apokalyptisch, mit einer Veranlagung zum Heldentum, eine Spezies von Verrückten und Selbstmördern.

Wenn wir sagen Sozialismus oder Tod, stehen wir für den Sozialismus, da wir glauben, daß nur der Sozialismus uns Wohlstand und den Frieden, den wir brauchen, garantieren kann. Wir wollen und werden nicht bis zum Tod gehen, noch weniger fühlen wir uns berechtigt, ein ganzes Volk als Trümpf auszuspielen. Der Selbstmord ist irreal, falsch, er hat viele, auch in unserer eigenen Gesellschaft in Schrecken versetzt, es fehlt uns nämlich auch nicht an Kleinmut. Jetzt kommen sie zurück, weil sie gesehen haben, daß die Situation erträglich ist.

dpa: Hat die Krise ihren Höhepunkt erreicht?

Aldana: Nein, wir sind dort noch nicht angelangt.

dpa: Von was hängt dies ab, von der Brennstofflieferung?

Aldana: Das hängt von Brennstoffen ab, von einigen Lieferungen, dem Verkauf unserer Hauptprodukte auf dem Weltmarkt ...

dpa: Ist die Frage der Brennstoffe nur ein Problem der Lieferquellen?

Aldana: Wir haben keine liquiden Mittel, keine harte Währung. Was wir haben ist Zucker, Nickel, Zitrusfrüchte, Rum, Tabak, Medizin, medizinische Dienste und saubere Strände. Vier oder fünf Millionen Tonnen Zucker bringen uns sechs oder sieben Millionen Tonnen Öl, nicht mehr. Das heißt, wir haben den Zucker als Pfand? (...)



„Sozialismus oder Tod“. Bild: af/mz

Auch die Beendigung der Blockade würde dieses Problem nicht automatisch lösen. Die Beendigung der Blockade ist aber deshalb so wichtig für Kuba, weil damit der Druck auf diejenigen aufhören würde, die bereit sind, mit uns Geschäfte zu machen ...

Nur ein soziales System wie das unsere kann diese Krise so lindern, wie wir es heute tun, mit einer gewissen Gerechtigkeit und gleichen Verteilung, ohne tiefergehende soziale Ungleichheiten, die ein Faktor der inneren Instabilität wären. Wenn es in unserer Lage eine bedeutende Gruppe gäbe, die ein leichtes Leben hat, und andere ein schwereres, wären wir jeglicher Krise ausgeliefert.

dpa: Im Wirtschaftsplan stimmte der Parteitag einer Öffnung für ausländische Investitionen zu ...

Aldana: Der Parteitag ratifizierte eine Politik zugunsten einer Öffnung für ausländisches Kapital, zugunsten von gemischten Gesellschaften und der Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen privaten Unternehmen mit unserem sozialistischen Projekt ...

Wir erbitten keine Unterstützung in Form von Krediten oder Meistbegünstigungsklauseln. Wir wollen Geschäftsbeziehungen auf der Basis der gegenseitigen Vorteile diskutieren. Diese Politik bezieht sich nicht nur auf den Tourismus, sondern auf alle Zweige der Wirtschaft, wo uns Kapital, Technologie oder Märkte fehlen.

dpa: Wie sehen die Änderungen des politischen Planes aus?

Aldana: Es gibt grundlegende Gesichtspunkte. Der erste bezieht sich auf unser Einparteiensystem. Wir sind uns bewußt, daß es einer Weiterentwicklung bedarf. Die Partei, die in mehr oder weniger klassischem Sinne als Arbeiterpartei aufgebaut wurde, haben wir neu definiert als Partei der kubanischen Nation, um sie vielfältiger zu machen, damit sie Raum für alle Bereiche der Gesellschaft bietet. (...)

Der andere wichtige Aspekt ist die Entscheidung, toleranter gegenüber Meinungen zu sein, die nicht der Linie der Partei entsprechen, aber ohne eine Fraktionsbildung einzuräumen, denn das bedeutet das Ende für eine Partei. Das ist ein Raum, der fast nicht existierte. Man akzeptierte oder lehnte eine Linie ab, das Wesentliche ist, daß jeder das absolute Recht hat, das zu denken, was er will, daß seine Meinung respektiert wird einschließlich der Möglichkeit, seine Sichtweise einzubringen. (...)

dpa: Und die Opposition?

Aldana: Die Opposition hat alle Chancen als Individuen wie alle anderen auch. Keine Organisation wird jemanden von der Opposition (als Kandidat zu Wahlen der Kommunal-, Provinz- oder Nationalversammlung, d.V.) vorschlagen. Gut, ich weiß es nicht genau, vielleicht gibt es Fälle, das will ich nicht absolut verneinen, aber ich betrachte es als sehr unwahrscheinlich.

In der Kommune hat ein Oppositioneller jetzt alle Möglichkeiten, vorgeschlagen und als Kandidat gewählt zu werden. Niemand wird ausgeschlossen aufgrund der Tatsache, ein Oppositioneller zu sein, absolut niemand. Wenn Sie ihn vorschlagen wollen und der Betroffene von einer Menschenrechtsgruppe ist oder irgendeiner anderen Partei, das ist egal. Er muß nur alle seine Bürgerrechte besitzen ...

dpa: Gibt es keine ideologische Grenze? Zum Beispiel, wenn sich jemand als Sozialdemokrat oder Christdemokrat erklärt und als solcher gewählt werden will?

Aldana: So weit gehen wir. **dpa:** Es ist also möglich, zwar kein Mehrparteiensystem zu schaffen, aber ein Parlament der Meinungspluralität?

Aldana: Das ist möglich, wenngleich ich glaube, daß die überwältigende Mehrheit die sozialistische Idee vertreten wird, die Identifikation mit Projekten, die mit der Partei verbunden sind, denn das ist der wirkliche nationale Konsens. (...)

In unserer Gesellschaft gibt es keine starken Kräfte, die ideologische Positionen vertreten, welche unseren völlig konträr entgegenstehen. Es gibt Individuen, aber keine Kräfte, die einen solchen Druck ausüben, daß uns nichts mehr übrigbliebe als sie anzuerkennen, die wir nicht mehr negieren könnten, wie dies in Osteuropa geschah, wo diese Kräfte keiner mehr leugnen konnte. (...)

Das soll nicht heißen, daß es keine oppositionellen Persönlichkeiten, Gruppen gäbe. Im ganzen Land gibt es etwa 60 Gruppen. Wir verfolgen sie nicht, bedrängen sie nicht, solange sie sich im Rahmen des Gesetzes bewegen. Es gibt Gruppen, die seit Jahren agieren, und mit denen sich niemand eingelassen hat.

Telefax der Kubanischen Botschaft, Bonn vom 24.3.92, eigene, nicht autorisierte Übersetzung — (frr)

Die israelische Regierung beschloß 1976 2000 Hektar arabischen Landes in Galiläa, einem Gebiet im 1948 besetzten Teil Palästinas, das noch mehrheitlich von Palästinensern bewohnt wird, zu enteignen. Der Widerstand der Palästinenser artikuliert sich in einem Generalstreik, Demonstrationen und Versammlungen. Am 30. März 1976 wehrten sich dann zum ersten Mal Palästinenser in den 1948 besetzten Gebieten und in Westbank und Gazastreifen in gemeinsamen Aktionen gegen die Landenteignung durch den Siedlerstaat Israel. Die Repression der Besatzer war entsprechend hart, sechs unbewaffnete Palästinenser wurden erschossen, 72 verletzt und Hunderte verhaftet. 16 Jahre später, unter den Bedingungen der US-EG-Weltordnung, ist die Situation in den besetzten Gebieten verzweifelt. Auf internationaler diplomatischer Ebene erfährt die Siedlerregierung jegliche Unterstützung und kann dank dieses Kräfteverhältnisses die Aneignung palästinensischen Landes in ungeheurem Ausmaß forcieren. Im folgenden drucken wir Auszüge einer Übersetzung eines Artikels über zionistische Siedlungspolitik aus einer palästinensischen Zeitung ab.

— (Palästinakomitee Stuttgart)

Im Finanzjahr 1990/91, das am 1. April endete, gab die israelische Regierung dreimal mehr für Siedlungsaktivitäten in den 1967 besetzten Gebieten aus als in irgendeinem anderen Jahr seit der Besetzung. In den folgenden zwei Monaten enteignete Israel mehr Land der Westbank als in den vorhergehenden zwei Jahren zusammengekommen ... Im Januar 1990 gab es 185 Siedlungen in der Westbank, 12 davon in Ostjerusalem und 22 im Gazastreifen. 1990 wurden

Zionistische Siedlungspolitik und „Friedens“handlungen

sieben neue Siedlungen gegründet, zwei davon in Ostjerusalem. 1991 wurden wenigstens acht neue Siedlungen im besetzten Gazastreifen und Westbank im November gegründet, dazu kommen eine Serie von Übergriffen von Siedlern auf palästinensische Häuser in Jerusalem und neue Versuche, die jüdische Präsenz im Zentrum von Al Khalil (Hebron) auszuweiten. Die meisten internationalen Proteste wurden vor allem unter dem Gesichtspunkt, daß dies eine berechnete Provokation darstellt, gegen die Gründung von Kela (Bruchin) auf den Golanhöhen erhoben, wo drei Minister des israelischen Kabinetts anwesend waren, und die genau in dem Moment stattfand, als die israelische Delegation die syrische in Madrid treffen sollte ... Das Budget, das für 1992 von der israelischen Knesset im September beschlossen wurde, sieht wenigstens zwei Milliarden Dollar für die Erweiterung von Siedlungen vor ... Die laufenden Bauprojekte und die abgeschlossenen Planungen reichen, um die Siedlerbevölkerung in der Westbank in den nächsten fünf Jahren zu verdoppeln und die jüdische Bevölkerung im Gazastreifen zu verdreifachen ...

Die klare Absicht ist es, so viele Israelis in den 1967 besetzten Gebieten anzusiedeln, daß jegliches territoriale Zugeständnis seitens Israels ausgeschlossen wird, jegliche palästinensische Autonomie oder ein demilitarisierter Golan. Ein Bericht der Jerusalemer Stadtverwal-

tung stellt fest: ... es ist möglich, daß anstatt, daß die Annexion die Voraussetzung für die Besiedlung schafft, die Besiedlung die Voraussetzung für die Annexion herstellt ...

Nachdem sie inzwischen 70 % der Westbank und 50 % des Gazastreifens kontrollieren, bereitet sich Israel jetzt darauf vor, die Grüne Linie, die die Grenzen vor 1967 bezeichnet, verschwinden zu lassen. Ein Projekt, das in den 80er Jahren begonnen wurde und das einen Streifen von Siedlungen entlang dieser Linie vorsah, wurde wieder aufgenommen. Als Tzur Yigal 25 km nordöstlich von Tel Aviv, gerade noch innerhalb der grünen Linie, gegründet wurde, deckte Peace Now auf, daß die Infrastruktur für eine gleichartige Siedlung bereits einen Kilometer weiter östlich, das heißt in der Westbank aufgebaut worden war. Tzur Yigal ist ein Teil des Siebensterneprojekts, das vor zwei Jahren geplant wurde und jetzt dahingehend erweitert wurde, daß es 20 neue Siedlungen einschließt, die im Süden entlang der Grenze von 1967 verlaufen sollen.

Gleichzeitig wurde die Verbindung zwischen den Siedlungen und den israelischen städtischen Zentren durch Verbindungsstraßen verstärkt ... Jerusalem bleibt weiterhin ein Hauptziel der israelischen Siedlungsexpansion, nicht nur, weil es als Israels ewige Hauptstadt beansprucht wird, sondern auch, weil es einer der entscheidenden Punkte für das

Auslösen der Grenzen von vor 1967 ist. Die Stadt, die von riesigen Siedlungen — für Israel Vorstädte — umringt ist, dieses Großjerusalem nimmt ein Fünftel des Gebiets des palästinensischen Territoriums ein, das 1967 besetzt wurde, und dies ist selbst nur ein Viertel des historischen Palästinas. Im Mai kündigte Sharon einen Plan für einen neuen Siedlungsring um die Stadt an, der die jüdische Bevölkerung um eine Million vermehren sollte. Im September kündigte Israel einen Siedlungsbau am Rande von Ostjerusalem in einem Olivenhain an, der den Palästinensern gehörte. Im Oktober veröffentlichte die israelische Zeitung Kol Hair einen Plan, der 4000 Wohneinheiten für Juden in 26 Teilen von Ostjerusalem vorsieht. Dieser Plan ist der Hintergrund für den Angriff auf Palästinenser und ihren Besitz in Silwan am 9. Oktober, als über 200 Siedler aus verschiedenen Teilen der besetzten Gebiete in diesem Dorf am Rande der Stadt zusammenkamen ...

Einige Experten aus dem US State Department und auch Teile der proisraelischen Amerikaner und die israelische Arbeiterpartei denken, daß es in israelischem Interesse wäre, einen nicht genau bestimmten Teil des Landes gegen Frieden zu tauschen. Daher gilt die Verstärkung des Siedlungsbaus als kontraproduktiv, vor allem unter dem Gesichtspunkt, daß Israel ökonomische Vorteile hätte, wenn es seine Beziehungen zu den arabischen Nachbarn verbessern könnte

... Die massive Einwanderung von Sowjetjuden, die 1989 einsetzte, wirkte solchen Argumenten entgegen. Es wurde erwartet, daß eine Million neuer Immigranten innerhalb weniger Jahre eintrifften würden und die Bevölkerung Israels um 20 % vermehren würden ...

Ende November machte Finanzminister Modai einen Vorschlag, der zeigt, daß die israelische Führung einen Kurs einschlägt, der es ermöglicht, die 1967 besetzten Gebiete zu behalten, die Siedlungen zu vergrößern, die neuen Immigranten zu absorbieren und seine strategische Beziehung mit den USA aufrecht zu erhalten. Modai schlug vor, daß die USA Israel die Garantie für die Kredite gibt, die nur dazu benutzt werden sollen, die Immigration zu finanzieren (was bedeutet, die Siedlungserweiterung direkt oder indirekt zu finanzieren). Im Gegenzug würde Israel die Reduzierung von US-Wirtschaftshilfen um ein Drittel jährlich während drei Jahren akzeptieren. Dies würde bedeuten, daß Israel sich massive Hilfe für acht Jahre gesichert hätte, was entscheidend für die Absorbierung der Immigranten und die beabsichtigte Sabotage des Friedensprozesses wäre. Nach einem Jahrzehnt würde Israel nur Militärhilfe von den USA bekommen, aber dann wäre es die regionale wirtschaftliche Supermacht ...

Die arabischen Staaten haben keine Mittel, um der israelischen Siedlungspolitik etwas entgegenzusetzen, da die USA zeigten, daß sie unwillig sind, in diesem Punkt Druck auf Israel auszuüben, außer man zählt verbalen Tadel zu den Formen des Drucks. Die Palästinenser sind auch in einer schwachen Position gegenüber der massiven israelischen Siedlungspolitik und sie sind der ersten Opfer, aber es gibt die Option der Ausweitung der Intifada ...

Wer kontrolliert Afghanistan?

Am Ende brach das Nadjibullah-Regime, das sich nach dem Abzug der sowjetischen Armee länger gegen die muslimischen Widerstandsgruppen behauptet hatte, als allgemein erwartet worden war, recht plötzlich zusammen. Der lang angekündigte, dann aber panikartig vollzogene Rücktritt des afghanischen Präsidenten forcierte die Absetzbewegung der Armee, die sich in den letzten Wochen bereits abgezeichnet hatte. Die regionalen Kommandanten und Armeeeinheiten im Norden schlossen sich der Widerstandsgruppe von Ahmed Schah Masud an, die Rumpfregierung verlor nacheinander die Kontrolle über alle bis dahin gehaltenen Städte und Stützpunkte. Zur gleichen Zeit wurden die stets vorhandenen Widersprüche zwischen den verschiedenen Widerstandsgruppen — vor allem zwischen dem als „gemäßigt“ islamisch bezeichneten „Rat des Nordens“ von Masud und der islamisch-fundamentalistischen „Hesb-i-Islami“ unter Hekmatyar — unüberbrückbar. Während Masud mit der Rumpfregierung über die Übergabe der Macht verhandelte, ließ Hekmatyar seine Truppen in Kabul einfallen. Für einige Tage tobte zwischen den islamischen Gruppierungen der Kampf um Kabul, ehe sich Hekmatyar, politisch isoliert und militärisch

geschwächt, zurückziehen mußte. Inzwischen hat eine Übergangsregierung von sechs „gemäßigten“ islamischen Gruppen die Macht übernommen.

Neben dem Überlaufen der keineswegs geschlagenen Regierungsarmee hat ein zweiter Tatbestand die Entwicklung entscheidend beeinflusst: Pakistan hat im Frühjahr die Unterstützung für Hekmatyar eingestellt. Bis ins letzte Jahr, als sie ihn noch einmal in großem Maßstab mit Waffen des besiegten Irak eindeckten, hatten die USA und Pakistan vor allem die Gruppe des Großgrundbesitzers Hekmatyar finanziert. Allen Anschein nach haben die USA, um ihre Kontrolle über die Region besorgt, Hekmatyar fallenlassen. Vieles spricht dafür, daß sie die Fäden des Machtwechsels zogen. Verschiedene Berichterstatter weisen auf die zentrale Lage Afghanistans in der sich nach dem Zerfall der UdSSR neu formierenden zentralasiatischen Region hin. Falle Afghanistan an den islamischen Fundamentalismus, habe dies unabsehbare Folgen für die zentralasiatischen Republiken auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR, aber auch für Pakistan und Indien (mit einer Minderheit von 110 Mio. Muslimen). (1)

(1) So z. B. Frankfurter Rundschau, 7.2.92, Die Zeit, 7.2.92, taz, 1.4.92 — (scc)

Wahl in Österreich — FPÖ ohne Zuwachs

Knapper als erwartet, endete die Wahl zum Bundespräsidenten in Österreich am 26.4., zu der 5,6 Mio. aufgerufen waren. Der favorisierte Bewerber der SPÖ, Rudolf Streicher, errang mit 40,7 % den größten Stimmenanteil. Der ehemalige Verkehrsminister lag damit jedoch nur um 3,5 % vor dem ÖVP-Kandidaten Thomas Klestil. Im Vergleich mit den Nationalratswahlen 1988 sind das 2,1 % SPÖ-Stimmen weniger. Klestil brachte es — für viele unerwartet — auf 37,2 %. (+5,1 %) Damit ist der Ausgang der Stichwahl am 24.5. zwischen den beiden offen. Heide Schmidt, die Vertreterin der deutschnational-faschistischen FPÖ, erzielte 16,4 %. Zum ersten Mal seit mehreren Jahren legte sie nicht mehr zu. Für die Grünen brachte es Zukunftsforscher Robert Jungk auf 5,7 % (4,8 %, zwei getrennte Listen). Nur 4,7 Mio. Stimmen (83,8 %) wurden abgegeben, obwohl in vier Bundesländern Wahlpflicht bestand.

Der gegenwärtige Bundespräsident Waldheim hatte auf eine zweite Amtszeit verzichtet — zur großen Erleichterung vieler, selbst seiner eigenen. Waldheim war unter den Nazis Wehrmachtsoffizier und unter anderem verantwortlich für Geiselschießungen in Jugoslawien. Im

ansonsten inhaltsarmen Wahlkampf hatte sich lediglich Jörg Haider ein weiteres Mal profilieren können. Unter Bezugnahme auf ein Zitat über die Sozialpolitik der Nazis aus einer Veröffentlichung Jungks aus dem Jahr 1941 warf der Rechtsextreme dem grünen Kandidaten Verharmlosung des NS-Regimes vor. Hätte er, Haider, ähnliches geäußert, wäre man sofort über ihn hergefallen. Jungk zwang den FPÖ-Obmann gerichtlich zum Widerruf dieses absurden Vorwurfs — der Satz war nicht nur völlig aus dem Zusammenhang gerissen, Jungk war, als er ihn schrieb, gerade erst vor den Nazis geflüchtet —, aber was ficht das einen Haider an: Er beherrschte wieder einmal die Medien und konnte erneut auf den Nationalsozialismus Bezug nehmen. Prompt hetzte er auf der FPÖ-Abschlusskundgebung wieder gegen Ausländer und Flüchtlinge. Die bürgerliche Presse spekulierte, ob das relativ schlechte Ergebnis für Schmidt nicht letztendlich Haider doch nützt. Schmidt gilt als Exponentin des eher gemäßigten Parteiflügels und war im Wahlkampf mehrmals auf (vorsichtige) Distanz zu Haider gegangen. Haider wird das als Beleg für seine deutschnational-rechte Linie ausgehen. — (jög)

Zimbabwe: Landarbeiter fordern Land

Nach der Verabschiedung des Landgesetzes, das der Regierung den Erwerb von etwa 5,5 Mio. Hektar Land möglich macht, das bis jetzt im Besitz weißer Siedler ist, geht die Auseinandersetzung um die Auswirkungen des Gesetzes fort. Die Weltbank und der IWF haben angekündigt, daß ein bereits vereinbarter Kredit über 3 Milliarden Pfund nicht ausbezahlt wird, weil das Landgesetz gegen den Schutz des Eigentums verstöße. Aber auch die inneren Auseinandersetzungen spitzen sich zu. Noch ist nicht geklärt, wie das Land an die afrikanischen Bauern vergeben werden soll. Die Landarbeitergewerkschaften unterstützen das Gesetz zwar, fordern aber besondere Regelungen für die Landarbeiter: Die Zimbabwean Farmworkers Union und die General Agricultural and Plantation Workers Union fordern von der Regierung, daß keine Farmarbeiter von dem Land vertrieben werden dürfen, das zwangsenteignet wird. Beide Gewerkschaften fordern, daß die Farmarbeiter bei der Vergabe an afrikanische Bauern bevorzugt behandelt werden müssen. Außerdem müsse ein Gesetz her, das die Lage der Farmarbeiter auf

enteignetem Land regelt. Die Auseinandersetzung ist deshalb schwierig, weil die meisten Farmarbeiter nicht auf den Wartelisten für das Wiederansiedlungsprogramm der Regierung stehen. Die Gewerkschaften fürchten, daß bei unklarer Handhabung des Gesetzes etwa 40.000 der insgesamt 300.000 Farmarbeiter arbeitslos würden. Da die Farmarbeiter immer noch weitgehend unversichert sind und oft mit Naturalien entlohnt werden, sind die Befürchtungen der Gewerkschaften begründet. Ohne Absicherungen durch Land oder Versicherungen ist eine Existenzsicherung für die Farmarbeiter und ihre Familien nicht möglich.

Die Farmarbeiter sind zur Zeit wie die kleinen Bauern in einer schwierigen Lage, denn das südliche Afrika erlebt die größte Dürreperiode seit Jahren. Selbst Zimbabwe, das in früheren Dürrejahren noch Mais exportieren konnte, muß in diesem Jahr Getreide importieren. Von den Landarbeitern sind etwa 45.000 auf Kurzarbeit gesetzt, auf dem Land sind die kleinen Bauern gezwungen, das Saatgetreide anzugreifen und Jungvieh zu schlachten. — (ulä)

Internationale Umschau



Der US-Landmaschinenkonzern Caterpillar hat den Konflikt mit den Gewerkschaften verschärft. Am 6. April drohte das Management 12.600 Streikenden, die seit dem 3. November für einen neuen Tarifvertrag kämpfen, mit Entlassung, wenn sie nicht an ihren Arbeitsplatz zurückkehrten. Das Management verlangt von den Gewerkschaften, Löhne und Zulagen auf bis zu 7 Dollar pro Stunde (ca. 11 DM) senken zu können. Der Gewerkschaftsbund AFL-CIO hat der Automobilarbeitergewerkschaft Unterstützung gegen den Konzern zugesagt. Der Internationale Metallgewerkschaftsbund hat die 47.000 Lohnabhängigen von Caterpillar in Europa, Asien und Afrika zur Solidarität mit den Streikenden aufgerufen. „Wir erwarten von den Gewerkschaften weltweit eine scharfe Verurteilung des abscheulichen Versuchs von Caterpillar, in seinen nordamerikanischen Operationen die Gewerkschaftsorganisation zu zerstören“, erklärte IMB-Generalsekretär Malentacchi. — (rül, Bild: AFL-CIO-News)

Arabische Liga unterstützt Libyen

Die Außenminister der Arabischen Liga haben bei ihrem Treffen in Kairo Anfang Mai erklärt, sie wollten zwar nicht gegen die von der UNO verhängten Sanktionen gegen Libyen direkt verstoßen, haben aber Protest angemeldet. Der syrische Vertreter erklärte nach der Konferenz, die Liga solle sich an den Sicherheitsrat wenden und eine Ausnahme vom Boykott für die arabischen Staaten beantragen. In der Schlussklärung der Außenminister wird die Embargo-Resolution als „schädlich für die Araber allgemein und ganz besonders das libysche Volk“ bezeichnet. Die Arabische Liga strebe nach einer gütlichen Lösung, die der Eskalation ein Ende setze. Der ägyptische Präsident Mubarak sagte in einer Rede, abweichend von seinem Manuskript, zur Charakterisierung des Konflikts, er habe in einem Gespräch mit dem US-Präsidenten Bush gebeten, keine Militärationen gegen Libyen vorzunehmen, was dieser aber nicht zugesagt wollte. NZZ, 3./4.5. — (alk)

Protestmarsch von Indios für Land

Seit Mitte April sind mehr als tausend Indios aus dem Amazonasgebiet von Ecuador zu einem Marsch auf die Hauptstadt Quito losgezogen. Sie fordern, daß das von den Indios bewirtschaftete Land im Grundbuch eingetragen werden soll. Neben kultureller Anerkennung wollen sie an dem Gewinn aus dem Tourismusgeschäft beteiligt werden; bei der Ausbeutung der Bodenschätze — vor allem Erdöl — wollen sie ein Mitbestimmungsrecht. Seit mehreren Jahren versuchen die Indios immer wieder, durch Landbesetzungen und Entführungen von Großgrundbesitzern ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Die Regierung wird aber kaum nachgeben: die Indios beanspruchen vor allem dort Land, wo die ausländischen Ölgesellschaften ihre Bohrtürme stehen haben. NZZ, 26./27.4. — (alk)

CSFR: Bedenken wegen Eigentumsforderungen

Das tschechoslowakische Parlament hat am 22. April dem sogenannten Nachbarschaftsvertrag mit der BRD nach langer und kontroverser Debatte mehrheitlich zugestimmt. Von den 224 anwesenden Abgeordneten stimmten 144 dafür, 33 dagegen, 47 enthielten sich. Die Kommunisten stimmten dagegen; Kritik kam vor allem an der Präambel des Vertrages, in der von „Vertreibung“ die Rede ist; die Befürchtung besteht, daß damit Eigentumsforderungen von Sudetendeutschen begründet werden. Die Sozialdemokraten hatten einen Antrag gestellt — der allerdings keine Mehrheit fand —, in einer Resolution zum Vertrag festzuhalten, daß die Aussiedlung der Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens und durch Beschluß der Siegermächte erfolgte, weshalb an die Tschechoslowakei keine Forderungen gestellt werden könnten. NZZ, 26./27.4. — (alk)

Massaker in Istanbul an elf Dev-Sol-Mitgliedern

In der Nacht des 17. April wurden mehrere Wohnungen in verschiedenen Stadtteilen Istanbuls von Sicherheitskräften überfallen und elf Menschen, die Dev-Sol-Angehörige sein sollen, „tot gefangen genommen“. Anschließend wurden bei einer Polizeioperation in diesen Stadtteilen 250 Menschen verhaftet und die Frist bis zu ihrer Haftprüfung von der Staatsanwaltschaft auf 15 Tage verlängert, damit sie an der Teilnahme an 1.-Mai-Demonstrationen gehindert werden. Die Spezialteamkräfte, politische Polizei und Eingreiftruppe sowie der Geheimdienst MIT setzten bei ihrer Operation schwere Maschinengewehre und Bomben ein. Sie bezeichneten die überfallenen Häuser als „Stützpunkte“. Die Militanten leisteten stundenlang Widerstand gegen diesen Angriff. Durch dieses Massaker, bei dem sechs Frauen und fünf Männer getötet wurden, ist die Diskussion über die „Hinrichtung ohne Urteil“ in der Öffentlichkeit wieder entbrannt. Bei den Beerdigungen der durch den Staatsterror Ermordeten, wo Parolen gerufen und Fahnen der Dev Sol gezeigt wurden, sind 250 (Karacahmet) und 100 (Küçükarmutlu) Teilnehmer verhaftet worden. In einer Erklärung von Dev Sol heißt es:

„Ayşe Uzunhansanoğlu war nicht Mitglied der Organisation, sie war Sympathisantin. Das Haus in Ciftchavuzlar ist Eigentum unseres Militanten Taşkın Usta. Es ist eine Lüge, daß dort Computer, Disketten und das Archiv der Organisation gefunden worden seien, wie behauptet wurde. Der Faschismus bedient sich der Lüge und Demagogie, um den Eindruck zu erwecken, er hätte uns einen „großen Schlag“ beigebracht. Die Zivilpolizisten versuchen, die Öffentlichkeit zu täuschen und aufzuheizen, rufen sie zur Denunziation auf. Diese Operation war keine Folge einer Denunziation. Sie kam zustande, weil einer unserer Genossen von der Polizei observiert wurde. Unsere Genossen haben dann mit Entschlossenheit gekämpft, um dem Faschismus nicht die Arbeit zu erleichtern, indem er Dokumente in die Hand bekommen würde.“

aus: Kurdistan-Rundbrief 10/192

Indien gegen Aids-Impfversuche der WHO

In Brasilien gibt es breiten Widerstand gegen die von der WHO geförderten Aids-Versuche in Ländern der Dritten Welt. Die Regierung in Brasilien hat trotzdem inzwischen nachgegeben, verharmt das Risiko und gibt sich mit den sehr mangelhaften Informationen zufrieden. In Indien haben Gesundheits-, Frauen- und Menschenrechtsorganisationen Anfang April gegen „unethische und unwissenschaftliche Großversuche mit Aids-Impfstoffen an Menschen in Entwicklungsländern“ protestiert, nachdem die indische Regierung spät, aber doch, der WHO die Erlaubnis zur Durchführung der Versuche gegeben hatte. Da aber die Pharma-Konzerne weder die WHO noch die Behörden der ausgesuchten Länder der Dritten Welt ausreichend unterrichten wegen der Konkurrenz, sondern nur Gelder der WHO und das Vertrauen in die WHO für eigene Zwecke mißbrauchen, ist die Durchführung des Großversuches noch nicht sicher. — (sul/AGG)



Bei den — offiziell noch immer verbotenen — Aktionen zum 1. Mai in der Türkei und Kurdistan hat es in diesem Jahr — anders als in den Vorjahren — keine provokativen Angriffe von Polizei und Sicherheitskräften gegeben. Lediglich in Izmir, wo Sympathisanten der ERNK mit kurdischen Fahnen demonstrierten, nahm die Polizei etwa 100 Personen fest. In Istanbul beteiligten sich allein an einer der Maidemonstrationen, zu der vornehmlich linke Zeitungen und Organisationen aufgerufen hatten, etwa 10.000 Teilnehmer. In Diyarbakir feierten die Studenten der Dicle-Universität den 1. Mai, Gymnasiasten boykottierten die Schulen, in verschiedenen Stadtteilen fanden Feiern statt. Bild: Kundgebung zum 1. Mai in Istanbul. — (rül, Foto: Yeni Ülke)

Gegen Ausweitung der Nachtarbeit!

Stuttgart. Recht eilig hatte es die Werkleitung der Robert Bosch GmbH in Stuttgart-Feuerbach, die Freigabe der Nachtarbeit für Arbeiterinnen sofort in die Tat umzusetzen. Kaum hatte das Bundesverfassungsgericht am 28. Januar 1992 in seinem Urteil bestimmt, daß das auf Arbeiterinnen beschränkte Verbot der Nachtarbeit verfassungswidrig sei, da machte die Werkleitung dieses Urteil schon am 10. Februar 1992 zu einem eigenen Thema der vierteljährlichen Besprechung mit dem Betriebsrat. Das Protokoll der Werksbesprechung hängt in den Abteilungen aus. Die Geschäftsführung der Robert Bosch GmbH besteht darauf, daß Arbeiterinnen derzeit nachts arbeiten können, obwohl die neue gesetzliche Grundlage noch fehlt. Es geht Bosch wie anderen Konzernen sicher noch nicht um die großflächige Einführung von Dreischichtarbeit für Frauen, sondern vielmehr um die gezielte Ausweitung der Maschinenlaufzeiten in Werkstätten, die derzeit „nur“ im Zweischichtbetrieb arbeiten. Dazu kommt, daß neue Investitionen in der Fertigung grundsätzlich auf der Grundlage des 24-Stundenbetriebes gerechnet werden. Der Druck zu vermehrter Nachtarbeit ist also besonders akut. Gerade in der elektrotechnischen Industrie arbeiten sehr viel Frauen im Zweischichtbetrieb.

Trotzdem haben Betriebsräte genug Möglichkeiten, dagegen zu halten. Denn im Urteil des Bundesverfassungsgerichts steht auch, daß die Nachtarbeit generell gesundheitsschädigend sei. Deshalb betonte der Feuerbacher Bosch-Betriebsrat gegenüber der Werkleitung, daß Nachtarbeit für alle gesundheitsschädlich sei und beschränkt werden sollte. Auf der Betriebsversammlung am 31. 3. 1992 führte der Betriebsratsvorsitzende weiter aus, der Betriebsrat sei grundsätzlich dagegen, daß Frauen in der Industrie nachts arbeiten sollen. Der Betriebsrat habe Mittel und Rechte, die Einführung zusätzlicher Schichtarbeit zu verhindern und den Abbau von Schichtarbeit zu betreiben. Die Firmenleitung solle den neuen Gesetzentwurf zur Arbeitszeitordnung abwarten, anstatt jetzt schon über die Ausweitung der Nachtarbeit in der betrieblichen Öffentlichkeit zu spekulieren. Bis jetzt hat die Werkleitung keinen Antrag beim Betriebsrat auf Nachtarbeit nach 23 Uhr für Arbeiterinnen gestellt. Aber anlässlich der derzeit laufenden Verhandlungen über die Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung für 1993 werden sicher Weichen gestellt. Wichtig wird sein, überhaupt die Ausweitung der Nachtarbeit zu verhindern und die Eindämmung der Nachtarbeit einzuleiten. — (rkw)

Protest gegen 600 geplante Entlassungen

Hannover. Daß es bei PolyGram Personalabbau geben würde, war von der Geschäftsleitung bereits im Oktober letzten Jahres angekündigt worden. Im Zusammenhang mit dem Bau eines neuen Hochregallagers und der teilweisen Einführung neuer Fertigungstechniken wurde die Zahl von bis zu 400 in den nächsten Jahren genannt.

Am 20. März wurden die Pläne genauer ausgeteilt: Bis Ende dieses Jahres soll die Belegschaft im Unternehmensbereich Fabrik und zugehörige Verwaltung von 1415 auf 1091 Beschäftigte, bis Ende 1993 auf insgesamt 800 Beschäftigte geschrumpft werden.

Dieser Plan wurde innerhalb von knapp zwei Stunden den Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat, dem Betriebsrat und den Pressevertretern vorgestellt. Anschließend wurde die Belegschaft durch eine Mitteilung informiert. Die Nachricht wirkte wie ein Paukenschlag: Fast die Hälfte der Fabrikbelegschaft ist von dieser Maßnahme betroffen.

PolyGram: Jahrelang traumhafte Gewinne ...

Bis September 1991 war dieser Unternehmensbereich unter gemeinsamer Beteiligung von Philips und des Chemiekonzerns Du Pont und hieß „Philips Du Pont Optical“ (PDO).

Im September zog DuPont seine Anteile zurück und die PolyGram International (Konzernsitz London), eine 80-prozentige Tochter der Philips, kaufte die PDO-Fabriken in Hannover und Louvrièr (Frankreich) auf.

Seitdem verfügt ein Management über den Fabrikbereich PolyGram, das im krassen Unterschied zu PDO Kapital zur Verfügung hat:

Während die Konzernmutter Philips seit einigen Jahren heftige Verluste macht und rote Zahlen schreibt, macht die Tochter PolyGram traumhafte Gewinne durch den Kauf und Verkauf von Musikrechten auf dem durch die CD boomenden Tonträgermarkt.

Die großen Gewinne auf dem Gebiet der Tonträgervermarktung werden nicht mehr in der Produktion gemacht, sondern im Handel mit diesen Rechten.

... jetzt folgen die Entlassungen

Daß PolyGram seine Fabriken behält und nicht vorzugsweise bei Fremdlieferanten bezieht, hat seine Gründe zum einen in der Qualität der Produkte und zum anderen in Vorteilen, schnell durch Verfügung über eigene Produktionsstätten auf aktuelle Marktanforderungen reagieren zu können.

Aus Sicht dieses neuen Managements sind die Pläne dementsprechend: vollständiger Austausch der Maschinerie, Vollautomatisierung, soweit möglich, Senkung der Produktionszeit einer CD auf 30 % der heutigen, Zusammenfassung bisher drei getrennter Arbeitsgänge in einem, Personalabbau „überflüssiger“ Arbeitskräfte.

Betriebsversammlung, Protestaktionen

Am 26. März fand eine Betriebsversammlung statt, auf der die Entlassungspläne der Geschäftsleitung im Mittelpunkt standen. „Die denkwürdigste in der Firmengeschichte“, wie der hannoversche Geschäftsführer der IG Chemie ... betonte. Die Belegschaft habe couragiert und einmütig gegen den angekündigten Abbau von 600 der bislang rund 1400 Arbeitsplätze protestiert. Die Stimmung sei teilweise regelrecht aggressiv gewesen, bestätigte der Betriebsratsvorsitzende ... (Hannoversche Allgemeine, 27. 3.)

Leider hat der Betriebsrat gegenüber der Investitionsstrategie der neuen Geschäftsleitung wenig in der Hand:

„Die Belegschaft habe in der Vergangenheit durch Flexibilität und die Annahme unpopulärer und familienfeindlicher Schichtmodelle wesentlich zum Erfolg der CD-Produktion bei PolyGram beigetragen. Deshalb könnten die verpassten Modernisierungsmaßnahmen, auf die der Betriebsrat bereits Mitte der achtziger Jahre gedrängt habe, jetzt nicht auf Kosten der Mitarbeiter nachgeholt werden.“

So gibt die *Hannoversche Allgemeine* am 27. 3. Äußerungen des Betriebsratsvorsitzenden wieder. Kein Wort davon, daß der Gesamtkonzern PolyGram über genügend Gewinne verfügt, um die Produktion schrittweise umzurüsten und Personalabbau weitestgehend durch „natürliche Fluktuation“ oder interne Umbesetzungen vermeiden zu können.

Direkt schädlich sind Äußerungen, wie sie die Presse bereits am 21. 3. zitierte: „Dem neuen Management, das seit dem Herbst das Ruder in den Händen hält, macht der Betriebsratsvorsitzende keine Vorwürfe. Auch die Arbeitnehmer seien sich darüber im klaren, daß Kosten gespart werden müßten.“ (Hannoversche Allgemeine)

Auf Transparenten bei den Protestaktionen gegen die Entlassungspläne hatte es eine deutlich andere Sprache gegeben. Da hieß es beispielsweise: „van Dijk Retter? — nein Vollstrecker!“ (van Dijk ist der neue Geschäftsführer der PolyGram-Fabriken).

Quellen: *Hannoversche Allgemeine Zeitung*, versch. Ausgaben — (tri)

Erste Aktionen im Einzelhandel

Karlsruhe. Am Dienstag, den 28. April, fanden in den Kaufhäusern Hertie, Karstadt, Kaufhalle und Schneider in der Innenstadt sowie bei dem SB-Warenhaus Wertkauf ab 8.15 Uhr gleichzeitig Betriebsversammlungen statt. Sie waren gut besucht und nahmen einen lebhaften Verlauf. Die Kaufhäuser konnten daher erst erheblich später aufmachen. An diesem Tag fand die zweite Tarifverhandlung in Baden-Württemberg statt. Die Vertreter der Gewerkschaft HBV berichteten über deren Verlauf. Sie legten die Notwendigkeit von Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung der Forderungen von Einkommensverbesserungen um 9 Prozent, Strukturänderungen in den Gehaltsgruppen I und II sowie Vorweganhebungen dar. In den Verhandlungen legten die Händler kein Angebot vor. — (rub)

NS-Prozeß: Lebenslange Haftstrafe gefordert!

Stuttgart. Die Staatsanwaltschaft hat nach zehnmonatiger Verhandlung lebenslanglich für Josef Schwammberger, der erst 1990 von Argentinien ausgeliefert wurde, gefordert. Schwammberger war Kommandant der Zwangsarbeitslager Rozwadow und Mielec und verantwortlicher Leiter des Ghettos A in Prezmysl. Die Anklageschrift stellt fest: „In allen Fällen handelte der Angeklagte aus Geringschätzung jüdischen oder sonstigen aus nationalsozialistischer Sicht sogenannten fremdvölkischen Lebens. In Ausnutzung des Rassenhasses anderer und in bedenken- und gewissenloser Ausnutzung seiner Stellung als Lagerleiter.“ Er hat 34 Menschen jüdischen Glaubens grausamst

ermordet. Beihilfe zum Mord wurde ihm in mindestens 275 Fällen nachgewiesen; für viele weitere Tote ist seine Schuld sehr wahrscheinlich. Der Wahlverteidiger Blessinger beantragte die Einstellung des Verfahrens, die Anklage sei „nicht detailliert genug“. — (evc)

Demonstration für Stillegung aller AKW

Lüneburg. Für die sofortige Stillegung aller Atomanlagen demonstrierten am 26. April mehrere hundert Menschen vor dem Atomkraftwerk Krümmel. Aufgerufen zu der Demonstration hatten verschiedene Umwelt- und Anti-Atomgruppen, darunter der BUND, Robin Wood und Greenpeace. Dr. Helga Dieckmann, Vertreterin der Bürgerinitiative gegen Leukämie in der Elbmarsch, kritisierte in ihrer Kundgebungsrede, daß nach wie vor der Zusammenhang zwischen der extrem hohen Leukämierate bei Kindern in der Region und dem Betrieb des AKW Krümmel geleugnet wird. Die angeblich so sichere deutsche Atomindustrie sei „nicht mehr gesundzubeten“. — (ulb)

Große Koalition in Baden-Württemberg

Stuttgart. Die Kapitalisten hatten Druck gemacht. Stihl, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, verlangte für Baden-Württemberg eine Koalition von CDU und SPD, die vor allem den Staatshaushalt drastisch kürzen soll. Eine Denkschrift der Kammern ging ins Detail: Keine Zuschüsse für Landschaftspflege an Bauern; kein Geld für die Kommunen beim Bau von Schulen und Sportplätzen, stattdessen Konzentration der Mittel für Betriebe, speziell zur Erfüllung von Umweltschutzauf-

gaben. Der bisherige Ministerpräsident Teufel und der SPD-Verhandlungsführer Spöri gingen ans Werk. Die Presse zitierte Spöris Erstaunen, wie knapp die Finanzmittel des Landes seien, und schon waren die meisten Versprechungen des Wahlkampfes relativiert: Der Wohnungsbau solle zwar Vorrang haben, aber die Haushaltsmittel dafür werden nicht aufgestockt. Geeignet habe sich die beiden auch auf eine Bundesratsinitiative zur Senkung der Unternehmenssteuern. Ebenfalls von bundespolitischer Bedeutung ist die Einigung auf eine Pflegeversicherung im Umlageverfahren, wogegen die FDP auftritt. Die SPD hatte sich vor den Wahlen für die Forderung vieler Polizisten nach Abschaffung des mittleren Dienstes stark gemacht, jetzt soll durch eine Sonderlaufbahn mit mehr Beförderungen die „Polizei nach innen beruhigt“ werden. Noch nicht bekannt sind die Vorhaben einer CDU/SPD-Landesregierung beim § 218 und bei einer Grundgesetzänderung des Asylartikels. — (alk)

Fraktionschef der „Deutschen Liga“ geflogen

Köln. Der Oberbürgermeister der Stadt Köln, Burger, hat jetzt den Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Liga aus der Beratung der Fraktionsvorsitzenden der Rathausparteien ausgeschlossen. Gegen die Deutsche Liga laufen mehrere Ermittlungsverfahren. So besteht die Vermutung, daß sie ein gefälschtes „Merkblatt“ der Stadt herausgegeben haben und zu einer verbotenen Kundgebung vor einem Asylbewerberheim aufgerufen haben. Zur gleichen Zeit fordern die Faschisten eine Nachzahlung von Ratsgeldern über 76000 DM, nachdem ein Gericht den Faschisten den Fraktionsstatus zugesprochen hatte. — (jöd)



Aktion für sofortige Haftentlassung

Karlsruhe. Am 28. 4. fand in Bruchsal die Anhörung zur Haftentlassung von Günter Sonnenberg statt. Am 2. Mai befand sich Günter Sonnenberg seit 15 Jahren in Haft. Seit seiner Festnahme ist er unfähig, er wurde durch einen Kopfschlag schwer verletzt. Aus diesem Anlaß wurde vom 23. 4. bis 25. 4. auf dem Marktplatz ein Informationsstand mit Büchertisch, Stelltafeln und Transparenten durchgeführt. Gefordert wurde die sofortige und bedingungslose Entlassung der haftunfähigen Gefangenen Günter Sonnenberg, Bernd Rössner, Isabel Jacob und Ali Jansen. Die Aktion stieß auf großes Interesse. — (D.M., Bild: Aktion 1989)

Schulbildung: Ausländer und Landbevölkerung stark benachteiligt

Stuttgart. Der richtige Paß und der richtige Schulabschluß — diese beiden Dinge entscheiden in der BRD über soziale Lage und damit einen wichtigen Teil der Lebenschancen. Der Hinweis auf die wachsende Zahl von jungen Menschen, die auf das Abitur zustreben oder die Hochschulen besuchen, galt lange Zeit als Hinweis für die soziale Durchlässigkeit, auf die Chancengleichheit, die jeder hätte. War daran schon geschwindelt, daß die BRD-Gesellschaft ihre unteren Klassen im wesentlichen durch Zufuhr aus dem Ausland füllte, scheinen inzwischen auch für die hier ansässige Bevölkerung die Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs für die nachfolgende Generation enger zu werden. Jedenfalls meldete jüngst das Statistische Landesamt von Baden-Württemberg, daß 1991 erstmals der Anteil von Viertklässlern, der zum Gymnasium überwechselte, im Vergleich zum Vorjahr nicht mehr zunahm, sondern bei etwas mehr als 32 Prozent stagnierte (1982: 26,9 %; 1990: 32,2 % 1991: 32,2 %). Auch der Anteil derjenigen, die auf die Realschule wechselten, blieb mit knapp 28 % in etwa gleich (1982: 26 %; 1990: 27,8 %; 1991: 27,6 %; die Zahlen für Hauptschüler 1982: 43,6 %; 1990: 36,6 %; 1991: 36,8 %).

Die Zahlen im einzelnen weisen auf eine Verschärfung verschiedener sozialer Konflikte. Während in Baden-Württemberg etwa jeder zehnte der Bevölke-

rung keine deutsche Staatsangehörigkeit hat, ist das bei jedem vierten, der zur Hauptschule wechselt, der Fall; bei den Realschülern entspricht ihr Anteil in etwa dem an der gesamten Bevölkerung; wogegen bei den Überwechslern aufs Gymnasium nur jeder zwanzigste Ausländer ist. Wobei „Ausländer“ bei Schülern, deren Eltern oft schon hier in der BRD geboren sind, tatsächlich mehr eine soziale Charakterisierung ist und wenig mit Kenntnis der deutschen Sprache und Kultur zu tun hat.

Die Veröffentlichung des Statistischen Landesamts weist auf einen Unterschied hin, der in der politischen Diskussion der BRD eher wenig Beachtung findet: Die Unterschiede im Wechsel zu den verschiedenen Schulzweigen sind zwischen Stadt- und Landregionen in Baden-Württemberg sehr kraß: Während im Stadtkreis Heidelberg jeder zweite Grundschulhüter aufs Gymnasium wechselt und nur 15,3 % zur Hauptschule übergehen, liegen die Prozentsätze in Waldshut, wo es weder im Landkreis noch in der näheren Umgebung eine Universität gibt, bei einem Viertel Wechslern aufs Gymnasium und 46,8 % zur Hauptschule. Das Statistische Landesamt hat eine Reihe aufgestellt von Kreisen mit den höchsten Übergangsquoten aufs Gymnasium und von Kreisen mit den höchsten Übergangsquoten zur Hauptschule: Über 40 % der Grundschüler wechseln demnach zum Gymna-

sium in den Stadtkreisen Heidelberg, Baden-Baden, Freiburg, Stuttgart und Karlsruhe sowie dem durch die Universität geprägten Landkreis Tübingen; dagegen gehen in den ländlich geprägten Kreisen Waldshut, Rottweil, Neckar-Odenwald, Zollernalb, Hohenlohe und Lorch die überwiegende Zahl nach der vierten Klasse zur Hauptschule. Die Kreise mit hohen Übergangsquoten zum Gymnasium sind charakterisiert durch einen hohen Akademikeranteil in der Bevölkerung, es sind entweder Universitätsstädte, Verwaltungszentren oder, wie Baden-Baden, traditionell Wohnort von Reichen. In den Kreisen mit hohen Übergangsquoten zur Hauptschule sind Industrie und Gewerbe eher in kleinen und mittleren Betrieben angesiedelt, sie haben eine schlechte Schulversorgung und durchweg schlechte Verkehrsverbindungen von den kleineren Orten zur Kreisstadt.

Die Benachteiligung des Landes gegenüber den Städten ist ebenso wie die Benachteiligung der ausländischen Wohnbevölkerung politisch gewollt. Über die Schulversorgung, räumlich, personell, sachlich und inhaltlich, läßt sich die moderne Klassenscheide so steuern wie im vorigen Jahrhundert über Schulgeld die Zulassung des Nachwuchses zur Laufbahn zu den Schaltstellen der Gesellschaft. Die CDU in Baden-Württemberg weiß, warum sie das dreigliedrige Schulsystem verteidigt. — (alk)



Köln. Auf der 1. Mai-Kundgebung des DGB kritisierte der Schriftsteller Stefan Heym die Einverleibung der DDR: „Die große Schlange verschluckte einfach das kleine Igelchen; und das Igelchen war auf einmal weg, aber die große Schlange hat nun ihre Bauchschmerzen. Das heißt, sie, die Arbeiter, haben die Bauchschmerzen, denn sie, die Arbeiter ... sollen nun die Lasten tragen.“ — (jöd, Bild: af/mz)

Ostermarsch: Schließung von Bergen-Hohne!

Soltau. Gut hundert Leute folgten am Ostersonntag dem Aufruf der erst einige Wochen alten Bürgerinitiative gegen den Truppenübungsplatz Bergen-Hohne zu einem Osterspaziergang unter der Forderung „Schließen statt schießen“. Nach einer Auftaktkundgebung in Falingbommel ging es per Autokorso und dann zu Fuß entlang der Schießbahn 8B auf den NATO-Schießplatz Bergen-Hohne. Verschiedene Redner lehnten die verschärfte Nutzung des Platzes ab und forderten stattdessen seine Schließung. Mehrfach wurde die Tradition, in der dieser Platz steht, angegriffen. So wurden die ehemaligen Bewohner bereits einmal unter dem Faschismus gegen ihren Widerstand vertrieben, weil die nationalsozialistischen Machthaber den Platz für ihre Kriegsvorbereitungen brauchten. Ein Vertreter der Gewerkschaft ÖTV forderte Geld und „Runde Tische“ zur Erarbeitung von Konzepten für die Sicherung der vielen Arbeitsplätze im militärischen Bereich dieser Region. Er griff die fehlenden Rechte der Kommunen in Bezug auf militärische Angelegenheiten an. — (sts)

Metall: Gute Beteiligung an den Warnstreiks

Stuttgart. Nach dem provokativen „Angebot“ von 3,3 Prozent in der Tarifverhandlung vom 24. April 1992 entwickelten sich die Proteste und Warnstreiks in Baden-Württemberg sprunghaft. In verschiedenen Betrieben informierten sich Beschäftigte beim Betriebsrat. Etwa 50000 Metallbeschäftigte in Stuttgart und Umgebung legten mit Ende der

Friedenspflicht vor dem 1. Mai in Warnstreiks die Arbeit nieder. Vielerorts beteiligten sich auch Angestellte und Auszubildende an den Protesten. Die Unterstützung der Metall-Forderung reicht bis in mittlere und höhere Angestelltenkreise. Den 5. Mai, Tag der vierten Verhandlungsrunde, erklärte die IG Metall zum Aktionstag. — (ros)

Versammlungsort belegt — Trotzdem Aktion gegen NPD

Bochum-Wattenscheid. Am 17.5.1992 wollte die NPD in der Aula der Pestalozzi-Realschule einen Parteitag durchführen. Frühzeitig bekannt geworden, hat dies zu breitem Protest geführt. Die Antifaschistische Initiative Wattenscheid sammelte über 700 Unterschriften. Gewerkschaftliche Kräfte sprachen sich ebenso dagegen aus, wie die Parteien in der Bezirksvertretung, einschließlich CDU. Inzwischen ist klar: Die Räume sind von der Stadt anderweitig vermietet worden, und zwar an die Falken. Darüber hinaus teilte der Oberbürgermeister in einem Brief an die VVN/BdA mit, daß der Ältestenrat des Rates der Stadt Bochum „festgelegt hat, die Verwaltung möge mit allen rechtlichen Möglichkeiten auch zukünftig NPD-Veranstaltungen in städtischen Gebäuden verhindern“. Ein „Antifaschistischer Ratschlag“ am 27.4. in Wattenscheid, an dem rund 50 Leute teilnahmen, sprach sich in einer Resolution für eine stärkere politische Auseinandersetzung zur Ächtung faschistischer Kräfte aus. Am Samstag, 16.5., findet eine Demonstration statt (11.00 Uhr, Günnigfelder Markt). Da die NPD vermutlich andere Räume anmietet und/oder den Parteitag zeitlich verschieben wird, soll sie der weiteren Gegenmobilisierung dienen. — (wof)

Erinnern heißt Handeln — Vor 40 Jahren Ph. Müller erschossen

Essen. Über 2000 Organisationsgliederungen, Initiativen und Personen aus dem ganzen Bundesgebiet haben den Aufruf zur Demonstration zum 40. Todestag Philipps Müllers unterschrieben. Im Folgenden ein — aus Platzgründen etwas gekürzter — Artikel der Initiative zur Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges dazu. Von den örtlichen Unterstützern soll durch die Demonstration nicht zuletzt die Forderung nach einer städtischen Gedenktafel für Philipp Müller bekräftigt werden. Der Artikel ist der „Antifaschistische Maizeitung“ Essen entnommen. — (wof)

Als die Trümmer in Europa noch rauchten, wurde der Kalte Krieg unter der Führung des US-Imperialismus bereits neu entfacht. Mit den geplanten „Pariser Verträgen“, dem Generalvertrag, wurde die Remilitarisierung der BRD massiv vorangetrieben — in blindwütigem Antikommunismus und bereits damals mit der Zielsetzung, wieder weltweit deutsches Militär einsetzen zu können.

Gegen diese verbrecherische Politik entwickelte sich breiter Widerstand in der deutschen Bevölkerung. Es gab zahllose phantasierte Aktionen wie die „Ohne mich!“-Bewegung. Es gab 1951/52 die „Volksbefragung gegen die Remilitarisierung“. Diese wurde auch schnurstracks von der Adenauer-Regierung verboten. (Nicht verhindern konnten die Herrschenden, daß sich 916667 Bürgerinnen und Bürger bei dieser Aktion gegen die Remilitarisierung aussprachen.)

Insbesondere Jugendverbände waren in diesem Widerstand sehr aktiv und oftmals in der ersten Reihe bei Aktionen und Demonstrationen zu finden. Hierzu gehörte der damals 21jährige Münchner Eisenbahnarbeiter und Mitglied der Freien Deutschen Jugend (FDJ), Philipp Müller. Er war einer von 30000 zumeist jungen Menschen, die am 11. Mai 1952 dem Aufruf des „Präsidiums des Westdeutschen Treffens der Jungen Generation“ unter Vorsitz von Pastor Mochalski folgten und zu einer machtvollen Demonstration gegen die Remilitarisierung der BRD nach Essen anreisten.

Die Demonstration wurde seitens der Essener Behörden in Absprache mit dem Landesinnenministerium und vermutlich auch mit interessierten Kreisen in Bonn unter fadenscheinigen Gründen am Vortag verboten — zu einem Zeitpunkt also, als die Masse der Teilnehmer/innen bereits auf dem Weg war. Der Tag der Demonstration fand Essen als eine belagerte Stadt vor. Allerdings nicht seitens der Friedensdemonstran-

tinnen und -demonstranten! Allgemeine und Spezial-Polizei-Einheiten aus der ganzen Adenauer-Republik waren aufgeboden worden, um das Demonstrationsrecht zu brechen, um die Forderung nach Frieden zu kriminalisieren.

Seitens der Polizei kam es zu sich steigenden Ausschreitungen, die schließlich in gezielten Schüssen auf die Jugendlichen an der Gruga ihren Höhepunkt fanden. Hierbei wurden mehrere Demonstranten angeschossen und Philipp Müller durch einen Schuß in den Rücken ermordet. Nach Augenzeugenberichten wurde dem tödlich Getroffenen eine medizinische Behandlung vor Ort verweigert. Vielmehr wurde er „wie ein Stück Vieh“ (so eine Augenzeugin) an Füßen und Armen in einen Polizeibus geworfen. Er hinterließ seine allein stehende Mutter, seine junge Ehefrau und den fünf Monate alten Sohn.

Philipp Müller war das erste Todesopfer im Kalten Krieg — auf dem Boden der ach so demokratischen und freien

Bundesrepublik Deutschland unter Kanzlerschaft eines Herrn Adenauer.

Mit der Demonstration und Kundgebung mit anschließendem Begegnungstreffen unter der Losung:

Vor 40 Jahren: Ph. Müller erschossen

Wieder auf nach Essen

Zum Kampf gegen Nationalismus Für Frieden und Völkerfreundschaft will eine bundesweite Vorbereitungsgruppe Philip Müllers gedenken und geschichtliche Parallelen aufzeigen: Auch heute geht es wieder um militärische Großmachtambitionen Deutschlands. Auch heute wird blindwütiger Antikommunismus gegen jegliche politische Opposition als Keule geschwungen.

Die Demonstration beginnt am Samstag, 9.5., 11.00 Uhr auf dem Vorplatz der Gruga-Halle Essen. Bei der Abschlusskundgebung in der Innenstadt spricht Arnold Haumann, der Anmelder der „Friedenskarawane“ am 11.5.1952 in Essen. Kulturelle Beiträge sind u. a. von Hanne Hiob geplant.



Polizeiaktion gegen die „Friedenskarawane“ am 11.5.1952 in Essen: Im Laufschrift mit gezogenen Waffen. (Foto: M.Sch.)

Horte an Schulen nicht zu Lasten des Personals

Hamburg. Allein auf den Wartelisten der städtischen Kindertagesheime (KTH's) stehen bereits 14000 Kinder, teilweise bestehen Wartezeiten von vier Jahren! Unter dem Druck der Elternproteste versprach Anfang 1991 die Senatorin Raab der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung (BSB), 8000 neue Kinderbetreuungsplätze bis 1993 zu schaffen. Geplant sind 5000 Kindertageseinrichtungsplätze, 2000 Tagespflegestellen und 1000 Plätze am Pädagogischen Mittagstisch. Doch nicht der Ausbau der KTH's der städtischen „Vereinigung“ als vielmehr die Förderung von sogenannten „Freien Trägern“ und Betriebs-KTH's ist vorgesehen.

Ab Schulanfang 1992 sollen neben der Erweiterung der bereits geschaffenen Pädagogischen Mittagstische 20 Horte mit ca. 800 Kindern an Schulen eingerichtet werden. Für mindestens 48 Wochen im Jahr, täglich von 6.00 bis 18.00 Uhr, soll die Betreuung von je zwei Gruppen à 20 Kindern/Schule durch zwei Erzieher erfolgen. Der Hort ist gedacht für Kinder von der Vorschul- bis zur vierten Klasse und örtlich an die Grundschulen angegliedert.

Die Schulkonferenz der jeweiligen Schule kann den Antrag auf Horteinführung bei der BSB stellen. Dann wird ein „Freier Träger“ gesucht. Angestrebt ist die Übertragung an den Verband der Hamburger Schulvereine, der soll in Eigenverantwortung die Einstellung von

Personal und Beschaffung von Sachmitteln vornehmen. Pro Kind werden 5500 DM jährlich zur Verfügung gestellt (Vereinigung: 9600 DM). Pro Gruppe werden ein Klassenraum und ein gemeinsamer Gruppenraum für die Essensausgabe benötigt. Turnhalle und Werkräume sollen so weit wie möglich zur Verfügung gestellt werden.

Neben den Problemen der Personalbeschaffung müssen die Räume zusätzlich besonders gründlich von dem bereits dort tätigen Reinigungspersonal gesäubert werden und von den Schulhausmeistern kontrolliert, repariert, auf- und abgeschlossen werden. Schon jetzt haben Schulhausmeister eine tariflich vereinbarte (zuletzt neu in 1989) Wochenarbeitszeit von 50,5 Stunden. Das bedeutet: Dienst von 6.00 bis 14.00 Uhr, dann Rufbereitschaft bis 16.30 Uhr und danach Mitbenutzungsbereitschaft bis 22.00 Uhr. Die Stunden zur Mitbenutzung werden nur mit 50 % abgerechnet. In Wirklichkeit beginnen — nach Schulschluß — in vielen Schulen schon ab 14.00 Uhr die Aktivitäten, da z. B. AGs, Kurse, Sportvereine, Interessengruppen und muttersprachlicher Unterricht in diese Zeit fallen. Einig sind sich die Schulhausmeister (sie arbeiten in einer ÖTV-Fachgruppe auf Hamburg-Ebene und sind zu 90 % in der ÖTV organisiert), daß ohne Klärung der Probleme in den Schulen Horte nicht eingerichtet werden sollten! — (ena)

Fichtel & Sachs: Ein Zulieferkonzern wird völlig umstrukturiert

Schweinfurt. Die BRD-Automobilkonzerne und Großbanken suchen eine Lösung der Branchenkrisen in der Automobilzuliefererindustrie durch Kapitalkonzentration großen Stils. Eine Schlüsselrolle dabei spielt der Mannesmann-Konzern, der sich in den letzten Jahren durch gezielten Aufbau von Kienzle, Fichtel & Sachs, VDO und Boge auf das Zulieferergeschäft geworfen hat.

Mannesmann-Vorstandsvorsitzender Dr. Dieter setzt auf Kapitalkonzentration, um Rationalisierung auf hohem Niveau durchsetzen, den Autokonzernen an ihre Auslandsstandorte folgen und gemeinsam mit ihnen Systementwicklung betreiben zu können. Dr. Dieter: „Dieser Zwang löste bereits eine kleine Konzentrationswelle aus. Man kann die Beteiligungserwerbe von Mannesmann im letzten Jahr als einen Teil davon betrachten.“

Bei Fichtel & Sachs sind zu Jahresbeginn aus anderen Unternehmen des Mannesmann-Konzerns drei neue Vorstände geholt worden, die in den vier Monaten ihrer Führung ein atemberaubendes Tempo bei der Umstrukturierung des Unternehmens vorlegen.

Mit Unterstützung eines Organisations- und Logistikexperten wird eine neue Aufbauorganisation basierend auf produktbezogenen Cost-Centern eingeführt. Ganze Managementlinien werden überflüssig. Parallel laufen Projekte zur Optimierung der Ablauforganisation,

zur Senkung von Beständen und zur Verkürzung von Durchlaufzeiten.

Kostensenkung um 100 Millionen DM soll das Projekt „A 100“ erzielen. Produktionsbereiche werden nach Rationalisierungsmöglichkeiten untersucht, für die bisher durchleuchteten Bereiche wird mit der Einsparung von 20 Prozent des Personals geplant. Verknüpft damit wird eine Gemeinkostenwertanalyse durch die Beraterfirma Mc Kinsey mit dem Ziel drastischer Einsparungen bei Angestellten und Gemeinkostenlöhnern.

Nach dem Einkauf des Stoßdämpferproduzenten Boge durch den Mannesmann-Konzern kann mit der Fusion der beiden führenden deutschen Stoßdämpferbauer gerechnet werden. Produktionsschwerpunkte im Stoßdämpferbau werden zwischen Boge und Fichtel & Sachs aufgeteilt werden, es droht Personalabbau bis hin zur Schließung ganzer Werke.

Dr. Dieter: „Boge ist eine wichtige Ergänzung zu der 1987 erworbenen Fichtel & Sachs AG auf dem Dämpfer-Sektor. In Europa ist Mannesmann nun der größte Hersteller für Fahrwerksdämpfung und Fahrwerksregelung. Auf dem Weltmarkt liegen wir größtmäßig und technisch auf einem vorderen Platz. Mit den in den letzten Jahren aufgebauten oder erworbenen Gesellschaften in den USA, in Mexiko, Australien, Brasilien, Malaysia, Spanien, Frankreich und Italien haben wir zumindest in der west-

lichen Welt eine hervorragende Chance. Dabei ist noch viel zu tun und zu verbessern.“

Das werden wir machen. Nachdem wir unseren Anteil an Boge vor kurzem auf etwa 98 Prozent erhöht haben, können alle notwendigen Rationalisierungsmaßnahmen zwischen Fichtel & Sachs und Boge abgestimmt werden.“

Der neue Vorstand hat angekündigt, daß „natürliche Fluktuation“ und „Frühpensionierungen“ nicht mehr ausreichen werden. Man macht bereits 56jährigen das Angebot, mit Abfindung auszuscheiden. Trotz dieser indirekten Ankündigung von Entlassungen fordert der Vorstand „Blutaufrischung“ vom Arbeitsmarkt. Die Fichtel & Sachs-Belagschaft ist dem Vorstand also nicht nur in ihrer Zahl viel zu groß sondern auch in ihrer Struktur ungeeignet, um mit ihr die geplanten Umwälzungen des Betriebs erfolgreich durchziehen zu können.

In der Produktion laufen produkt- und materialfluorientierte Projekte an, zum Beispiel die Fertigungsinsel Stanzerei und die Umstrukturierung von Kupplungsmontagen nach dem Prinzip der pufferlosen, störungsfähigen Fertigung. Rationalisierungsmaßnahmen wie Gruppenarbeit, flexible Arbeitszeiten, neue Entlohnungskonzepte, Mitwirkung der Arbeiter am kontinuierlichen Rationalisierungsprozeß sollen auch hier alles grundlegend verändern. — (cls)

Der Kampf um die Freilassung politischer Gefangener aus RAF und Widerstand tritt in diesen Tagen in eine entscheidende Phase. Es entscheidet sich nämlich, ob die Staatsmacht die schwer kranken und haftunfähigen politischen Gefangenen Bernd Röbner und Günter Sonnenberg weiter gegen jedes Recht und gegen die Menschlichkeit gefangenhalten will. Beide Gefangene sind zu lebenslänglicher Haft verurteilt und sind 17 bzw. 15 Jahren inhaftiert, lange unter den menschenverachtenden Isolationshaftbedingungen. Für Bernd Röbner haben Angehörige ein Gnadengesuch gestellt; ihm, der schon damals schwer krank war, hatte das Gericht 1989 die Entlassung nach 15 Jahren versagt. Zwei der abgedruckten Dokumente begründen die zwingende Notwendigkeit seiner Freilassung; wird sie ihm wieder verweigert, ist sein Leben in Gefahr. Bei Günter Sonnenberg, bei der Gefangenennahme durch Kopfschuß schwer verletzt, hat jetzt die Anhörung entsprechend § 57a StGB (Aussetzung der Haft nach 15 Jahren) stattgefunden, das OLG Stuttgart hat die Entscheidung „angesichts der Tragweite“ bis in die zweite Maihälfte vertagt.

Nach Bärbel Perau und Norbert Hofmeier haben die zuständigen Gerichte jetzt auch für Ali Jansen, der wegen politischer Taten insgesamt 15 Jahre im Gefängnis verbracht hat und seit Jahren schwer an Asthma erkrankt ist, und Karl Grosser die 2/3-Entlassung abgelehnt. Für Karl Grosser hatte Bundesjustizminister Kinkel zu Beginn des Jahres die vorzeitige Entlassung für 1992 in Aussicht gestellt...

Den Ankündigungen Kinkels sind also wirkliche Taten bisher nicht gefolgt, obwohl die Gesetzeslage den Behörden ohne weiteres ermöglicht, eine Reihe von Gefangenen, die seit über 15 Jahren inhaftiert sind bzw. ihre Haftstrafe zu 2/3 abgesessen haben, freizulassen. Zu erinnern ist insbesondere an Irmgard Möller, die jetzt über 20 Jahre inhaftiert ist — am längsten von allen politischen Gefangenen in der BRD und in Europa.

Man muß sich darüber im klaren sein, daß mit der Entscheidung über das Leben Bernd Röbners und Günter Sonnenbergs auch eine wichtige Vorentscheidung über das Leben der anderen Gefangenen aus der RAF erfolgt. Versteifen sich die Behörden darauf, die beiden Schwerkranken im Gefängnis vermodern zu lassen, die Todesstrafe auf Raten, wie man die lebenslange Haft ohne Hoffnung auf Freilassung bezeichnen muß, zu vollstrecken — wen werden sie dann jemals freilassen? Können sie gezwungen werden, die beiden endlich freizulassen, dann ist für alle politischen Gefangenen eine Perspektive der Freilassung eröffnet. Denn Günter Sonnenberg und Bernd Röbner stehen, trotz ihrer schweren Krankheit, für ein Leben des Kampfes gegen die bürgerliche Gesellschaft, sie haben sich als Menschen, die in ihrem Urteil frei sind, auch unter den schweren Bedingungen des Gefangenen- und Isoliert-Seins behauptet. Ihre Freilassung setzt Maßstäbe. Es geht also um viel. — (scc)

„Bernd Röbner muß sofort und ohne Bedingungen entlassen werden!“

Im Dezember 91 hat Prof. Dr. Henning Saß, von der Bundesanwaltschaft beauftragter Psychiater, Bernd Röbner im Gefängnis Straubing aufgesucht. Bernd Röbner ist Gefangener aus der RAF und seit April 1975 in Haft.

Saß sollte für die BAW ein Gutachten darüber machen, ob Bernd Röbner, der seit Jahren durch Isolationsbedingungen haftunfähig ist, entlassen werden kann.

Saß ist kein unabhängiger Gutachter. Seit Ende 88 war er vom bayerischen Justizministerium und vom Straubinger Gefängnis damit beauftragt, Bernd Röbners Haftbedingungen zu überwachen, mit dem Ziel, bei dem Gefangenen einen „Wandlungsprozeß“ zu erzwingen, das heißt, ihn dazu zu bringen, sich von seiner eigenen politischen Geschichte zu lösen. Ein Gehirnwäscheprogramm.

Saß hat Bernd Röbner mehrfach gleichzeitig als „Gutachter“ der bayerischen Justiz für haftfähig erklärt und ist dadurch mitverantwortlich dafür, daß er im Mai 90, nach 15 Jahren Haft, nicht entlassen wurde, während in der BRD und im Ausland wiederholt seine Freilassung wegen Haftunfähigkeit gefordert wurde und seine Situation und die der anderen kranken politischen Gefangenen schon Gegenstand der Anhörung der Bundesregierung vor dem UNO-Menschenrechtsausschuß 1990 war.

Die Freilassung der haftunfähigen Gefangenen muß politisch erkämpft werden

Brief von Karl-Heinz Dellwo über Kampf und Leiden von Bernd Röbner

Bernd ist haftunfähig. Seit Jahren. Das weiß der Bundesjustizminister, die Landesjustizministerin von Bayern, die Anstaltsleitung, das überwachende LKA, die Bundesanwaltschaft und das Oberlandesgericht Düsseldorf — und trotzdem haben letztere vor 2 Jahren seine Haftentlassung verhindert. Befriedigung in der Qual anderer, innerlich offensichtlich beherrscht und zerfressen von Rachegefühlen, erfüllt ihnen selbst der politische Zweck für ihren Machtanspruch und bestimmt sie die Obsession, in der Vernichtung des anderen zu sich selbst zu kommen. Im Terror als Selbstzweck, der immer irrationaler werden muß, verkünden sie nur ihren eigenen sozialen Tod als Ziel. Das Leben bleibt stärker. Auch dafür steht Bernd, der seine Grenze ihnen gegenüber gewahrt hat, und das ist es ja, was sie irrt macht: daß einer, der trotz dieser tiefen Erschöpfung, in welche sie ihn hineinstießen, ihnen nicht zuseht. So werden auch geschichtlich am Ende all ihre Anstrengungen gegen die Menschen und Völker vergeblich gewesen sein.

Unser Prozeß hat 14 Monate gedauert, Mai 76 bis Juli 77. Die letzten Wochen waren von allgemeiner Langeweile gekennzeichnet. Wir hatten Prozeßtage zum Schluß, da wurde nur noch die eine oder andere überflüssige Akte vorgelesen. Es war für uns leicht vorhersehbar, daß der Senat den Prozeß auf einen bestimmten Termin hinschleppen wollte. So war es dann auch: Das Urteil wurde am 20. Juli verkündet. Die Staatsschutzjustiz, heute der Macht ohne Eigenkritiken genauso dienlich wie damals, suchte über das historische Datum einen antifaschistischen Schmuck. Am nächsten Tag waren in den meisten Zeitungen auf Seite 1 Bilder zum Gedenktag zum 20. Juli. Politiker, die unter den Nazis mitmarschiert waren und/oder später das gesellschaftliche Begreifen des Überspringens ihrer bürgerlichen Gesellschaft in das Vernichtungssystem des Nationalsozialismus verhindert und bekämpft hatten, legten Kränze nieder, mit Hand und Mund. Darunter stand das Urteil gegen uns, gegen unseren Versuch, über zwei Dutzend Gefangene zu befreien, die von diesem Staatsapparat gesellschaftlich ausgegrenzt werden sollten, die nicht zuletzt auch wegen der sich überall fortsetzenden Vergangenheit im Gesellschaftlichen wie im Staatlichen der BRD aufgebrochen waren. Der Vereinnahmungsversuch des 20. Juli für ihre Unterdrückung. Die Dramaturgie ist immer so billig wie die Gesinnung. Wir konnten darüber nur lachen.

Die Nazi-Justiz, die vormals bürgerliche, hat sich nach ihrem Blutbad im

1000jährig erwarteten Reich vollständig wieder zur bürgerlichen erklärt. Als solche hat sie dann die überlebenden Kommunisten verfolgt (kannte sie noch gut von vorher), die moralische und materielle Wiedergutmachung der meisten Opfer der Nazi-Gesellschaft verhindert, die 68er bekämpft und mit besonderer Wut die RAF, überhaupt alle, die zu diesem System mit Kellern voller Leichen und seiner Identifikation mit dem US-Imperialismus und seinen weltweiten Verbrechen, den Bruch gesucht haben.

Wo sie nicht direkt durch Militärs und Gestapo ermordet worden waren, hatte die Nazi-Justiz die 20. Juli-Angehörigen im Rechtskostüm hingerichtet. Sich die Moral ihrer Opfer anzueignen und gleichzeitig Isolationsstrakte zu betreiben und Stammheim zu inszenieren, gab die besondere Moral der jetzigen Justiz wieder, die aus der alten bruchlos hervorgegangen war.

Jahre später, als wir inzwischen 15 Jahre im Knast waren, 15 Jahre um unser Leben gekämpft hatten, hat sie widerwillig gesetzlich vorgeschriebene Haftdauerüberprüfungen angesetzt.

Im März 1990 fragte dann der gleiche Senat, der sich im Urteil zur antifaschistischen Position des 20. Juli bekannte, Bernd im Anhörungsverfahren:

„Könnten Sie sich eine Situation vorstellen, bei der Sie erneut einen bewaffneten Kampf gegen das herrschende System aufnehmen könnten?“

Bernds Antwort, „bei einer Machtübernahme des Faschismus könnte ich mir einen bewaffneten Widerstand vorstellen. Demokratie mit kürzerer Distanz von Wahlen wäre segensbringend“, hat nur die Rachsucht wieder angestachelt, die sie hinter ihren Schreibtischen quält. Die Begründung, mit der sie die Haftentlassung ablehnten:

„Der Verurteilte hat aber andererseits bei seiner Anhörung durch den Senat nach anfänglicher Zurückhaltung deutlich gemacht, daß er sich nach wie vor der „RAF“ zurechnet und sich unter bestimmten, seiner Einschätzung unterliegenden, Bedingungen auch vorstellen kann, sich in bewaffnetem Widerstand in der Bundesrepublik Deutschland zu betätigen.“

Daß sie ihr eigenes Anhörungsprotokoll umfälschen und aus dem Konjunktivsatz „bei einer Machtübernahme des Faschismus“ ein „in der Bundesrepublik Deutschland“ drehen, war nur die Fortsetzung der bei ihnen inzwischen zur Gewohnheit gewordenen freihändigen Beweisführung.

Unsere erste Reaktion war: „Sie haben recht!“ Sie haben beim nächsten

härtesten Haftbedingungen weiter ausgesetzt werden, während das Leben draußen für unerträglich schwierig behauptet wird!

Saß geht es in dem Gutachten um die Änderung der politischen Einstellung, um „eine Relativierung... (der) Überzeugungen“, die „weltanschauliche Orientierung“, das „Weltbild“, und er setzt weiter darauf, durch die Fortsetzung der Haft „eine allmähliche Umkehr nach chronischer sozialer und ideologischer Isolation“ zu erpressen.

„Umkehr“, „Distanzierung“ — das sind die alten Formeln, mit denen unter Verstoß gegen die Menschenrechte die Unterwerfung gefordert wird.

Zwei von uns kennen Bernd Röbner seit mehreren Jahren. Er kämpft mit seinem ganzen Willen um seine Würde und um sein Leben. Seine Worte und Gedanken, die wir hiermit vorlegen (1), sprechen davon. Saß selbst hat sie bei seinem Besuch im Dezember 91 protokolliert.

Bernd Röbner muß sofort und ohne Bedingungen entlassen werden. Wir fordern alle Menschen auf, das ihnen Mögliche zu tun, damit er frei kommt, zusammen mit Günter Sonnenberg. (Auch Günter Sonnenberg ist haftunfähig; über seine eventuelle Entlassung nach 15 Jahren Haft wird jetzt im Mai entschieden!)

Die Verteidiger und die Verteidigerin von Bernd Röbner: Peter Tode (Wohld), Anke Brenneke-Eggers (Hamburg), Inigo Schmitt-Reinholtz (Nürnberg), 21. 4. 92

(1) Abgedruckt im Angehörigen-Info Nr. 91

Mal auch wieder dort, wo sie vorher schon mal saßen, und von daher ist es Selbstschutz, daß sie den bewaffneten Kampf auch gegen den Faschismus (übrigens von ihrem eigenen Grundgesetz gedeckt!) prophylaktisch kriminalisieren.

Mehr aber kam ihre Blindwut aus der Erkenntnis, trotz ihres Haftterrors nicht zum Ziel gekommen zu sein, zur Unterwerfung und zur Selbstdenunziation, zur devoten Lobeshymne auf ihre Macht.

Bernd hatte deutlich seine Situation beschrieben:

„Ich fühle mich labil. Eine Erholung wäre für mich wichtig. Ich müßte meine körperliche Situation stabilisieren. Dazu ist hier nicht viel Gelegenheit. Ich fühle mich krank. Meine Augen und meine Atmungsorgane sind kaputt. Irgendwo ist der ganze Organismus kaputt.“

Und gesagt: „Ich könnte nicht mehr bewaffnet kämpfen. Die Priorität ist Politik und nicht die Pistole. Das war schon meine Auffassung vor Stockholm.“

Und weiter: „Es tut mir leid, daß damals zwei Menschen umgekommen sind. Ich würdige die Toten der Gegenseite, so wie ich die Toten auf unserer Seite würdigen möchte.“

Über die Isolation wissen wir viel zu sagen. Sie war die meiste Zeit der Haft unser sprach- und wesenloses Gegenüber. Früher war Folter gewalttätig, heute ist sie der hergestellte Kaltzustand gegen das Leben, das soziale und sinnliche Vakuum, der Versuch, baulich ein Nichts herzustellen, das Leben aussaugt wie eine Pumpe den Brunnen. Den Mensch versiegeln, seine Sinne töten, die Lebenswelt entleeren, zuerst die äußere, um über sie an die innere heranzukommen, eine Höhle aus Einsamkeit schaffen, Sprache sinnlos machen, Denken zur Qual. Den Mensch einer unendlichen Erschöpfung aussetzen — das ist nicht nur ihre Folge, das war bewußte und geplante Absicht.

Keiner von uns hat sie leicht durchgestanden. Keiner ohne Narben. Oft haben wir nicht gewußt, wie, und dann blieb uns doch nichts anderes übrig, als uns unsere Situation anzueignen, gegen sie zu kämpfen, sie aber trotzdem anzunehmen, sie leben zu lernen, unsere Erwartungen zu ändern und neue Kriterien zu entwickeln für das, was uns im Leben wirklich wichtig ist: die Mauern zu anderen zu überwinden und daß es für deine Selbstsetzung keinen Ersatz gibt. Dieses Ziel und diese Erkenntnis, auf die jeder von uns immer wieder stieß, ist ein Gewinn. Gewonnen haben wir auch was. Das hebt die Last nicht auf, aber sie zerbricht dich nicht. Niemand hat das Recht, einen anderen innerlich zu zerbrechen und nach seinem Interesse neu

zu konstruieren.

Bernd gehört zu denen von uns, die am längsten isoliert und alleine waren, die mit unendlicher Ausdauer für das Leben des Menschen von sich aus, für seines und das seiner GenossInnen gekämpft haben, darum, der Herrschaft über den Menschen eine Grenze zu setzen. Sie haben ihm nicht nur den Angriff nicht verziehen, für den wir alle stehen; sie haben ihm auch nicht verziehen, daß er wie wir auch in Haft noch eine Grenze für sie markiert, daß er trotz dieser 15 Jahre und unter diesen Bedingungen sich selbst gehalten hat. Die 2-Jahres-Sperrfrist, die gesetzlich höchstmögliche, die sie ihm daraufhin reingedrückt haben, spricht nur von der bodenlosen Wut auf den im Kern vor sich freigebliebenen Menschen. Er ist mit ihrem System unvereinbar. Dessen Ernährungsprinzip von Leben hat die freie und volle Verfügbarkeit über den Menschen zur Bedingung. Nie wird es eine Befreiung geben, wenn die Selbstverfügung über das Leben im Konkreten wie im Gesellschaftlichen sich nicht zurückerobert wird. Helden brauchen wir keine, aber reale Menschen, die immer wieder neu zu sich zurückfinden, damit zur Grundlage, sich im anderen wiederzuerkennen, und die für den Kampf des Menschen um seine Eigengeltung im Konkreten wie auch im allgemeinen Gesellschaftlichen aufbrechen. Bernd hat einen unendlich langen Kampf hinter sich. Die tiefe Erschöpfung der Lebenskraft, die wir alle mehr oder weniger kennengelernt haben, die dieser Kampf ihm abverlangte, denunziert nur die Macht als völlig hemmungslos und ohne jeden eigenen inneren Wert. Sie hat nicht einmal das moralische Niveau einer Militärjunta wie in El Salvador, unter deren Herrschaft schwerkranke Gefangene ausreisen konnten. Hier eskaliert Machtanwendung aus sich heraus schnell ins Grenzenlose, und damit gehört sie zu den schäbigsten auf dieser Welt. Ein Bürgertum, dem nie eine konkrete soziale Konstituierung gelang und nur deren abstrakte und verdinglichte Form lebt. Aber auch viele draußen sollten nicht ohne Scham sein — und sei es nur über ihre eigene Schwäche, die von der Fremdheit sich selbst gegenüber spricht. Die Grenze des Widerstands ist unsere eigene Entfremdung. Erst wenn wir unsere Demütigung in der des anderen erkennen, haben wir ein Bewußtsein über die Verhältnisse und eine Ahnung über ihre Aufhebung gewonnen.

Bernd hätte schon längst draußen sein müssen, er wie die anderen Haftunfähigen auch. Das ist für unseren Freund und Genossen jetzt endlich auch zu erkämpfen.

4. 3. 92
Karl-Heinz Dellwo

Trotz schweren Asthmas: OLG Frankfurt lehnt 2/3-Haftentlassung für Ali Jansen ab

Ali Jansen wurde 1988 verhaftet und von der Bundesanwaltschaft u. a. wegen der „Bildung einer terroristischen Vereinigung“ und der Unterstützung der RAF angeklagt. 1989 wurde er ausschließlich wegen Brandstiftung zu sechs Jahren Haft verurteilt.

Ali Jansen ist seit Jahren schwer an Asthma erkrankt. Seit seiner Verhaftung hat sich sein Gesundheitszustand ständig verschlechtert. In den letzten Jahren kam es immer wieder zu lebensbedrohlichen Asthmaanfällen.

In der Erklärung der RAF vom 10. 4. 1992 wurde Ali Jansen neben Günter Sonnenberg, Bernd Röbner und Isabel Jacob als einer der als haftunfähig sofort zu entlassenden Gefangenen bezeichnet.

Am 21. 4. 1992 beschied der 5. Senat des Oberlandesgerichts Frankfurt den Antrag auf Aussetzung des Strafrestes gem. § 57 Abs. 1 StGB (2/3-Antrag).

Mein Mandant hat zu dieser Anhörung eine schriftliche Erklärung abgegeben. In dieser Erklärung beschreibt er seine spezifische Situation als erkrankter politischer Gefangener und äußert sich in der sich ihm zur Zeit möglichen allgemeinen Form zur Notwendigkeit der Bestimmung revolutionärer Politik in der heutigen Zeit.

Die BAW, die gem. § 147 des Gerichtsverfahrensgesetzes der Aufsicht

des Bundesjustizministers — zur Zeit Herr Kinkel — untersteht, lehnte durch ihren Sitzungsvertreter OStA Kouril die Haftentlassung mit einer offen politischen Begründung ab. Wer wie die Bundesanwaltschaft in der Erklärung meines Mandanten eine „Aufforderung zum terroristischen Kampf“ erkennen will, wer Antimperialismus und Antikapitalismus mit Terrorismus gleichsetzt, der reduziert sein Verlangen auch im Zusammenhang mit einer Entlassung von kranken Gefangenen nicht nur weiterhin auf Abschwör- und Unterwerfungsrituale, sondern der versucht, antikapitalistische und antimperialistische Politik a priori zu kriminalisieren. Die lebensbedrohliche Krankheit von Herrn Jansen würdigt der ablehnende Beschluß des 5. Senats des Oberlandesgerichts Frankfurt mit den Worten: „Diese Erkrankung mag zwar seine Strafeempfindlichkeit erhöhen. Eine daraus sich ergebende Sinneswandlung ist jedoch nicht feststellbar.“

Mein Mandant ist krank — schwer krank. Ali Jansen hat aber auch deutlich erklärt, daß die Krankheit, eingesetzt gegen ihn als Druckmittel zur Durchführung eines Abschwörerszenarios, nicht greifen wird.

Fresenius, Rechtsanwalt

Jeder, jede und jedes können als Beispiel dienen, heißt es, und sei es — als schlechtes Beispiel. Die Begleitumstände der gerade in der Alten Wache des Kölnischen Stadtmuseums eröffneten Ausstellung zum Thema: „Köln, 31. Mai 1942: Der 1000-Bomber-Angriff“, bestätigen einmal mehr dieses, wenn auch etwas flapsige Axiom.

Die Begleitumstände, sei betont, denn die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter des städtischen NS-Dokumentationszentrums, die Ausstellung und Begleitbuch erarbeitet haben, seien ausdrücklich ausgenommen vom Verdikt.

Um was geht es?
In der Nacht vom 30. auf den 31. Mai 1942, im vierten Jahr des zweiten Weltkrieges, bombardierten die Soldaten der britischen Luftwaffe eineinhalb Stunden lang die Wohnviertel der Innenstadt Kölns unter Einsatz von mehr als 1000 Bombenflugzeugen. Unter der Zivilbevölkerung gab es fast 500 Tote und mehr als 5000 Verletzte; 20000 Wohnungen waren nicht mehr bewohnbar. Der Feuerschein der brennenden Gebäude war bis zum Kanal zu sehen. Am folgenden Tag stand eine viereinhalb Kilometer hohe Rauchsäule über der Stadt.

Kriegsführung aus der Luft und dazu gegen die Zivilbevölkerung war Ausdruck einer neuen Militärdoktrin, die von den Militäristen aller Länder nach den Erfahrungen des ersten Weltkrieges unter Ausnutzung der weiterentwickelten Flugtechnik ausgeheckt worden war. In diesem Krieg hatte sich die Wirtschaftskraft in ihrer materiellen wie personellen Ausstattung als entscheidender Faktor militärischer Durchsetzungskraft erwiesen. Deshalb sollten künftig im Kriegsfall die Luftwaffen Soldaten mit ihren Flugzeugen Brand- und Sprengkörper über die Städte und Rüstungszentren tragen, um aus der Luft frühzeitig Werkstätten und Infrastruktur, vor allem aber Menschen, physisch oder zumindest moralisch, zu zerstören.

Die Bombardierung der Städte, um den „Schrecken der Menschen bis zur Panik (zu) steigern“ und im Ergebnis „die Arseneale der wirtschaftlichen Technik (...) zu entvölkern“, war integrierter Bestandteil der Unterdrückungs- und Völkermordpraxis der deutschen Faschisten. Guernica, Warschau, Rotterdam, Belgrad, Coventry sind in derselben Weise Ausdruck der maßlosen Menschenverachtung bei der angestrebten Schaffung „feindfreien Raums“ im Innern und der Inbesitznahme „menscheneeren Raums“ zur Ausdehnung des eigenen Herrschaftsbereichs wie Dachau und Buchenwald, Lidice und Oradour, Auschwitz und Majdanek.

Der Entschluß der britischen Regierung zur Aktivierung der neuen Luftkriegsdoktrin und damit zum Angriff auf „die Moral der Zivilbevölkerung, insbesondere der Industriearbeiter“ durch die Bombardierung der Städte Lübeck, Rostock, Köln im Jahre 1942 basierte auf der Möglichkeit, die militärische Entlastung

Eine problematische Form der Vergangenheitsbewältigung: „Gott strafe England“

Anmerkungen zu Begleitumständen einer Ausstellung zum 50. Jahrestag des „1 000-Bomber-Angriffs“ auf Köln

stung Englands durch den faschistischen Überfall auf die Sowjetunion und den Kriegseintritt der Amerikaner zur Umrüstung auf die Luftwaffe zu nützen, und diente dem strategischen Kalkül, trotz Verzögerung der Errichtung einer zweiten Front im Westen, womit sie der Sowjetunion bewußt die Hauptlast des Landkrieges gegen die Faschisten aufbürdete, mit dem Luftkrieg auf dem Kriegsschauplatz präsent zu sein, um so die eigenen Interessen zu wahren.

Das britische Kriegskabinet beschloß am 7. April 1942, daß es für Großbritannien ein „dringendes Erfordernis (sei), der Mehrheit der deutschen Zivilisten die äußersten Schrecken des Krieges ins Heim zu bringen.“ Am 24. Mai schrieb der Kommandeur des Bomber Command, Luftmarschall Arthur Harris, an die Kommandeure seiner Bomber Groups, sie hätten mit der „Operation 1000 (...) die Gelegenheit, dem Feind einen Schlag zu versetzen, der über Deutschland hinaus in der ganzen Welt Aufsehen erregen wird.“

Ob die Bombardierung Kölns tatsächlich in der ganzen Welt Aufsehen erregt hat, wird in der Ausstellung nicht beantwortet. In ihr wird das Ereignis mit dem Blick vom Kirchturm präsentiert, was für den Kölner freilich identisch ist mit dem Blick auf die Welt, wie Heine schon wußte.

Martin Rütter, dem verantwortlichen Bearbeiter, ist als promoviertem Historiker „die Problematik eines solchen engen Blickwinkels, unter dem viele Entwicklungen und Strukturen, die lange Vor- und Nachgeschichte, kaum angemessen erfaßt werden können“, freilich bewußt. Er hat sich aber entschieden, in der Begrenzung eine Chance zu sehen und sie auch zu nutzen. Er setzt ganz aufs Bild und kommentiert nur sparsam.

Die Mühe, die er darauf verwandt hat, statt der offiziellen NS-„Trümmerphotos“ Bilddokumente zu finden, die „Trümmer mit Leben“ zeigen, die „zeigen, daß Menschen betroffen waren“, hat sich gelohnt. Aus manchem Privatarchiv sind solche Photos, die wir der Übertretung des staatlichen Fotografieverbotes verdanken, in die Ausstellung gelangt. Die photographische Darstellung einer Löschaktion während einer großangelegten Luftschutzbübung von 1936 vor der Kulisse der Kirche Sankt Martin, „eines der vielen Vorzeichen des Krieges“, führt in die Ausstellung hinein. Das letzte Bild der Ausstellung zeigt die kriegszerstörte Kirche.

Das Thema ist in drei Abschnitte gegliedert: die Vorgeschichte von 1933 bis 1942, der Angriff, die Folgen. Man mag

einwenden, daß die Vorbereitungen zu einem neuen Krieg nicht erst 1933, sondern schon 1917, im vorletzten Jahr des ersten Weltkrieges begonnen haben. Man mag angesichts des tiefgründigen Einstiegs die Problematisierung des Zivilschutzes heute vermissen. Aber Martin Rütter hat sich offenbar entschieden, nicht nur auf das Bild, sondern auch auf das selbständige Denken zu setzen. Er ist nicht der Mann des dramatischen „Discite Moniti“, des erhobenen Zeigefingers.

In dem Abschnitt über „die Folgen“ hat er mit recht viel Erfolg die Focussierung der Struktur des deutschen Faschismus versucht: die NSDAP zeigt sich erforderlich durch die ihr zugewiesene Ordnungsfunktion; die Verpflegung übernimmt die Wehrmacht statt des NSV, die Versorgung das Ernährungs- und Wirtschaftsamt; von Berlin aus werden „Sonderzuteilungen“ bereitgestellt zur Hebung der Stimmung in der Bevölkerung; in mehreren Aktionen wird das Hab und Gut der rassisch verfolgten, ausgeraubten und deportierten Deutschen jüdischer Herkunft unter die „Fliegergeschädigten“ gebracht; Kriegsgefangene, Zwangsverschiepte und politische Gefangene, KZ-Häftlinge werden in Schutt- und Bombenraumkommandos gepreßt; über allem die Drohung von Terrorjustiz und Propaganda zur Aufrechterhaltung der Ordnung.

In einer „aktiven Ecke“, auf einem Lesepult, liegen der offizielle Abschlußbericht des Kölner Polizeipräsidenten und andere Dokumente aus als Lektüre für den Interessierten. Die Presseinformation schließt mit dem Hinweis auf eine „Pinwand“, die dem Besucher Gelegenheit gebe, Erinnerungen, Meinungen, Eindrücke zu dem Ereignis wie auch zur Ausstellung mitzuteilen.

Mit dem, worüber die Pressemitteilung verlegen oder betreten schweigt, beginnt der schaurige Teil der Veranstaltung. Denn an der „Pinwand“ hängen schon während der Pressekonferenz, am Nachmittag vor der offiziellen Eröffnung der Ausstellung durch den OB Norbert Burger, die Meldungen der Kölner Boulevardpresse über die deutsche Aufregung um das englische Vorhaben der Errichtung eines Denkmals für den ehemaligen Kommandeur des britischen Bomber Command Harris: Burger an der Anti-Harris-Front, mit einer Hilfsgruppe weiterer Bürgermeister und propagandistischer Unterstützung durch Genscher.

Noch fühlt sich der Betrachter nur unangenehm berührt. Doch als er am

Das verdanken wir unserem Führer
Oder: Ein Volk, ein Reich,
ein Trümmerhaufen

Antifaschistische Propaganda nach dem Bombenangriff. Hier: Beschriftung eines Hitlerbildes, das die „Edelweißpiraten“, eine antifaschistische Widerstandsgruppe von Jugendlichen in Köln, nach einem Bombenangriff in einen Trümmerhaufen stellen. Bild aus: Fritz Theilen, Edelweißpiraten, Frankfurt/Main 1984

Abend der Ausstellungseröffnung aus der Rede Martin Rütters erfährt, unter welchem zeitlichen Druck die Ausstellung zustande kommen mußte, erklärt sich ihm die verständnisheischend ausweichende Antwort des Historikers am Nachmittag auf die Frage, daß ein 50. Jahrestag wohl Anlaß, aber doch kein Grund sein könne, und wo — bitte schön — der Grund liege.

Daß hier ein junger Historiker das Beste aus einem politischen Auftrag gemacht hat, daß diese Ausstellung nicht aus dem Geist des Antifaschismus und Antimilitarismus geboren wurde, erhellt aus der zugleich erbärmlichen und entsetzlichen Rede Burgers. (SPD)

Der Redner bewertet die Ereignisse in der Welt grundsätzlich über seine Befindlichkeit: euphorisierend „die Deutsche Einheit“, ernüchternd „Krieg ... Auseinandersetzung ... Konflikt ... Wer Empathie oder nur die Äußerung schlichten Mitleids erwartet, geht fehl. Vor der Kulisse einer Ausstellung, in deren Mittelpunkt das Leiden der Bevölkerung in einer bombardierten Stadt steht, ist ihm der letzte Golfkrieg nichts als „der Krieg der Völkergemeinschaft gegen den Diktator Saddam Hussein“.

Wohin die Rede zielt, deutet sich in der larmoyanten Superlativierung der Bombardierung Kölns an, die ihren Maßstab nicht findet an der faschistischen Praxis der Kriegsführung z.B. gegenüber Rotterdam, sondern daran, daß es den Kölnern nach dem 31. Mai 1942 nicht mehr wie bei früheren Gelegenheiten gelang, „relativ schnell ... die Schäden zu beseitigen und das Alltagsleben in Gang zu halten“. Es wurde ungemütlich, ernüchternd.

Die wohltemperierte Erinnerung an die Urheberschaft der faschistischen Kriegsführung dient nur der Gleichsetzung der alliierten Luftkriegsführung mit dem faschistischen Völkermordprogramm und als Auftakt für den Jammer, an erster Stelle wegen der Zerstörung der „vielen berühmten Kölner Bauten“.

Für die Menschen sei es zuerst nur um's reine Überleben gegangen, sagt er dann doch, um sich dankbar der weitreichenden Hilfen, Sonderzuteilungen zu erinnern, die den Kölnern gewiß über Engpässe hinweggeholfen hätten. Dann

folgte die massive Kritik am deutschen Faschismus: „Aber, darüber sollte man sich keine Illusionen machen, all dies konnte nicht verhindern, daß viele Menschen durch den Bombenkrieg schwer und lange an psychischer und physischer Not litten.“

Es war ein Mißverständnis. Der Vorwurf richtet sich gegen die Engländer — und gegen die Kölner Widerstandskämpfer, die noch in der Nacht überall in der Stadt Handzettel auslegten und anklebten, auf denen zu lesen war: „Das ist Hitlers Krieg.“ Das erwähnt Norbert Burger nicht.

Stattdessen übertrifft er die „Völkergemeinschaftspropaganda der Nazis, indem er „die Verfolgten des Naziregimes und zwangsweise aus der Gesellschaft Ausgegrenzten“ zu Opfern der Bombardierung erklärt; wörtlich: Sie „erlitten in dieser Zeit unendliche Pein, waren unmittelbar betroffen.“ Er wiederholt diese Udenkfigur noch einmal, indem er zusätzlich die Kriegsgefangenen, Zwangsarbeiter und Häftlinge des Kölner Außenlagers des Konzentrationslagers Buchenwald erst zu Kölnern, dann zu Opfern der Bombardements erklärt.

Wen kann es da noch wundern, daß seine Rede aufpufft in einer Philippika zur Harris-Affäre. Norbert Burger wird selbst noch die behauptete Dickfelligkeit der Deutschen, die sich durch die britischen Bombardements nicht in ihrer Geduld, Hitler zu ertragen, beirren ließen, zum Argument gegen die Alliierten.

Er erklärt seine Gefühle für verletzt (s.o.), empfindet es als eine „doppelte Provokation, daß das Denkmal für „Bomber-Harris“ genau am 31. Mai eingeweiht werden soll“ und ruft alle Anwesenden auf, an dem Tag zu einem von ihm organisierten ökumenischen Gottesdienst in der Kirche Maria im Kapitol zu kommen: „... Gott strafe England.“

Ich fürchte, die Festgemeinde hätte ihm auch Beifall gespendet, wenn er den letzte Ausruf wirklich getan hätte. Die ehemals Linken waten so tief im Nationalismus, hier im Lokalpatriotismus, daß sie Gefahr laufen, auch bald wieder im eigenen Blut zu waten. — (hpb)

Auszüge aus der Rede von Oberbürgermeister Burger

Meine Damen und Herren, obgleich es außer Frage steht, daß Kölnerinnen und Kölner Not erlebt, darf nicht vergessen werden, daß nicht nur die nach nationalsozialistischer Ideologie „vollwertigen“ Mitglieder der sogenannten „Völkergemeinschaft“ die Folgen des Angriffs zu spüren bekamen. Auch die Verfolgten des Naziregimes und zwangsweise aus der Gesellschaft Ausgegrenzten wie Juden und Angehörige von Staaten, die von Deutschen überfallen worden waren, erlitten in dieser Zeit unendlich Pein, waren unmittelbar betroffen ... Auch andere hatten unter den Auswirkungen des 31. Mai 1942 und weitau stärker unter denen im Jahre 1943 und 1944 zu leiden. So waren es zumeist Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene, die zu ersten gefährlichen Aufräumungsarbeiten herangezogen wurden ... Meine Damen und Herren, lassen Sie mich aus aktuellem Anlaß noch auf einen weiteren Aspekt aufmerksam machen. Wie Sie vielleicht der Presse entnommen haben, habe ich mich, wie auch Kollegen anderer bundesdeutscher Städte, dagegen ausgesprochen, daß ein Denkmal von Sir Arthur Harris in England aufgestellt wird. Ich bin der Meinung, dies habe ich u.a. dem britischen

Botschafter und dem Bundesaußenminister geschrieben, daß hier alte Wunden aufgerissen werden könnten. Es besteht die Gefahr, daß mit einem Denkmal für den Oberkommandierenden des strategischen Bomberkommandos an einen Mann idealisierend gedacht wird, der für den Tod hunderttausender Zivilisten und die Zerstörung von Städten mitverantwortlich ist ... Bei den Terrorangriffen kann man nicht einmal argumentieren, daß sie den Krieg verkürzt haben. Die Zivilbevölkerung hat niemals Druck zur Beendigung des Krieges gemacht. Hinzu kommt: Ein Europa des Friedens und der Freundschaft kann und darf nicht die Schrecken des Krieges verdrängen, aber es sollte die Gefühle aller Nationen versuchen zu berücksichtigen. Es ist unstrittig, daß mit einem solchen Denkmal Gefühle verletzt werden. Es zeichnet sich ab, daß sich das Denkmal für „Bomber-Harris“ trotz aller Proteste nicht mehr verhindern läßt. Allerdings empfinde ich es als doppelte Provokation, daß es genau am 31. Mai eingeweiht werden soll. Ich habe einen ökumenischen Gottesdienst an diesem Tag in Köln angeregt und werde zum Gedenken an die Opfer des Zweiten Weltkrieges einen Kranz niederlegen. Dies sind, denke ich, geeignetere Zeichen für die Versöhnung und Völkerverständigung.



Auch ein Ansatz für reaktionäre „Umwertung“ des 2. Weltkrieges und den Versuch, die Verbrechen des deutschen Faschismus zu relativieren: Die Kritik an den britischen Bombenangriffen auf deutsche Städte. Der abgebildete „Bild“-Artikel vom 27. März dieses Jahres zitiert Thomas Mann, Ehrenbürger der Stadt Lübeck, der die Bombenangriffe als „gerecht, notwendig, unentbehrlich“ bezeichnete. Reaktionäre von Union bis Faschisten versuchen, dagegen eine Hetzkampagne aufzuziehen, die deutsche Kriegsgegner und Emigranten als „vaterlandslose Gesellen“ verleumdet und die faschistischen Verbrechen verharmlost.

Ausgangspunkt für das Fusionsgesetz war eine Empfehlung des Wissenschaftsrates: Berlin soll seine drei Universitäten behalten, aber die Kapazitäten müssen verringert werden. Im Oktober letzten Jahres beschloß der Senat daraufhin über „Struktur und Festlegung von Kapazitäten und Personalausstattung im Berliner Hochschulbereich sowie Maßnahmen zur strukturellen Erneuerung der Hochschulen im Ostteil Berlins“. Die Umsetzung dieser Pläne bedeutet eine Reduzierung um 4361,5 Stellen innerhalb von drei Jahren, das entspricht 109 Millionen Mark. Hauptbetroffene ist die Humboldt-Universität.

In Umsetzung dieses Papiers legte Wissenschaftssenator Erhardt (CDU) kurz darauf den Entwurf eines Fusionsgesetzes vor. Der Wissenschaftsrat hatte die Zusammenlegung von drei „exotischen“ Fachbereichen empfohlen, die doppelt in Berlin angeboten werden. Entsprechend dieser Empfehlung soll der Fachbereich Agrarwissenschaft von der Technischen Universität (TU) an die Humboldt-Universität (HU), der Fachbereich Veterinärwissenschaft von der Freien Universität (FU) an die HU und der Fachbereich Lebensmitteltechnologie von der HU an die TU übergehen.

Inzwischen liegt die achte Fassung des Fusionsgesetzes vor. Zu viele Fragen, Lücken und Probleme, die ungeklärt blieben, machten immer weitere Fassungen notwendig.

Der Senator hat es eilig. Der Grund ist im „Einigungsvertrag“ nachzulesen: „(4) Die ordentliche Kündigung eines Arbeitsverhältnisses in der öffentlichen Verwaltung ist auch zulässig, wenn ...

2. der Arbeitnehmer wegen mangelnden Bedarfs nicht mehr verwendbar ist oder

3. die bisherige Beschäftigungsstelle ersatzlos aufgelöst wird oder bei Verschmelzung, Eingliederung oder wesentlicher Änderung des Aufbaus der Beschäftigungsstelle die bisherige oder eine anderweitige Verwendung nicht mehr möglich ist.

Dieser Absatz tritt nach Ablauf von zwei Jahren nach dem Wirksamwerden des Beitritts außer Kraft.“ (1) Stichtag ist also der 2. Oktober '92. Bis dahin hat der Senator vor, sich von 567 Universitätsbeschäftigten — zumeist von der HU — zu trennen.

Zwar hat der Wissenschaftsrat ausdrücklich davor gewarnt, „daß eine Fa-

Keine Zustimmung für die Fusionspläne des Senats

kultät die andere übernimmt“ (2), und auch im Gesetzestext wird so getan, als würde sich die Personalzusammenführung ausschließlich „nach den Grundsätzen der Qualifikation und der fachlichen Leistung der jeweiligen Dienstkraft“ (3) richten. Im Konkreten läuft das Gesetz jedoch darauf hinaus, daß die westlichen Fachbereiche mehr oder weniger komplett in die HU reingepflanzt werden. Die Beamten gelten mit Inkrafttreten des Gesetzes als versetzt, den sonstigen Beschäftigten hat die HU Arbeitsverträge anzubieten. Und die „Humboldtianer“ werden per Einigungsvertrag gekündigt. Im Anhang zum Gesetzesentwurf liest sich dies dann beispielsweise so: „... aus dem Stellenplan der Freien Universität gehen 146 Stellen für wissenschaftliches Personal und 311 Stellen für sonstiges Personal in Abgang und werden dem Stellenbestand der Humboldt-Universität mit 98 Stellen für wissenschaftliches Personal und 193 Stellen für sonstiges Personal zugerechnet. Nach der Fusion werden bei der vorgegebenen Aufnahmekapazität 84 Stellen für wissenschaftliches Personal und 194 Stellen für sonstiges Personal entfallen.“ (4) Ganze 14 Wissenschaftler der HU haben eine Chance, in ihrem Fachbereich weiterbeschäftigt zu werden, vom sonstigen Personal nicht einer! Für alle drei Fachbereiche ergibt sich eine Stellenreduzierung von 221 wissenschaftlichen und 346 sonstigen Beschäftigten. Zwar sollen 150 Wissenschaftler der HU im Rahmen des Stellenüberhangs bis längstens 1995 weiterbeschäftigt werden. Dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß hier purer Wissenschaftskolonialismus stattfinden soll. Nachdem die Liquidierung der Humboldt-Universität nicht geklappt hat, findet u. a. auf diese Weise nach und nach eine westliche Inbesitznahme statt.

Neben dieser grundsätzlichen Kritik am Gesetzesentwurf gibt es von seiten der Gewerkschaften und Personalvertretungen eine Reihe von Änderungsforderungen, ohne die sie dem Gesetz nicht zustimmen können. So bleiben für die

überwechselnden Beschäftigten Unsicherheiten in bezug auf grundlegende tarifliche und soziale Besitzstände. Da in Berlin zwei Tarifgebiete bestehen, bedeutet der Wechsel zur HU bzw. TU immer zugleich auch ein Wechsel ins jeweils andere Tarifgebiet. Während im vorletzten Gesetzesentwurf noch festgehalten wurde, daß „bisher erworbener wirtschaftlicher und sozialer Besitzstand“ gewahrt wird, heißt es in der letzten Fassung nur noch, daß das Vertragsangebot „hinsichtlich der materiellen Arbeitsbedingungen“ gleich sein wird. Fragen wie nach der Weiterzahlung der Berlinzulage, der Zusatzversorgung VBL, vermögenswirksamen Leistungen ... hat der Senator bisher unbeantwortet gelassen.

Für die Beschäftigten ist die Vorstellung unerträglich, daß es in einem Arbeitsbereich unterschiedliche tarifliche und soziale Arbeitsbedingungen geben soll. Denn die übrigbleibenden HU-Beschäftigten und die künftig Neueingestellten erhalten den Osttarif, gegenwärtig 60 Prozent. Aber auch umgekehrt versucht der Senat, Einbrüche zu erzielen. Bisher mußten an den Westberliner Universitäten alle Beschäftigten zu Westtarif eingruppiert werden. Während in den bisherigen Gesetzesentwürfen für die zur TU wechselnden HU-Beschäftigten zugesagt wurde, daß sie nach Maßgabe der TU-Arbeitsbedingungen übernommen würden, so fehlt auch diese Zusage im letzten Entwurf.

Auch die Hochschulleitungen haben schwere Bedenken gegen dieses Gesetz. Der Akademische Senat sowohl der HU als auch der TU haben ablehnende Stellungnahmen verabschiedet. Neben den unregelmäßig rechtlichen Fragen sehen sie vor allem haushaltsmäßige und organisatorische Probleme. So sollen die Gründungskomitees innerhalb von fünf Monaten bis zum 1.10.92 Vorschläge zur Aufstellung von Haushalts- und Investitionsplänen, zur Zuordnung des Personals und für neue Studien- und Prüfungsordnungen erarbeiten. Eine Aufgabe, von der schon jetzt feststeht,

daß sie nicht leistbar ist. Darüber hinaus lehnen sie den Eingriff in die Hochschulautonomie ab. Stattdessen befürworten sie einen Zusammenschluß im Rahmen der bestehenden Hochschulgesetzgebung, was sicherlich länger dauert, da sie nur im Konsens mit den Beteiligten erfolgen kann.

Da es dem Senator aber ernst und eilig ist, fand am 27. April die entscheidende Anhörung im Wissenschaftsausschuß statt. Der Senator bekam viel Kritik zu

hören. Es gab außer ihm schlichtweg niemanden, der positiv zu diesem Gesetzesentwurf stand. Stattdessen verlangten alle Übergangszeiten von mindestens fünf Jahren und eine Fusion erst dann, wenn die tarif- und arbeitsrechtlichen Bedingungen angeglichen sind.

Senator Erhardt gibt sich nicht geschlagen. Da er öffentlich nicht mehr behaupten kann, die Universitäten wollten das Gesetz, droht er mit personeller Auszehrung — und zwar aller Fachbereiche.

(1) Einigungsvertrag, Kapitel XIX, Sachgebiet A, Abschnitt III; (2) zit. nach *Der Tagesspiegel* v. 24.4.92 („An diesem Gesetz gefällt nur der Titel“); (3) Entwurf zum Fusionsgesetz vom 23.3.92; (4) Anmerkungen zum Fusionsgesetz, a. a. O. — (har)



Mehrere hundert Beschäftigte der Berliner Universitäten demonstrierten am 27.4. während der Anhörung im Wissenschaftsausschuß gegen das Fusionsgesetz. (Foto: har)

Alle Macht geht vom Gauck aus?

Man wird wohl kaum einen bürgerlichen Politiker der BRD finden, der eine monatelange Kampagne der bürgerlichen Kampfpresse von *Spiegel* bis *Bild* derartig überstanden hätte wie Stolpe bislang. Inzwischen hängen einige Karrieren am Ausgang der Sache. Der Springerpresse, die Stolpe schon mehrfach totgesagt hat, droht der Verlust der Glaubwürdigkeit bei ihren Lesern. Es ist fraglich, ob die Gauck-Behörde und ihr Anführer es unbeschadet überstehen würden, wenn Manfred Stolpe im Amt bleibt.

Am 3.5. hat nun der Ministerpräsident acht Funktionsträger der Kirche der Presse vorgestellt, die ähnlich wie er und in Absprache untereinander mit dem Ministerium für Staatssicherheit unterhandelt hatten. Zuvor hatte bereits Altbischof Krusche auf eine kirchliche Generalvollmacht für Verhandlungen mit dem DDR-Staatsapparat für Manfred Stolpe hingewiesen. Allenfalls mischen sich bei Altbischof Forck selbstkritische Töne ein, wenn er im Nachhinein von einer zu engen Verflochtenheit der Kirche mit dem Staat spricht und eine Überprüfung des Auftrags der Kirche an den damaligen Konsistorialpräsidenten verlangt. „Wir hätten unseren Auftrag, Freiräume für Kirche und Menschen zu schaffen, nicht erfüllen können, wenn wir nicht auch gewagt hätten, mit der Stasi zu reden.“ So faßte der Leiter des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchenleitungen (seit '83) Ziegler die Beweggründe auf der Pressekonferenz zusammen. Der leitende Theologe im Greifswalder Konsistorium Siegfried Plath hob hervor, daß man in Stolpe den Mann gefunden habe, der strategisch gedacht habe. Für die Verschwörer ist es ein Problem, daß das Ministerium für Staatssicherheit bei der Berichterstattung über ihre Tätigkeit in der DDR als Ansprechpartner erscheint. Das paßt nicht in die gegenwärtige „Sta-

si-Kampagne“. Eine zweite Schwierigkeit ist, daß die Details der kirchlichen Machtpolitik zur Untergrabung des Realsozialismus wenig appetitlich wirken. Denn da sind vielleicht nicht alle oppositionellen Kräfte in gleicher Weise geschützt und gefördert worden. Manfred Stolpe verweist darauf, die Bürgerrechtler und kirchlichen Oppositionsgruppen seien nur eine Tasse in jenem großen Schrank gewesen, für den er verantwortlich gewesen sei (*Spiegel*-Interview), und man solle schließlich nicht vergessen, daß seine Taktik gegenüber dem realen Sozialismus von Erfolg gekrönt gewesen sei. Letzteres ist eine Tatsache, die höchstens von Leuten bestritten wird, die sich selbst für die Urheber der „Wende“ halten. Daher erstaunt es, daß der brandenburgische Ministerpräsident so wenig Dankbarkeit erntet, daß z. B. die Tatsache, daß in den kirchlichen Dienststellen in der Angelstraße ein modernes Abhörsystem des Ministeriums für Staatssicherheit entdeckt wurde, so wenig Beachtung findet. Stattdessen wird versucht, ihn kaltzustellen. Für dieses Vorhaben ist die Zeit knapp bemessen, denn am 14. Juni findet die Volksabstimmung über die brandenburgische Verfassung statt. Mit großer Zustimmung wird gerechnet, und danach dürfte es erheblich erschwert sein, den Ministerpräsidenten, unter dem diese Verfassung ausgearbeitet wurde, auf dem Behördenwege zu entfernen. Damit ist auch ein Grund angesprochen, warum Stolpe trotz aller Dankbarkeit für Vergangenes jetzt zur unerwünschten Person wird. Die Verfassung und der Ministerpräsident sind keine Westimporte, schlimmer noch, mit ihren plebiszitären Elementen und sozialen Zielbestimmungen enthält die Verfassung Eigenständiges. Ein weiterer Stein des Anstoßes ist, daß die brandenburgische Landesregierung der Einverleibung des

Landes in die Metropole Berlin Widerstand entgegensetzt. Das geht vom Aufbau eigenständiger Verwaltung bis zur Weigerung, als Müllkippe zu fungieren. Darüber hinaus ist der Ministerpräsident gefährlich erfolgreich: Zwar ist auch Brandenburg ins Chaos gestürzt, aber die Investitionen pro Einwohner sind in diesem Land doppelt so hoch wie in Sachsen. Im Gegensatz zu den anderen Parteien in den ostdeutschen Ländern konnte die brandenburgische SPD ihre Mitgliederzahl stabilisieren. Bei manchen mögen sich sogar sehr kleinliche Gesichtspunkte persönlicher Karrierekonkurrenz beimischen. Der Regierende Bürgermeister Berlins Diepgens erklärte auf der Tagung der Synode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburgs: „Manfred Stolpe und die Kirche trifft angesichts der Aktenlage die Beweislast.“ Sollte es zu einem Land Berlin-Brandenburg kommen, könnte Manfred Stolpe Diepgens Gegenkandidat sein. Erst kürzlich hat übrigens ein Arbeitsgericht in dieser Frage einen entgegengesetzten Standpunkt eingenommen und verfügt, daß der ehemalige Rektor der Humboldt-Universität Fink als Professor weiterbeschäftigt ist, unter anderem weil eben die Akten nicht unbedingt den Tatsachen entsprechen müßten. Im übrigen hat der Leiter des Greifswalder Konsistoriums Harder auf der Pressekonferenz am 3.5. berichtet, daß er ohne sein Wissen als offizieller Mitarbeiter geführt worden sei. Stolpe hat sich halten können, weil er eine gewisse Selbständigkeit Brandenburgs repräsentiert, weil er eben kein Kolonialbeamter aus dem Westen ist, auch wenn seine Politik immer am Westen orientiert war. Wird er durch die Gauck-Behörde entthronen, so wäre ein weiterer großer Schritt in der Desorganisation des politischen Lebens in den ostdeutschen Ländern getan. — (chk)

Eine Reihe von Organisationen und Verbänden, mehrheitlich aus Ostdeutschland, rufen zum 20. Mai zur Kundgebung auf. Sie beginnt um 16 Uhr auf dem Alexanderplatz in Berlin. Wir zitieren aus dem Aufruf:

„Im Namen von Millionen Seniorinnen und Senioren aller deutschen Bundesländer wenden sich Verbände, Gesellschaften und Organisationen an den Deutschen Bundestag ... Mit den neuen gesetzlichen Rentenregelungen sind nur für bestimmte Gruppen von Rentnern Fortschritte erreicht worden, z.B. für Männer mit langen Versicherungszeiten und guten Verdiensten, für viele Bezieher von Hinterbliebenenrenten und für Rentner mit Anspruch auf mehrere Renten.“

Wir können und wollen uns jedoch nicht damit abfinden, daß

— Millionen Sozialhilfeempfänger, besonders unter den Frauen, nur eine Minderrente erhalten,
— die Sozialzuschläge sowie die Pflege- und Kindergeldzuschläge auf das Niveau der Sozialhilfeszätze gesenkt werden, was hunderttausende RentnerInnen belastet. Innen vor allem wird damit die wachsende Inflation aufgebürdet, und menschenwürdige Lebensbedingungen werden mehr und mehr gefährdet; ...
— durch die Ungleichheit in der Umwertung der Bestandsrenten und der Berechnung der Zugangsrenten vor allem Altrentner und ältere Frauen mit Teilzeitbeschäftigung am Ende ihres Arbeitslebens benachteiligt werden; ...
— die Verweigerung der Rentenanpassung über einen langen Zeitraum weitere Hunderttausende an den sozialen Rand drängt. Die Nichtanerkennung rechtmäßig erworbener Ansprüche auf eine Zusatzrentenversorgung für Wissenschaft-

ler, Ärzte, Lehrer, Künstler und andere Berufsgruppen ist darüber hinaus intelligentenfeindlich und gefährdet den sozialen Frieden;

— die Berechnungsgrundlagen der Renten so verändert worden sind, daß erst in acht bis zehn Jahren die tatsächliche Gleichheit der Renten in allen Bundesländern erreicht wird, während die Lebenshaltungskosten schon jetzt davonlaufen;

— 800 000 Vorruhestandler und Altersübergangsgeldempfänger in ihrer späteren Rente benachteiligt werden, weil die Gesellschaft für sie keine Arbeit mehr hat; ...

— durch die Einführung eines politischen Rentenstrafrechts Hunderttausende auf Lebenszeit diskriminiert werden. Sie ist ein Schandfleck in der deutschen Sozialgeschichte und bildet einen Akt der Willkür ...

Wir fordern:

— Eine Grundsicherung im Alter — unabhängig von den Regeln der Sozialhilfe — in einer Höhe, die menschenwürdige Lebensbedingungen ohne demütigende Antragstellung gewährleistet; die jährlichen Preissteigerungen vor allem bei niedrigen Renten voll auszugleichen;
— die Sozialzuschläge und andere Zuschläge sind als Einkommen der Rentner weiter zu gewährleisten; alle RentnerInnen haben Anspruch auf die Rentenanpassungen;
— bis 1994 ist ein neues Frauen-Rentenrecht zu schaffen, in dem die Leistungen der berufstätigen Frauen, ihre Rolle als Frau und Mutter, besser als bisher gewürdigt werden;
— zusätzliche Versorgungssysteme müssen in eine Form überführt werden, die den Gleichheitsprinzipien des Grundgesetzes entspricht;
— das politische Rentenstrafrecht muß beseitigt werden.“ — (har)

Kundgebung gegen die Rentenpolitik am 20. Mai

Die ostdeutschen Kommunen mit großen Problemen

Zu den wichtigsten politischen Aufgaben im vereinigten Deutschland gehört zweifellos der Neuaufbau der Verwaltung in den fünf neuen Bundesländern. Insbesondere geht es dabei um die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, um effektive Strukturen, um die Fähigkeit der Abgeordneten und der Verwaltungsangestellten, eine schier unüberschaubare Fülle neuer gesetzlicher Regelungen unter konkreten kommunalen Bedingungen anzuwenden und durchzusetzen.

Zu den unerläßlichen Elementen und Voraussetzungen dieser Prozesse gehören Kreisgebiets- sowie Gemeindegebiets- und Gemeindeverwaltungsreformen. Sollen sie gelingen, müssen alle politischen Kräfte die historisch gewachsenen Gegebenheiten in den Regionen und Kreisen, Städten und Gemeinden der neuen Bundesländer beachten. Gleichzeitig sind demokratische Mitwirkungsrechte und -möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger zu wahren und möglichst auszubauen. Drittens schließlich müssen die in Altbundesländern bei derartigen Reformprojekten gesammelten Erfahrungen ausgewertet und berücksichtigt werden.

Kurzum: Nur auf gesicherten wissenschaftlichen Grundlagen lassen sich die richtigen politischen Entscheidungen zu diesen höchst komplexen Aufgaben treffen.

Die vorangegangenen Ausführungen stammen aus dem Vorwort einer am 21. April in Berlin der Öffentlichkeit vorgelegten Studie mit dem Titel „Gemeindegebiets- und Gemeindeverwaltungsreform in den fünf neuen Bundesländern“. Sie folgt einer Veröffentlichung der Abgeordnetengruppe PDS/Linke Liste im Deutschen Bundestag zu Kreisgebietsreformen vom Oktober 1991. Diese hatte eine beachtliche Resonanz unter den über 9000 Mandatsträgern der PDS/Linke Liste aller Ebenen gefunden. Zur Kenntnis genommen wurde sie aber auch von Parlamentariern anderer Parteien bzw. politischen Vereinigungen, von Landräten und MitarbeiterInnen von Landratsämtern, von kommunalen Spitzenverbänden und WissenschaftlerInnen sowie vom Bundesinnenministerium bzw. von Ministerien der neuen Bundesländer.

Wesentliches Anliegen der AutorInnen ist es, Gebiets- und Verwaltungsreformen in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen bürgernah zu gestalten und die damit verbundenen Chancen für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung zu nutzen.

Das stellt in der Tat eine gewichtige Herausforderung dar für parlamentarisches Handeln auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene.

Gemeindegebiets- und Gemeindeverwaltungsreformen sind mit teilweise gravierenden Veränderungen im politischen und gesellschaftlichen Leben der betreffenden Gebiete verbunden. Diese Vorhaben berühren in noch höherem Maße als Kreisgebietsreformen vitale Interessen und die Grundfunktionen des Lebens der GemeindebürgerInnen.

Tatsache ist aber auch, daß die Vorbereitung der Gemeindegebiets- und Gemeindeverwaltungsreformen — bei aller Spezifik der neuen Bundesländer — seitens der Landesregierungen insgesamt durch zu wenig Offenheit und demokratische Einbeziehung der entsprechenden Landkreise, Städte und Gemeinden, ihrer BürgerInnen, geprägt ist. Es mehrten sich sogar Versuche, vor allem Gemeindeverwaltungsreformen „von oben“ und dabei möglichst noch im Schnellzugtempo durchzudrücken. Das zeugt nicht nur von einem merkwürdigen Demokratieverständnis, sondern schlägt auch Erfahrungen in den Wind, die bei derartigen Reformen in den Altbundesländern gesammelt wurden.

Breiten Raum nehmen in der vorliegenden Studie Ergebnisse, Erfahrungen und Probleme der Gemeindegebiets- und -verwaltungsreform in den alten Bundesländern ein. Vor diesem Hintergrund wird in einem weiteren Abschnitt die Situation in den neuen Bundesländern betrachtet.

Im folgenden wesentliche Fakten aus dieser Darstellung:

Die gegenwärtige Siedlungsstruktur in den östlichen Bundesländern entspricht weitestgehend der in den westlichen vor

der Gemeindegebietsreform von 1968, als dort 44,3 % der Gemeinden weniger als 500 Einwohner und 93,6 % weniger als 5000 Einwohner hatten.

Anhand einer detaillierten Übersicht machen die Autoren deutlich, daß annähernd 95 % der 7583 Gemeinden in den neuen Bundesländern vor allem aufgrund ihrer geringen Einwohnerzahl nicht die erforderliche Finanz- und Verwaltungskraft aufbringen, um allein die Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung zu lösen.

Praxis und Wissenschaft stimmen weitestgehend darin überein, daß 5000

Einwohner die unterste Grenze darstellen, damit ausreichend qualifizierte Verwaltungsfachleute bezahlt und ausgelastet werden können. Aber auch, damit die finanziellen Einnahmen der Aufbau und die Unterhaltung der wesentlichen Einrichtungen der Daseinsvorsorge und der öffentlichen Infrastruktur, als eine Bedingung für die gewerbliche Wirtschaft, ermöglichen.

Obwohl im zentralistischen System der Leitung und Planung die Einwohnerzahl einer Gemeinde bei der Zuweisung finanzieller und materieller Kennziffern nur bedingt eine Rolle spielte, gingen vor allem die kleinen Gemeinden weitgehend leer aus und waren auf Zuschüsse von Seiten der landwirtschaftlichen Genossenschaften und auf die Initiative der Einwohner angewiesen.

Der aktuell zu beobachtende Niedergang der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern treibt gerade im ländlichen Raum die Arbeitslosigkeit in unermeßliche Höhe, und damit ist auch vielerorts mit einer weiteren Bevölkerungsabwanderung aus den kleinen Gemeinden zu rechnen.



Hinzu kommt, daß in den Verwaltungen der Gemeinden unter 1000 Einwohner in der Regel neben dem Bürgermeister nur noch eine weitere technische Kraft tätig ist und deshalb die Mehrzahl der gemeindlichen Selbstverwaltungsaufgaben von den Kreisen zu erledigen sind — die aber zum großen Teil mit ihren ureigensten Aufgaben nicht fertig werden.

Aus diesen — und hier nicht aufgeführten anderen — Gründen ergibt sich die Notwendigkeit einer Gemeindegebiets- bzw. Verwaltungsreform, wie das in den alten Bundesländern vor 25 Jahren der Fall war.

Bei ihrer Durchführung darf jedoch die heute völlig andere Situation in den Gemeinden der neuen Bundesländer im Vergleich mit der in den sechziger und siebziger Jahren bestehenden in den alten Bundesländern nicht außer acht gelassen werden.

In den westdeutschen Gemeinden erfolgte die Gemeindegebietsreform in einer Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs, entwickelter Wirtschaftsstrukturen und einer funktionierenden Verwaltung.

In den neuen Bundesländern wird die äußerst komplizierte Lage der Gemeinden bei der Aufgabenwahrnehmung, bedingt durch den noch andauernden Aufbau der Verwaltung, zusätzlich er-

schwert. Gründe dafür sind die sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, wie sie in einer über 20 % liegenden Arbeitslosigkeit, wachsender Wohnungsnot, einer zunehmenden Zahl von Sozialhilfeempfängern und Obdachlosen ihren Ausdruck finden.

Dazu kommt, daß aus weiteren Gründen die Gemeinden in den neuen Bundesländern gegenwärtig nur bedingt die Aufgaben des eigenen und übertragenen Wirkungskreises erfüllen können.

Die größten Einschränkungen für eine tatsächliche kommunale Selbstverwaltung in den Gemeinden gehen gegenwärtig von der unbefriedigenden Finanzsituation aus.

1991 zeigte sich, daß die mit dem Einigungsvertrag erfolgte Übernahme der westdeutschen Regelung für die Steuerverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ein schwerwiegender Fehler war und nur zum Teil durch den Fonds Deutsche Einheit und eine Vielzahl von Sonder- und Förderungsprogrammen gemindert werden konnte.

Nach dem bundesdeutschen Steuersystem erhalten Bund und Länder die weitgehend konjunkturunabhängigen Steuern, während die Gemeinden die konjunkturabhängigen Steuern einschließlich der über viele Jahre demontierten Gewerbesteuer bekommen.

In einer Zeit des wirtschaftlichen Zusammenbruchs, wo gleichzeitig die Sozialausgaben sprunghaft anwachsen, betragen die Steuern, die in den westdeutschen Gemeinden 1991 mehr als ein Drittel der Einnahmen ausmachten, in den neuen Bundesländern nur 12 % im Vergleich.

Diese Situation wird sich für die Gemeinden in den neuen Bundesländern in den kommenden Jahren nur langsam zugunsten eigener Einnahmen verändern. Ein weiterer, die Gemeinden in ihrer Tätigkeit hemmender Grund ist die starke Rechtsunsicherheit. Das geltende Recht setzt sich aus Bestimmungen der Anlage II des Einigungsvertrages, weiterhin gültigen DDR-Gesetzen und von Bund und Ländern erlassenen Kommunalrecht zusammen.

Die tägliche Praxis in den Gemeinden zeigt, daß die an bundesdeutsches Recht gebundenen und keinesfalls einfachen und überschaubaren Verfahrenswege und Entscheidungen entsprechend ausgebildete Verwaltungsfachleute mit Berufserfahrung erfordern, die es jedoch in der erforderlichen Anzahl noch nicht gibt.

Fehlende oder ungenügende technische Ausstattung führt darüber hinaus zu einem erheblichen Mehraufwand und zeitlichen Verzögerungen, was sich wiederum zuungunsten der Bürger, Investoren etc. auswirkt.

In dieser Situation ist es dem Engagement von Abgeordneten, Bürgermeistern, Mitarbeitern und Helfern aus westdeutschen Kommunen zu danken, daß in den Gemeinden der neuen Bundesländer zumindest Teile des eigenen Wirkungskreises realisiert werden können.

— (L.B.)

Kurz berichtet

Gewerkschaften fordern Aufmarschverbot für Nazis

Berlin. Als Wahlveranstaltung getarnt, planen „Die Nationalen“ am 9. Mai eine Kundgebung vor dem Museum der Sowjetarmee in Berlin-Karlshorst. Gegen diese Provokation haben sich zahlreiche antifaschistische Organisationen wie auch der Deutsche Gewerkschaftsbund, die DGB-Jugend und die Gewerkschaft HBV gewandt. Sie fordern ein Verbot des faschistischen Aufmarsches sowie die Einhaltung des Einreiseverbotes für David Irving.

„Die faschistische Wählervereinigung „Die Nationalen“ hat zu einer provokatorischen Kundgebung unter dem Motto „Die Befreiung steht noch aus“ vor dem Gebäude in Karlshorst aufgerufen, in dem am 8. Mai 1945 die bedingungslose Kapitulation und damit das Ende der Nazibarbarei festgeschrieben wurden. Der rechtsextremistische „Historiker“ David Irving ist als Redner angekündigt. Er vertritt seit Jahren die unerträglichen Thesen von der „Nichtkriegsschuld der Deutschen“ und der „Auschwitzlüge“. Das vom Bundesinnenministerium verhängte Einreiseverbot ist, wie sein Auftritt in Passau zeigt, Makulatur ... Heute mehrten sich wieder die Aufmärsche rechtsradikaler und neofaschistischer Gruppen und Parteien ... Das Erschrecken der etablierten Parteien über den Verlust von Wählerstimmen ist groß. Wer aber mit den Stichworten „Asylmißbrauch“, „Scheinasylanten“ und „Asylantenflut“ und der Diskussion um die Änderung des Grundrechts auf Asyl die Stimmung gegen Flüchtlinge anheizt, erweitert den Spielraum für Rechtsradikale und Neofaschisten. Mit dieser Stimmung im Rücken versuchen die Nazis, mit Kundgebungen und Aufmärschen Stärke zu demonstrieren. Dort, wo sich keiner entgegenstellt, haben sie Erfolg beim Aufbau ihrer Organisationsstrukturen. Die politisch Verantwortlichen in unserer Stadt haben nichts getan, diesen Aufmarsch zu verhindern ... Aus Anlaß des Tages der Befreiung vom Faschismus und als Antwort auf diese Provokation rufen wir zu einer Demonstration am 9. Mai auf.“ (aus dem Aufruf der DGB-Jugend — har)

Die Rednerinnen und Redner auf der Gewerkschaftskundgebung blieben ohne Eindruck auf die Zuhörer. Gleichwohl werden die Ergebnisse der Kreuzberger Demonstration auch lediglich an der Zahl der brennenden Autos, der Verletzten und Festgenommenen erörtert. Schwere Auseinandersetzungen fanden auch im Ostberliner Stadtteil Prenzlauer Berg statt.

Zusammengenommen kann von politischen Fortschritten keine Rede sein. — (br)

DGB: Passives Wahlrecht für Ausländer bei Sozialwahlen

Berlin-Brandenburg. Eine Änderung des Sozialgesetzbuches forderte die DGB-Vorsitzende von Berlin-Brandenburg. Gegenwärtig haben Ausländer kein passives Wahlrecht zu den Selbstverwaltungsgremien der Sozialversicherung. Dies verstößt gegen den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes. Ausländer müssen zwar mit ihren Beiträgen zum „sozialen Netz“ beitragen, dürfen jedoch nicht an den Entscheidungen der Sozialversicherungsträger mitwirken. Der DGB fordert die zuständige Senatorin für Soziales in Berlin (Stahmer) bzw. Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesund-

heit und Frauen in Brandenburg (Hildebrandt) zur Unterstützung durch entsprechende Bundesratsinitiativen auf. Ausländische Beschäftigte sind in besonderem Maße von Entscheidungen der Sozialversicherungsträger betroffen, z. B. in bezug auf die Höhe der Erstattung der Versicherungsbeiträge bei Rückkehr in das Herkunftsland. (DGB-Pressemitteilung v. 10. 4. 92 — har)

Aktionen zum 1. Mai in Berlin

Trotz der Streikbewegung im öffentlichen Dienst im Westteil Berlins hinterließ die gewerkschaftliche Maidemonstration keinen kämpferischen Eindruck. Gemächlich bewegte sich die in mehrere Zügen aufgeteilte Demonstration Richtung Lustgarten, dem Kundgebungsplatz in Ostberlin. Nahezu die gleiche Teilnehmerzahl, etwa 10000 Menschen, beteiligte sich an der „revolutionären Maidemonstration“ am Nachmittag in Kreuzberg. Zur Gewerkschaftskundgebung gelangte auch ein mehrere Tausend umfassender Zug von „kritischen Gewerkschaftern“ und PDS.

Die Rednerinnen und Redner auf der Gewerkschaftskundgebung blieben ohne Eindruck auf die Zuhörer. Gleichwohl werden die Ergebnisse der Kreuzberger Demonstration auch lediglich an der Zahl der brennenden Autos, der Verletzten und Festgenommenen erörtert. Schwere Auseinandersetzungen fanden auch im Ostberliner Stadtteil Prenzlauer Berg statt.

Zusammengenommen kann von politischen Fortschritten keine Rede sein. — (br)

Lohnangleichung in der Druckindustrie bis 1995

Berlin. Hinter den bereits im öffentlichen Dienst getätigten Abschlüssen bleibt die Vereinbarung in der ostdeutschen Druckindustrie, wonach erst zum 1. Oktober 1995 das westliche Tarifniveau erreicht wird. Bis dahin werden die Einkommen in sieben Schritten, jeweils zum 1. April bzw. 1. Oktober angehoben. Vorab werden sie zum 1. April d.J. von 65 auf 70 Prozent erhöht. Dieser Abschluß entspricht dem Vorschlag des Schlichters. Nicht nur problematisch, sondern ein tarifliches Novum ist die zusätzliche Vereinbarung, daß die Erhöhung von der wirtschaftlichen Entwicklung in den östlichen Bundesländern abhängig gemacht wird. Sollte sich für eine Tarifvertragspartei die Vereinbarung als unzumutbar darstellen, kann der Tarifvertrag zum 30. 9. 94 erstmals gekündigt werden. Darüber hinaus können einzelne Betriebe, deren Existenz durch die Gewährung der jeweils nächst höheren Einkommensstufe gefährdet wird, diese Erhöhung per Betriebsvereinbarung um bis zu ein Jahr hinausschieben.

Die IG Medien war in die Auseinandersetzung mit der Forderung nach rascher Angleichung, mindestens aber einer Erhöhung auf 80 % ab 1. 1. 92 gegangen. — (har)



Als Wahl-Auftaktveranstaltung zu den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) fand am 25. April auf dem Marx-Engels-Platz ein „Frühlingsfest“ der PDS statt, welches nach Angaben der Presse von 15000 besucht wurde. Neben den 23 Ost- und Westberliner Bezirken stellten sich auch die fünf PDS-Landesverbände aus Ostdeutschland vor. Bei den letzten Kommunalwahlen in Ostberlin war die PDS in mindestens sieben von elf Bezirken stärkste bzw. zweitstärkste Fraktion geworden, in Westberlin tritt sie zum ersten Mal zu den BVV-Wahlen am 24. Mai an. — (har, Foto: har)

Folgende Ausführungen verstehen sich als Beitrag zur Diskussion über die Aufgaben von Literatur und die Perspektive ihrer Kritik. Ich knüpfe hierbei an zwei Artikel aus den Politischen Berichten an, in denen an Stelle zu Theaterstücken Heiner Müllers bezogen hat. Die Kritik, die von an dabei an dem Stück Wolokolamsker Chaussee (PB 9/90) und Philoktet (PB 7/92) vorgebracht wurde, scheint mir — um es in aller Schärfe zu sagen — nicht nur vom inhaltlichen Standpunkt des theoretischen Hintergrundes inadäquat, sondern auch dem Material, im ganz generellen Sinne: der Literatur unangemessen zu sein. An beiden Theaterstücken Müllers wurde kritisiert, daß Müller nicht historisch vorgehen würde, statt dessen sogar in das Fahrwasser einer Nietzscheanischen Wiederkehr des ewig Gleichen gerät. Es scheint, so an, daß Müller damit weder die Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft auf die Bühne bringt, noch die Möglichkeiten eines proletarischen Klassenbewusstseins formuliert, welches letztlich die Zukunft einer kommunistischen Gesellschaft offenlegt.

Orientiert wurde sich in der Kritik nicht nur an dem Primärtext der Theaterstücke, sondern wesentlich, bei Philoktet ausnahmslos, an von Müller selbst verfaßten Anmerkungen zu den Stücken. Der Blick ist dabei von einer Position geprägt, die weniger den literarischen Gehalt der Stücke kritisiert, sondern vielmehr den Inhalt Müllers politischer Meinung. Auch die Form der Müllerschen Literatur wird nicht berücksichtigt. Dem gesellschaftskritischen Ansatz ist keine spezifische Berücksichtigung des ästhetischen Materials zueigen. Müller wird kritisiert, weil sein politischer Standpunkt nicht marxistisch ist. Nun sei dahingestellt, ob Literatur schon deshalb schlecht wäre, weil ihr Autor nicht die richtige Position bezieht: hier wird von an angenommen, daß a) eine gesellschaftliche Analyse soweit absolut wahr und objektiv sei, daß mit ihr auch Kunst kritisiert werden kann; daß es b) demnach nur eine wahre Kunst gibt, nämlich die des marxistischen Künstlers; dieser Ansatz geht davon aus, daß c) Kunst vollständig sinnverstandend erklärbar ist und keine Rätsel hat; daß es d) keine Differenz zwischen der Kunst und dem Künstler gibt, das heißt der Künstler genau das ausdrückt und auszudrücken vermag, was er will und meint.

Im Rahmen des zur Verfügung stehenden Platzes sollen Aspekte dieses problematischen Ansatzes anhand der Frage beleuchtet werden, mit der sich auch Müller immer wieder beschäftigt, für die das Stück Philoktet sogar eine Antwort darstellen soll: Brecht oder Kafka? Heiner Müller, den die Kulturindustrie als bedeutendsten Brechtschüler feiert, hat diese Frage mit einer Entscheidung für Kafka beantwortet, soweit hier überhaupt eine Antwort zu finden ist. Philoktet ist das erste Stück einer

Katze oder Rembrandt — kritische Anmerkungen zur Kritik an H. Müller

„Versuchsreihe . . . , die Brechts Lehrstücktheorie und Praxis kritisiert“ (Müller, Stücke, Berlin 1988, S. 225). Die Frage nach Brecht oder Kafka ist, wie Müller sie an Erich Fried stellte, die Frage nach Katze oder Rembrandt (vgl. Müller/Fried, Ein Gespräch, Berlin 1989, S. 14ff.): in einem brennenden Haus befinden sich eine Katze und ein Rembrandt-Bild und man kann nur eins von beiden retten. Fried entschied sich für das Bild, unter dem Vorbehalt, wenn es ein Kind gäbe, dieses zu retten. Diese „dumme Frage, das ist eigentlich die Frage nach Politik und Kunst, oder Engagement und Poesie“, wie Müller erläutert. Also: Brecht oder Kafka. Was heißt aber diese Entscheidung? Es scheint mir verzerrend zu sein, Kafka, der nie einen klassenkämpferischen Standpunkt bezogen hat, so zu deuten, als ob seine Erzählung Die Verwandlung primär die proletarische Klassenlage thematisiert, nur weil Gregor Samsa ein Lohnabhängiger ist. Anl wirft Müller vor, er würde sich in der Wolokolamsker Chaussee IV beliebig auf Kafka beziehen: Beispiele an „verwandten Menschen“ gibt es viele in der Literatur. Für die Literatur gibt es allerdings auch viele Dinge und Lebewesen, in die sich Menschen verwandeln können. Daß Kafka auf einen Käfer kommt, muß für an eine ähnliche Beliebtheit sein. Muß bezüglich des Verwandlungsmodells nicht Müller sogar zugestanden werden, daß seine Schreibtschmenschen, indem sie sich nämlich in ihr Arbeitsgerät verwandeln, die entfremdete Arbeit deutlicher aufgreifen als Kafkas Käfer? Kafka ist nicht Brecht, und seine Charaktere gehen nicht in die schematische Aufteilung von Lohnabhängigen und Kapitalisten auf; sowenig, wie Kafkas Werk überhaupt in irgendeinwas aufgeht. Dafür vertritt Kafka viel zu sehr den Standpunkt der Poesie — und Fried übrigens auch, der Müller treffend sagt: „Ich bin nicht der Meinung, daß die Kunst die dienende Magd der Politik sein soll, schon um der Politik willen.“ (Ebd., S. 14) Für Fried ist die Aufgabe der Kunst, wenn es denn eine gibt, der Kampf gegen Entfremdung. Aus einer Dialektik von Kunst und Politik ergibt sich dann „unter Umständen von selbst ein Maß an politischem Engagement“ (ebd., S. 15). Wenn Heiner Müller sich auf Kafka bezieht, so zunächst und primär literarisch, nicht politisch. Bezüglich der Schreibtschmenschen, den Kentauren, heißt das, daß Müller sich eben auch nur auf Kafka bezieht, ihn nicht kopiert und die Schreibtschmenschen auch keine Analogien zu Samsa sind. Sehr wohl liegt aber eine Analogie vor, was das Modell der Verwandlung angeht, und diese korrespondiert von sich aus schon mit den literaturgeschichtlichen Ideen des

Verwandlungsmodells. Was diese Verhältnismäßigkeit von Müllers und Kafkas angeht, kann an einer Textstelle aus dem Philoktet gezeigt werden, wo Odysseus sagt: „Wenn du noch einen Schritt gehst, nagl ich dich / Mit deinem eignen Speer an diese Insel / Und Herakles erscheint dir nicht wie dem / Den der beraubte Gott an sein Gebirg schlug / Zu dauernder Gesellschaft seinen Vögeln / Nicht von der Art die nachwächst ist dein Fleisch / Dich werden ganz vom Stein die Geier pflücken.“ (Müller, Stücke, a.a.O., S. 121) Müller läßt Odysseus, den prototypischen Bürger, wie Adorno und Horkheimer in der Dialektik der Aufklärung (*) extrapolieren, hier mit Prometheus Schicksal drohen: der mit den Göttern hauderte und den Menschen das Feuer brachte, wurde am Kaukasus festgeschmiedet, „und die Götter schickten Adler, die von seiner immer wachsenden Leber fraßen“ (Kafka, Werke, Bd. 6, Fm 1976, S. 74). Kafka interpretiert im Fortlauf seiner Erzählung den Prometheus als Sage, läßt die Handlung in der Natur verschwinden, folgt also dem Mythos, indem er ihn noch einmal in die Naturverfallenheit auflöst: als Göttersage endet Kafkas Erzählung im Vergessen des Prometheus, in der Müdigkeit der Adler, schließlich in der Unerklärbarkeit des Felsengebirges. Anders Müller: Odysseus, der den Mythos sprengt, indem er ihn durchschaut, droht mit dem prometheischen Schicksal in menschlicher Ausweglosigkeit: es gibt bei dieser Strafe nicht die Hoffnung und das Entinnen wie bei der sagenhaften göttlichen. Diese Strafdrohung repräsentiert das Modell der Herrschaft des Menschen über den Menschen, was Nietzsche als Wille zur Macht ständig wiederkehrend sah. Das Homerische Epos ist voll von diesen Modellen; Müller nimmt diese Modelle auf, indem er die rationale List des Odysseus gegen die körperliche Kraft des Neoptolemos (der der Sohn des Ilias ist) antreten läßt, was sich bis in die Redegewandtheit des Odysseus zeigt: seine sprachliche Macht übertrifft die des wortkargen Neoptolemos bei weitem. Diese Herrschaft, der dann Philoktet zum Opfer fällt, ist „Modell, nicht Historie“, wie anl zitiert. Philoktet ist ein Adler (vgl. Müller, Brief an den Regisseur . . . , Material, Göttingen 1989, S. 63), der von dem Fleische des Neoptolemos frist: das Stück ist Modell für Geschichte, das Theater „simuliert“ (ebd., S. 63) die Geschichte, indem es mit Modellen arbeitet (sonst wären alle Inszenierungen klassischer Stoffe und Stücke bloß Literaturgeschichte, hätten keine Aktualität, wären eben „Historie“). Brechts Idee der Verfremdung aufgreifend, ist Philoktet nicht „Ent-Täuschung“. Daß Philoktet „das Negativ eines kommuni-

stischen Stückes“ ist, meint, im fotografischen Sinne des Negativs, Abbild von Brechts Lehrstücken. Dem Adornoschen Begriff des Modells sehr nah, heißt Modell für Müller als Antwort auf die Frage Kafka oder Brecht: „Die Steinschläge der jüngsten Geschichte haben dem Modell der Strafkolonie weniger Schaden zugefügt als der dialektischen Idealkonstruktion der Lehrstücke.“ (Müller, Fäzzer + Keuner, in: ebd., S. 31) Kafka läßt sich, wie Müller auch für seine Texte in Anspruch nimmt, nicht auf Bedeutung reduzieren. Vielleicht möchte Müller, dessen politisches Engagement, bei aller Bürgerlichkeit, nicht bestritten werden kann, mit seinen Modellen den Rembrandt retten, mit dem geschichtlichen Bewußtsein, daß die Katze, von deren Wendigkeit man weiß, sich durch einen Sprung aus dem Fenster des brennenden Hauses selber retten kann. Ein Bild, Rembrandt, rettet sich nicht selbst, will sagen: Kunst ist zwar von sich aus Kunst, unterliegt aber stets der ästhetischen Wahrnehmung des Betrachters. Dabei ist die Interpretation immer auch eine Zugabe an ein Werk: ein Kunstwerk ist nicht von sich aus kritisch, sondern wird im Kontext der ästhetischen Wahrnehmung kritisch. Je mehr ein Kunstwerk diese ästhetische Reflexion provoziert, je weniger es sich per se als politisches Werk begreift, desto mehr gelingt eine Politisierung der Kunst: in der Tat gibt es bei Kafka Elemente, die sich in ihrer (sprachlich-künstlerischen) Hermetik gegen eine bürgerliche Vereinnahmung durch den Kulturbetrieb härter sträuben, als die Stücke Brechts: um einen Satz Walter Benjamins zu modifizieren (vgl. mein Artikel in PB 20/90), schlägt Brechts Politisierung der Ästhetik in eine Ästhetisierung der Politik um, wo Brechts Kunst nicht mehr an eine politische Bewegung gebunden ist, der sie bedarf. Kritische Kunst gibt es nicht mehr: Kunst, auch die fortschrittlichste, findet wie alle Kultur im Rahmen der Kulturindustrie statt. Kunst ist im Kapitalismus eingebunden wie jede Ware und hat dort keine Freiräume (vgl. den Artikel in PB 8/92, und „Kulturindustrie im Spätkapitalismus“, PB 14/91). Der Maßstab der Kritik muß sich so auch auf die Form beziehen und Heiner Müller müßte sich die Frage gefallen lassen, ob nicht schon der Versuch, heute Theater zu machen, zur Komödie der Unterhaltungsindustrie verkommt. An Müllers Bestrebungen, Geschichtstheorie auf die Bühne zu bringen, müßte auffallen, daß dieses scheitert, weil der Konsument gar kein Geschichtsbewußtsein hat: innerhalb der Kultur bewegt sich der Konsument in einer Scheinwelt, die geschichtslos die reale überlagert (vgl. ebd.). Daß Müller zudem Anleihen bei Nietzsche macht,

ist sekundär, zumal diskutabel bleibt, ob diese Anleihen nicht ihre Berechtigung haben: Kultur als die Wiederkehr des ewig Gleichen, die die Geschichte zum Stillstand kommen läßt. Unter diesen Bedingungen der Unwahrheit kann Kunst nicht wahr sein. Gleichwohl ist es Aufgabe der Kulturkritik unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Lage der Kunst, hier auf die fortschrittlichsten Werke hinzuweisen. Die Gesellschaftskritik ist dabei nicht direkt als Kulturkritik übertragbar: kaum hat Kunst unter ästhetischen Gesichtspunkten etwas Objektives, welches ins Auge springt; Kunst, gerade die fortschrittlichste, bleibt Rätsel: sie hat etwas Unauflösliches, etwas Nichtkonsumierbares, Nichterklärbares, behält sich eine Differenz vor. Diese Differenz beschreibt die Nichtintegrierbarkeit avancierter Kunst in die Kulturindustrie, auch wenn das der einzige Ort bleibt, in dem sich Kunst bewegen kann. Das brennende Haus in Müllers Bild von Katze und Rembrandt, das ist diese Kulturindustrie. Den Rembrandt aus den Flammen zu retten, ist der Versuch der ästhetischen Kritik, Kunst zu vermitteln, ohne ihre Rätsel preiszugeben. — (rob)

(*) Anmerkung: Müller müßte diese zentrale Interpretation gekannt haben, da dasentsprechende Kapitel in Sinn und Form als Vorabdruck erschienen ist.

Einlassung zur Sache

„Katze oder Rembrandt“ aus einem brennenden Haus zu retten, sei eigentlich die Frage nach Politik und Kunst, behauptet Heiner Müller. Lösen wir die Gleichung auf, so erhalten wir: Die Katze verhält sich zur Politik wie Rembrandt zur Kunst. Man sieht, was hier nicht stimmt. Rembrandt hat Kunst gemacht, aber nicht Katzen machen Politik, sondern Menschen. Fried hat zur Falschheit des Vergleichs angemerkt, daß er ein Kind retten würde, wenn es eins gäbe. Der Vorrang der Kunst gegenüber der Politik, auf den Müller hinauswill, ist erschlichen. Sicher kannte er Brechts „Gleichnis des Buddha vom brennenden Haus“ und wußte, daß Brecht von Menschen redete, wenn es ihm um Politik ging. Brecht läßt den Buddha sagen: „Neulich sah ich ein Haus. Es brannte. Am Dache Leckte die Flamme. Ich ging hin- zu und bemerkte, Daß noch Menschen drin waren. Ich trat in die Tür und rief Ihnen zu, daß Feuer im Dach sei, sie also auffordernd, Schnell hinauszugehn. Aber die Leute Schienen nicht eilig. Einer fragte mich, Während ihm schon die Hitze die Braue versengte, Wie es draußen denn sei, ob es auch nicht regne, Ob nicht doch Wind ginge, ob da

ein andres Haus sei. Und so noch einiges. Ohne zu antworten, ging ich wieder hinaus. Diese, dachte ich, Müßen verbrennen, bevor sie zu fragen aufhören. Wirklich, Freunde, Wenn der Boden noch nicht so heiß ist, daß er ihn lieber Mit jedem andern vertausche, als daß er da bliebe, dem Habe ich nichts zu sagen.“

Brecht verwendet die Rede des Buddha kunstvoll als Gleichnis im Gleichnis. Während jedoch der Buddha seinen Jüngern das Nirwana schmackhaft machen will, arbeitet Brecht heraus, daß es zu seinen eigenen Lebzeiten genauso dringlich um etwas anderes geht, nämlich um die Bekämpfung des Kapitalismus und Faschismus. Die historisch unterschiedliche Absicht wird klargemacht:

„Aber auch wir, nicht mehr beschäftigt mit der Kunst des Duldens, Eher beschäftigt mit der Kunst des Nichtduldens und vielerlei Vorschläge Irdischer Art vorbringend und die Menschen beschwörend, Ihre menschlichen Peiniger abzuschütteln, meinen, daß wir denen, die

Angesichts der heraufkommenden Bombenflugzeuggeschwader des Kapitals noch allzulang fragen, Wie wir uns dies dächten, wie wir uns das vorstellten Und was aus ihren Sparbüchern und Sonntagshosen werden soll nach einer Umwälzung, Nicht viel zu sagen haben.“

Auch wenn die Katze erledigt ist, bleibt zu kritisieren, daß eine Rangordnung zwischen Politik und Kunst bestehen soll. Beide existieren nicht losgelöst von Menschen, sondern werden von ihnen durch ihr gesellschaftliches Leben hervorgebracht und können von ihnen vollständig verstanden werden, wenn sie ihre Peiniger, die ihnen auch das Denken und Verstehen verkümmern, loswerden. Goethe war eben ein frühzeitiger Bourgeois, wenn er sagte, daß „die Form ein Geheimnis den meisten“ sei.

Sicher sind Brechtgedichte, soweit sie von Suhrkamp, der in der alten BRD den toten Brecht verwertet, verlegt und teuer verkauft werden, eine Ware. Wie jede Ware haben sie jedoch einen Gebrauchs- und einen Tauschwert. Der Warencharakter der gesellschaftlich produzierten Güter tötet nicht die Bedürfnisse, sondern ist an sie gebunden.

Diese Bemerkungen müssen vorerst genügen. Ohnehin wäre es nicht möglich, auf alle angerissenen Probleme einzugehen, da viele Texte von dem Verfasser nur genannt werden, aber nicht so weit zitiert und erläutert werden, daß wir Leserinnen und Leser uns ein Bild machen können. Dies wäre auf dem beschränkten Platz dieser Zeitung auch kaum möglich. Es ist zu hoffen, daß es in Zukunft gelingt, Kurse abzuhalten, in denen einige Probleme mit ausreichender Vorbereitung etwas gründlicher debattiert und untersucht werden können. Freundschaftliche Beteiligung wäre zu begrüßen. — (anl)

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich . . . Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

- ☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Halbjahres-/ Jahresabo (26- bzw. 52- DM je Einzelabo)
- ☐ im (Halbjahres)-Förderabo (39- DM je Einzelabo)
- ☐ Halb-/ Jahresabo für neue Länder (16,90 bzw. 33,80 DM im Jahr)

Bankelzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:
Straße:
Postleitzahl/Ort:
Konto-Nr./BLZ:
(Bank Unterschrift)

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zölperstraße 7, Postfach 260 226. Tel.: 0221/21 64 42. Die Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Hüseyin Celebi (über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1); Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 1207 22, 6800 Mannheim 1); Jörg Deljen (über: GNN, Postfach 260 226, 5000 Köln 1); Martin Fochler (über: GNN, Holzstraße 2, 8000 München 5); Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76); Herbert Stascheit (über: GNN-Verlag, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz); Werner Thömler (über GNN, Czernikstr. 5, 1000 Westberlin 62). Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zölper Str. 7, Tel. 0221/21 66 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00. Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26- DM (Förderabo 39- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 52- DM (Förderabo 78- DM). Für

Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1- DM; das Halbjahresabo kostet 16,90 DM/Jahresabo 33,80 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küster; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland und Osteuropa: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux. Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen. Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGME, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Regelmäßig vierbeiläufig: Beilage, Gesamte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 5000 Köln 1, Zölperstraße 7, Postfach 260 226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czernikstr. 5, 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 3000 Hannover 1
GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zölperstraße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Holzstr. 2, 8000 München 5
für Bezieher aus Ostdeutschland
GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz